



BMF

**BUNDESMINISTERIUM
FÜR FINANZEN**

Teilheft

Bundesvoranschlag 2018

Untergliederung 13

Justiz und Reformen



Teilheft

Bundesvoranschlag

2018

Untergliederung 13:
Justiz und Reformen

Für den Inhalt der Teilhefte ist das haushaltsleitende Organ verantwortlich.

Stand: April 2018

Inhalt

I. Bundesvoranschlag Untergliederung 13	6
I.A Aufteilung auf Globalbudgets	7
I.B Gesamtüberblick Personal	8
I.C Detailbudgets	9
13.01 Steuerung und Services	
Aufteilung auf Detailbudgets	9
13.01.01 Strategie, Legistik	10
13.01.02 Erwachsenenschutz	16
13.01.03 Opferhilfe	19
13.01.04 Datenschutzbehörde	22
13.02 Rechtsprechung	
Aufteilung auf Detailbudgets	28
13.02.01 Oberster Gerichtshof und Generalprokuratur	30
13.02.02 Oberlandesgericht Wien	36
13.02.03 Oberlandesgericht Linz	44
13.02.04 Oberlandesgericht Graz	51
13.02.05 Oberlandesgericht Innsbruck	58
13.02.06 Zentrale Ressourcensteuerung	65
13.02.07 Bundesverwaltungsgericht	71
13.03 Strafvollzug	
Aufteilung auf Detailbudgets	77
13.03.01 Justizanstalten	78
13.03.02 Bewährungshilfe	87
I.D Summarische Aufgliederung des Ergebnisvoranschlages nach Mittelverwendungs- und Mittelaufbringungsgruppen und Aufgabenbereichen	92
I.E Summarische Aufgliederung des Finanzierungsvoranschlages nach Mittelverwendungs- und Mittelaufbringungsgruppen und Aufgabenbereichen	94
I.F Bundespersonal das für Dritte leistet – Bruttodarstellung 2018	96
II. Beilagen:	
II.A Budgetstruktur und Organisation der Haushaltsführung	98
II.B Übersicht über die zweckgebundene Gebarung	99
II.D Übersicht über die EU-Gebarung	100
III. Anhang: Untergliederung 13 Justiz und Reformen	101
IV. Anmerkungen und Abkürzungen	108

Untergliederung 13 Justiz und Reformen

Kernaufgaben

- Wir betreuen die Verfassung
- stehen für die Wahrung von Rechtsfrieden und Rechtssicherheit
- gewährleisten die Rechtsstaatlichkeit durch unabhängige Rechtsprechung
- handeln unter Achtung der Grund- und Menschenrechte in sozialer Verantwortung und
- sichern durch unsere Leistungen den Rechts- und Wirtschaftsstandort Österreich.
- Wir agieren als Reformmotor für ein modernes, den vielschichtigen Anforderungen einer sich immer rascher verändernden Gesellschaft entsprechenden Staatswesen.

Personalinformation im Überblick

Im Bereich des Bundesministeriums für Verfassung, Reformen, Deregulierung und Justiz waren rund 11.000 Bedienstete tätig, deren Stand sich mit der BMG-Novelle 2018 (Übernahme der Sektion V Verfassungsdienst, Datenschutzbehörde und Bundesverwaltungsgericht) auf rund 11.700 Bedienstete erhöht hat. Diese Bediensteten verteilen sich nunmehr auf 13 Dienstbehörden und 179 nachgeordnete Dienststellen. In der Zentraleitung sind 3,1% tätig, bei der Datenschutzbehörde 0,2%, bei OGH und Generalprokuratur 1,1%, bei Gerichten und Staatsanwaltschaften 59,4%, beim Bundesverwaltungsgericht 4,7% und bei den Justizanstalten 31,5%. Aufgrund zusätzlicher Aufgaben wird sich die Zahl der Planstellen für das Jahr 2018 unter Beibehaltung des vorgegebenen Einsparungspfads geringfügig erhöhen.

Projekte und Vorhaben 2018

- Erarbeitung von Begutachtungsentwürfen und Bereitstellung von Fachexpertise, welche den Anforderungen und Bedürfnissen der Gesellschaft an das Rechtssystem entsprechen
- Kompetenzentflechtung, Entbürokratisierung und Reformpakete insbesondere durch Deregulierung und Rechtsbereinigung sowie allenfalls Teil-Neukodifikation des österreichischen Verfassungsrechts und Erarbeitung von konkreten Reformpaketen unter Mitwirkung der betroffenen Ressorts und der Öffentlichkeit
- Ausbau der Messung und fortlaufende Optimierung der Verfahrensdauer und -abwicklung durch Analyse der Abläufe an Gerichten, die über- oder unterdurchschnittlich lange Verfahrensdauern aufweisen.
- Ausbau der elektronischen Einbringungsmöglichkeit für BürgerInnen, Sachverständige und DolmetscherInnen sowie der elektronischen Zustellungen von Gerichtsentscheidungen.
- Optimierung der Prozesse und Ausbau der IT-Unterstützungsmaßnahmen im Zusammenhang mit Exekutionsverfahren in der Verfahrensautomation Justiz (VJ), mobilen GerichtsvollzieherInnen, und der Integrierten Vollzugsverwaltung (IVV) zur Beschleunigung der Durchsetzung gerichtlicher Entscheidungen
- Ausbau des Arbeitswesens im Strafvollzug durch verstärkte Orientierung der Arbeitsleistungen an den Bedürfnissen möglicher LeistungsabnehmerInnen
- Reform des Maßnahmenvollzugs
- Bessere Qualifizierung der InsassInnen während der Haft im Bereich zertifizierter Basisbildungsmaßnahmen und berufliche Aufbauschulungen

Darstellung nach ökonomischen Gesichtspunkten

	Finanzierungshaushalt			Ergebnishaushalt		
	BVA 2018	BVA 2017	Erfolg 2016	BVA 2018	BVA 2017	Erfolg 2016
Ausz./Aufw. nach ökon. Gliederung	1.575,2	1.434,8	1.457,1	1.687,2	1.511,0	1.524,6
Finanzierungswirksame Aufwendungen	1.554,3	1.418,1	1.433,0	1.543,4	1.416,7	1.450,1
Auszahlungen/Aufwand für Personal	801,3	724,0	713,8	798,5	722,6	706,9
Bezüge	576,9	522,5	511,4	577,0	522,5	510,7
Mehrdienstleistungen	38,5	37,2	36,3	38,5	37,2	36,3
Sonstige Nebengebühren	28,6	26,4	27,1	28,6	26,4	27,1
Betrieblicher Sachaufwand (ohne Finanz- aufwand)	670,8	622,2	650,4	662,8	622,1	674,2
Aufwand für Werkleistungen	394,8	368,0	399,1	393,2	368,0	402,4
Personalleihe und sonstige Dienstver- hältnisse zum Bund	10,5	10,8	11,8	10,5	10,8	11,6
Auszahlungen/Aufwendungen für Trans- fers	82,1	72,0	68,8	82,1	72,0	69,0
Transfers an öffentliche Körperschaften und Rechtsträger	20,9	20,7	21,0	20,9	20,7	21,2
Transfers an ausländische Körperschaf- ten und Rechtsträger	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Transfers an Unternehmen	1,7	2,3	2,5	1,7	2,3	2,5
Sonstige Transfers	0,5	0,2	0,2	0,5	0,2	0,2
Transfers an private Haushal- te/Institutionen	59,0	48,6	44,9	59,0	48,6	44,9
Nicht finanzierungsw. Aufwendungen				143,8	94,3	74,4
Abschreibungen auf Vermögenswerte				30,1	29,3	22,6
Aufwand durch Bildung von Rückstellun- gen				31,8	34,1	26,9
Personalsrückstellungen				21,5	27,0	18,0
Aufwand aus Wertberichtigungen und Abgang von Forderungen				3,0	0,0	0,1
Investitionstätigkeit	20,7	16,7	24,1			
Darlehen und Vorschüsse	0,2	0,0	0,0			
Einz./Erträge nach ökon. Gliederung	1.262,6	1.209,1	1.280,2	1.328,0	1.221,7	1.369,6
Op. Verwalt.tätigkeit u. Transfers (ohne Finanzerträge)	1.262,5	1.208,9	1.280,1	1.262,5	1.208,9	1.360,4
Finanzerträge/-einzahlungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Investitionstätigkeit	0,0	0,1	0,0			
Darlehen und Vorschüsse	0,0	0,1	0,0			
Gesamtergebnis	-312,6	-225,7	-177,0	-359,1	-289,3	-155,0
Auszahlungen/Aufwendungen je GB	1.575,2	1.434,8	1.457,1	1.687,2	1.511,0	1.524,6
13.01 Steuerung und Services	112,7	95,5	89,2	119,1	99,1	90,5
13.02 Rechtsprechung	966,4	850,6	883,7	1.060,3	907,1	928,8
13.03 Strafvollzug	496,1	488,7	484,2	507,8	504,8	505,3
Einzahlungen/Erträge je GB	1.262,6	1.209,1	1.280,2	1.328,0	1.221,7	1.369,6
13.01 Steuerung und Services	0,4	0,3	0,5	1,2	0,8	1,6
13.02 Rechtsprechung	1.200,1	1.153,0	1.219,2	1.249,7	1.158,2	1.306,3
13.03 Strafvollzug	62,1	55,8	60,5	77,1	62,7	61,8

Erläuterungen zur Darstellung nach ökonomischen Gesichtspunkten

Die Budgeterstellung 2018 ist auf ein strukturelles Nulldefizit ausgerichtet. Aufgrund der Konzeption des strukturellen Defizits (Konjunkturbereinigung) bedeutet dies insbesondere auch bei günstigen Wirtschaftsdaten entsprechende Anstrengungen bei der Konsolidierung. Gleichzeitig werden aber auch in prioritären Politikbereichen Impulse gesetzt, um die wirtschaftliche Entwicklung zu unterstützen.

Die ökonomische Gliederung bietet durch die gruppenweise Zusammenfassung von Mittelverwendungen und -aufbringungen nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten (Personalaufwand, betrieblicher Sachaufwand etc.) eine kompakte Übersicht, wie die Mittel eingesetzt werden. Die integrierte Darstellung von Finanzierungs- und Ergebnisvoranschlag zeigt die wesentlichen Zusammenhänge beider Haushalte. Gleichzeitig verdeutlicht diese Gegenüberstellung auch die zentralen Unterschiede (nicht finanzierungswirksame Aufwendungen, nicht ergebniswirksame Auszahlungen) und Gemeinsamkeiten (finanzierungswirksame Aufwendungen) von Finanzierungs- und Ergebnishaushalt.

I. Bundesvoranschlag Untergliederung 13

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2018	BVA 2017	Erfolg 2016
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	1.328,028	1.221,707	1.369,607
Finanzerträge	0,006	0,002	0,004
Erträge	1.328,034	1.221,709	1.369,611
Personalaufwand	819,949	749,568	724,941
Transferaufwand	82,144	71,956	69,016
Betrieblicher Sachaufwand	785,074	689,449	730,636
Aufwendungen	1.687,167	1.510,973	1.524,592
Nettoergebnis	-359,133	-289,264	-154,981

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2018	BVA 2017	Erfolg 2016
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	1.262,513	1.208,946	1.280,094
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,020	0,070	0,042
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,047	0,084	0,039
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	1.262,580	1.209,100	1.280,174
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	1.472,155	1.346,176	1.364,261
Auszahlungen aus Transfers	82,144	71,955	68,787
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	20,677	16,698	24,078
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,224	0,006	0,006
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	1.575,200	1.434,835	1.457,131
Nettogeldfluss	-312,620	-225,735	-176,957

I.A Aufteilung auf Globalbudgets
Untergliederung 13 Justiz und Reformen
(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	UG 13 Justiz und Reformen	GB 13.01 Steuerung u.Services	GB 13.02 Rechtspre- chung	GB 13.03 Strafvollzug
Erträge aus der operativen Verwaltungstätig- keit und Transfers	1.328,028	1,211	1.249,728	77,089
Finanzerträge	0,006			0,006
Erträge	1.328,034	1,211	1.249,728	77,095
Personalaufwand	819,949	38,802	556,587	224,560
Transferaufwand	82,144	58,940	19,998	3,206
Betrieblicher Sachaufwand	785,074	21,341	483,740	279,993
Aufwendungen	1.687,167	119,083	1.060,325	507,759
Nettoergebnis	-359,133	-117,872	189,403	-430,664
Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	UG 13 Justiz und Reformen	GB 13.01 Steuerung u.Services	GB 13.02 Rechtspre- chung	GB 13.03 Strafvollzug
Einzahlungen aus der operativen Verwal- tungstätigkeit und Transfers	1.262,513	0,389	1.200,029	62,095
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,020		0,001	0,019
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Dar- lehen sowie gewährten Vorschüssen	0,047	0,005	0,038	0,004
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	1.262,580	0,394	1.200,068	62,118
Auszahlungen aus der operativen Verwal- tungstätigkeit	1.472,155	53,466	937,151	481,538
Auszahlungen aus Transfers	82,144	58,940	19,998	3,206
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	20,677	0,273	9,184	11,220
Auszahlungen aus der Gewährung von Darle- hen sowie gewährten Vorschüssen	0,224	0,003	0,041	0,180
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	1.575,200	112,682	966,374	496,144
Nettogeldfluss	-312,620	-112,288	233,694	-434,026

I.B Gesamtüberblick Personal

Untergliederung 13 Justiz und Reformen

Besoldungsgruppen-Bereiche	PLANSTELLEN für das Finanzjahr 2018		PLANSTELLEN für das Finanzjahr 2017		PERSONALSTAND für das Finanzjahr 2017 (31.12.)		PERSONALSTAND für das Finanzjahr 2016 (31.12.)	
	PISt	PCP *)	PISt	PCP *)	VBÄ	PCP	VBÄ	PCP
Allgemeiner Verwaltungsdienst	5.805,000	1.542.574,000	5.414,000	1.401.290,000	5.345,500	1.347.409,400	5.370,325	1.347.203,800
Krankenpflegedienst	120,000	35.024,000	120,000	35.024,000	115,000	33.619,625	114,725	33.510,950
Lehrpersonen	2,000	860,000	2,000	860,000	7,875	2.701,125	7,875	2.701,125
RichterInnen und RichteramtsanwärterInnen	2.224,000	1.314.870,000	2.006,000	1.167.144,000	1.990,900	1.177.254,300	2.001,200	1.178.861,100
StaatsanwältInnen	490,000	324.606,000	490,000	324.606,000	491,400	323.227,000	479,350	314.256,250
Exekutivdienst	3.435,000	993.262,000	3.335,000	972.762,000	3.136,075	913.252,375	3.086,575	905.977,000
Militärischer Dienst (MB)	0,000	0,000	0,000	0,000	3,000	719,000	0,000	0,000
Militärischer Dienst (MZ)	0,000	0,000	0,000	0,000	1,000	205,000	0,000	0,000
Summe	12.076,000	4.211.196,000	11.367,000	3.901.686,000	11.090,750	3.798.387,825	11.060,050	3.782.510,225

*) In den ausgewiesenen PCP sämtlicher Besoldungsgruppen-Bereiche und den dazugehörigen Summen sind die berechneten PCP aller ausgewiesenen (Pool und Nicht-Pool) Planstellen enthalten

Wesentliche Veränderungen zum Vorjahr

Die UG 13 "Justiz und Reformen" verfügte im Jahr 2017 über 11.367 Planstellen, die sich aufgrund der BMG-Novelle 2018 um insgesamt 655 Planstellen auf 12.022 (Sektion V Verfassungsdienst, Datenschutzbehörde, Bundesverwaltungsgericht) erhöhten. Für das Jahr 2018 erhöht sich die Zahl der Planstellen um 54 Planstellen auf 12.076 Planstellen.

Diese Erhöhung setzt sich wie folgt zusammen:

- +5 Plst für die Einrichtung einer Stabsstelle für Reformen und Deregulierung im Bereich der Zentralstelle
- +5 Plst für die Datenschutzbehörde die die Umsetzung der Datenschutzgrundverordnung
- +4 Plst für das Forensische Zentrum Asten im Bereich Justizanstalten
- +2 Plst für die Strafvollzugsakademie im Bereich Justizanstalten
- +100 Plst für die Einrichtung von Ausbildungsplanstellen im Bereich Justizanstalten
- +20 Plst für Beamte/ Beamtinnen der Post und Telekom im Rahmen der Mobilitätsvereinbarungen
- -82 Plst zur Einhaltung des vorgegebenen Einsparungspfades

Bundesvoranschlag 2018

I.C Detailbudgets
13.01 Steuerung und Services
Aufteilung auf Detailbudgets
 (Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	GB 13.01 Steuerung u.Services	DB 13.01.01 Strategie, Legistik	DB 13.01.02 Erwachse- nenschutz	DB 13.01.03 Opferhilfe	DB 13.01.04 Daten- schutzbe- hörde
Erträge aus der operativen Verwaltungstätig- keit und Transfers	1,211	0,972			0,239
Erträge	1,211	0,972			0,239
Personalaufwand	38,802	36,957			1,845
Transferaufwand	58,940	0,082	50,915	7,943	
Betrieblicher Sachaufwand	21,341	21,099			0,242
Aufwendungen	119,083	58,138	50,915	7,943	2,087
Nettoergebnis	-117,872	-57,166	-50,915	-7,943	-1,848
Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	GB 13.01 Steuerung u.Services	DB 13.01.01 Strategie, Legistik	DB 13.01.02 Erwachse- nenschutz	DB 13.01.03 Opferhilfe	DB 13.01.04 Daten- schutzbe- hörde
Einzahlungen aus der operativen Verwal- tungstätigkeit und Transfers	0,389	0,150			0,239
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Dar- lehen sowie gewährten Vorschüssen	0,005	0,004			0,001
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	0,394	0,154			0,240
Auszahlungen aus der operativen Verwal- tungstätigkeit	53,466	51,530			1,936
Auszahlungen aus Transfers	58,940	0,082	50,915	7,943	
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,273	0,273			
Auszahlungen aus der Gewährung von Darle- hen sowie gewährten Vorschüssen	0,003				0,003
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	112,682	51,885	50,915	7,943	1,939
Nettogeldfluss	-112,288	-51,731	-50,915	-7,943	-1,699

**I.C Detailbudgets
13.01.01 Strategie, Legistik
Erläuterungen**

Globalbudget 13.01 Steuerung und Services

Detailbudget 13.01.01 Strategie, Legistik

Haushaltsführende Stelle: Haushaltsleitendes Organ (Bundesminister für Justiz u, Reformen)

Ziele

Ziel 1

WZ 1 Gewährleistung der Rechtssicherheit und des Rechtsfriedens (durch Vorschläge zur Anpassung und Weiterentwicklung des Rechtssystems im Hinblick auf die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bedürfnisse).

Ziel 2

WZ 2 Sicherstellung des Zuganges zu Leistungen der Gerichtsbarkeit durch Ausgleich von einkommensmäßigen, sozialen und sonstigen Benachteiligungen sowie Sicherstellung der organisatorischen, personellen und sachlichen Voraussetzungen für eine geordnete Rechtsverfolgung und -durchsetzung durch die Justizverwaltung.

Maßnahmen inklusive Gleichstellungsmaßnahme/n

Beitrag zu Ziel/en	Wie werden die Ziele verfolgt? Maßnahmen:	Wie sieht Erfolg aus? Meilensteine/Kennzahlen für 2018	Istzustand (Ausgangspunkt der Planung für 2018)
1	Erarbeitung legistischer Maßnahmen zur Reform des Maßnahmenvollzugs gemäß § 21 Abs. 1 und 2 StGB.	Bis 31.12.2018 Erarbeitung eines Begutachtungsentwurfes für den Bereich des §21 Abs. 1 und 2 StGB unter Beiziehung von ExpertInnen aus dem Bereich Richterschaft, Rechtsanwaltschaft, UniversitätsprofessorInnen, VertreterInnen von mit dem Strafvollzug befassten Organisationen.	Die Regelungen über die kostenintensive Unterbringung in Anstalten gemäß § 21 Abs. 1 und 2 StGB sind vor dem Hintergrund der effektiven Therapie und raschen Resozialisierung zu prüfen.
2	Abbau von Sprachbarrieren durch verständliche – auch fremdsprachige – Formulare und Gerichtsentscheidungen.	Übersetzung Formulare und Informationsblätter im Strafprozess in die gängigsten Fremdsprachen. 2018: 347 (Anzahl)	2016: 286 (Anzahl)
2	Entwicklung einer vollelektronischen Verfahrensführung (Justiz 3.0)	Entwicklung von Modulen. 2018: 5 (Anzahl)	2016: 10 (Anzahl)
1	Erarbeitung eines Begutachtungsentwurfes für den Bereich des Gesellschaftsrechts.	Bis 31.12.2018 Erarbeitung eines Begutachtungsentwurfes unter Beiziehung von ExpertInnen, Organisationen und Verbänden.	

Wesentliche Rechtsgrundlagen

Das Bundesministerium für Verfassung, Reformen, Deregulierung und Justiz ist eine Verwaltungsbehörde des Bundes, die für die Sicherstellung der Unabhängigkeit der Rechtsprechung und einer die Rechtsschutzinteressen der Bevölkerung währenden Rechtspflege, die Legistik im Verfassungs-, Zivil- und Strafrecht sowie für die Agenden der Reformen und Deregulierung zuständig ist.

Wesentliche Rechtsgrundlagen sind:

Bundesministeriengesetz, Beamtendienstrechtsgesetz, Vertragsbedienstetengesetz

I.C Detailbudgets
Detailbudget 13.01.01 Strategie, Legistik
(Beträge in Euro)

Ergebnisvoranschlag	AB	BVA 2018	BVA 2017	Erfolg 2016
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers				
Erträge aus wirtschaftlicher Tätigkeit	16	41.000	33.000	42.586,97
Erträge aus Mieten	16	41.000	33.000	42.353,57
Sonstige wirtschaftliche Erträge	16			233,40
Erträge aus Kostenbeiträgen und Gebühren	16	78.000	101.000	75.446,00
Erträge aus Transfers	16	7.000	5.000	1.102,16
Erträge aus Transfers von ausländischen Körperschaften und Rechtsträgern	16	7.000	5.000	1.102,16
Transfers von EU-Mitgliedstaaten	16	7.000	5.000	1.102,16
Sonstige Erträge	16	846.000	635.000	1.440.021,90
Geldstrafen	16	2.000	2.000	11.214,30
Aktivierte Eigenleistungen	16	4.000	4.000	
Wertaufholungen von Anlagen	16	1.000	1.000	-783,07
Erträge aus dem Abgang von Sachanlagen und geringwertigen Sachanlagen	16	6.000	6.000	
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	16	800.000	511.000	1.114.588,46
Übrige sonstige Erträge	16	22.000	110.000	315.002,21
Summe Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers		972.000	774.000	1.559.157,03
<i>hievon finanzierungswirksam</i>		<i>150.000</i>	<i>251.000</i>	<i>445.351,64</i>
Erträge		972.000	774.000	1.559.157,03
<i>hievon finanzierungswirksam</i>		<i>150.000</i>	<i>251.000</i>	<i>445.351,64</i>
Personalaufwand				
Bezüge	16	25.510.000	21.816.000	19.365.132,36
Mehrdienstleistungen	16	1.200.000	1.322.000	1.023.660,64
Sonstige Nebengebühren	16	681.000	620.000	594.466,65
Gesetzlicher Sozialaufwand	16	5.942.000	4.478.000	4.479.351,19
Abfertigungen, Jubiläumszuwendungen und nicht konsumierte Urlaube	16	3.530.000	3.474.000	1.234.057,34
Freiwilliger Sozialaufwand	16	14.000	24.000	7.186,44
Aufwandsentschädigungen im Personalaufwand	16	80.000	80.000	68.146,59
Summe Personalaufwand		36,957.000	31,814.000	26,772.001,21
<i>hievon finanzierungswirksam</i>		<i>33,657.000</i>	<i>28,514.000</i>	<i>25,537.943,87</i>
Transferaufwand				
Aufwand für Transfers an ausländische Körperschaften und Rechtsträger	16	82.000	97.000	103.504,52
Transfers an EU-Mitgliedstaaten	16	82.000	97.000	103.504,52
Summe Transferaufwand		82.000	97.000	103.504,52
<i>hievon finanzierungswirksam</i>		<i>82.000</i>	<i>97.000</i>	<i>103.504,52</i>
Betrieblicher Sachaufwand				
Vergütungen innerhalb des Bundes	16	902.000	814.000	828.274,28
Mieten	16	1.231.000	1.009.000	891.750,69
Instandhaltung	16	355.000	934.000	2.106.104,39
Telekommunikation und Nachrichtenaufwand		178.000	194.000	153.283,63
	16		194.000	153.283,63
	33	178.000		
Reisen	16	518.000	640.000	521.597,48
Aufwand für Werkleistungen	16	12.513.000	12.795.000	10.600.121,47
Personalleihe und sonstige Dienstverhältnisse zum Bund	16	927.000	413.000	365.925,35
Transporte durch Dritte	16	318.000	410.000	381.020,15

I.C Detailbudgets
Detailbudget 13.01.01 Strategie, Logistik
 (Beträge in Euro)

Ergebnisvoranschlag	AB	BVA 2018	BVA 2017	Erfolg 2016
Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte	16	700.000	500.000	296.775,90
Geringwertige Wirtschaftsgüter (GWG)	16	131.000	126.000	148.059,61
Aufwendungen aus der Wertberichtigung und dem Abgang von Forderungen	16	2.000	2.000	
Sonstiger betrieblicher Sachaufwand	16	3,324.000	991.000	2,551.693,20
Aufwand aus Währungsdifferenzen	16	10.000	16.000	8.060,76
Aufwendungen aus der Dotierung von Rückstellungen	16	2,000.000		2,000.000,00
Energie	16	225.000	221.000	169.044,41
Übriger sonstiger betrieblicher Sachaufwand	16	575.000	752.000	372.976,93
Summe Betrieblicher Sachaufwand		21,099.000	18,828.000	18,844.606,15
<i>hievon finanzierungswirksam</i>		<i>17,873.000</i>	<i>18,314.000</i>	<i>16,543.915,18</i>
Aufwendungen		58,138.000	50,739.000	45,720.111,88
<i>hievon finanzierungswirksam</i>		<i>51,612.000</i>	<i>46,925.000</i>	<i>42,185.363,57</i>
Nettoergebnis		-57,166.000	-49,965.000	-44,160.954,85
<i>hievon finanzierungswirksam</i>		<i>-51,462.000</i>	<i>-46,674.000</i>	<i>-41,740.011,93</i>

Erläuterungen:

Die Steigerung der Aufwendungen im Bereich der Zentralstelle gegenüber dem Erfolg des Jahres 2017 beruhen insbesondere auf einem erhöhten Personalaufwand (Lohnerhöhung, Struktureffekt, zusätzliche Mitarbeiter aufgrund BMG-Änderung und EU-Präsidentschaft) sowie auf durch allgemeine Preissteigerungen verursachte Mehrauszahlungen.

Bundesvoranschlag 2018

I.C Detailbudgets
Detailbudget 13.01.01 Strategie, Legistik
(Beträge in Euro)

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	AB	BVA 2018	BVA 2017	Erfolg 2016
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers				
Einzahlungen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	16	41.000	33.000	43.211,61
Einzahlungen aus Mieterträgen	16	41.000	33.000	42.978,21
Einzahlungen aus sonstigen betrieblichen Erträgen	16			233,40
Einzahlungen aus Kostenbeiträgen und Gebühren	16	78.000	101.000	73.076,21
Einzahlungen aus Transfers	16	7.000	5.000	1.102,16
Einzahlungen aus Transfers von ausländischen Körperschaften und Rechtsträgern	16	7.000	5.000	1.102,16
Einzahlungen aus Transfers von EU-Mitgliedstaaten	16	7.000	5.000	1.102,16
Sonstige Einzahlungen	16	24.000	112.000	336.982,79
Einzahlungen aus Geldstrafen	16	2.000	2.000	21.740,58
Übrige sonstige Einzahlungen	16	22.000	110.000	315.242,21
Summe Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers		150.000	251.000	454.372,77
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen				
Einzahlungen aus Rückzahlungen von (Unterhalts-)vorschüssen		4.000	4.000	3.543,00
	16	1.000	1.000	727,00
	61	3.000	3.000	2.816,00
Einzahlungen aus sonstigen Forderungen		4.000	4.000	3.543,00
	16	1.000	1.000	727,00
	61	3.000	3.000	2.816,00
Summe Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen		4.000	4.000	3.543,00
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)		154.000	255.000	457.915,77
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit				
Auszahlungen aus Bezügen	16	25,510.000	21,816.000	19,440.331,80
Auszahlungen aus Mehrdienstleistungen	16	1,200.000	1,322.000	1,031.311,10
Auszahlungen aus sonstigen Nebengebühren	16	681.000	620.000	591.426,66
Auszahlungen aus gesetzlichem Sozialaufwand	16	5,942.000	4,478.000	4,490.589,11
Auszahlungen aus Abfertigungen, Jubiläumszuwendungen und nicht konsumierten Urlauben	16	230.000	174.000	189.774,34
Auszahlungen aus freiwilligem Sozialaufwand	16	14.000	24.000	7.186,44
Auszahlungen aus Aufwandsentschädigungen im Personalaufwand	16	80.000	80.000	68.687,18
Auszahlungen aus Vergütungen innerhalb des Bundes	16	902.000	814.000	823.399,28
Auszahlungen aus Mieten	16	1,231.000	1,009.000	891.705,05
Auszahlungen aus Instandhaltung	16	355.000	934.000	2,106.148,11
Auszahlungen aus Telekommunikation und Nachrichtenaufwand		178.000	194.000	152.025,64
	16		194.000	152.025,64
	33	178.000		
Auszahlungen aus Reisen	16	518.000	640.000	523.507,13
Auszahlungen aus Werkleistungen	16	12,513.000	12,795.000	10,793.813,08
Auszahlungen aus Personalleihe und sonstigen Dienstverhältnissen zum Bund	16	927.000	413.000	363.096,25
Auszahlungen aus Transporte durch Dritte	16	318.000	410.000	370.486,20

I.C Detailbudgets
Detailbudget 13.01.01 Strategie, Logistik
(Beträge in Euro)

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	AB	BVA 2018	BVA 2017	Erfolg 2016
Auszahlungen aus Geringwertigen Wirtschaftsgütern (GWG)	16	131.000	126.000	147.488,64
Auszahlungen aus sonstigem betrieblichen Sachaufwand	16	800.000	979.000	565.354,28
Auszahlungen aus Währungsdifferenzen	16	10.000	16.000	8.431,90
Auszahlungen aus Energie	16	225.000	221.000	166.734,61
Auszahlungen aus übrigem sonstigen betrieblichen Sachaufwand	16	565.000	742.000	390.187,77
Summe Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit		51,530.000	46,828.000	42,556.330,29
Auszahlungen aus Transfers				
Auszahlungen aus Transfers an ausländische Körperschaften und Rechtsträger	16	82.000	97.000	92.018,27
Auszahlungen aus Transfers an EU-Mitgliedstaaten	16	82.000	97.000	92.018,27
Summe Auszahlungen aus Transfers		82.000	97.000	92.018,27
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit				
Auszahlungen aus dem Zugang von Sachanlagen	16	273.000	205.000	1,813.849,48
Auszahlungen aus dem Zugang von Gebäuden und Bauten	16			31.076,04
Auszahlungen aus dem Zugang von technischen Anlagen, Werkzeugen, Fahrzeugen	16	167.000	105.000	217.557,45
Auszahlungen aus dem Zugang von Amts-, Betriebs- und Geschäftsausstattung	16	106.000	100.000	1,565.215,99
Summe Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit		273.000	205.000	1,813.849,48
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)		51,885.000	47,130.000	44,462.198,04
Nettogeldfluss		-51,731.000	-46,875.000	-44,004.282,27

Erläuterungen:

Abweichungen zum Ergebnisvoranschlag sind insbesondere auf nicht finanzwirksame Aufwendungen (Dotierung von Rückstellungen für Abfertigungen, Jubiläumszuwendungen und Prozesskosten) und nicht finanzwirksame Erträge, überwiegend aus der Auflösung von Rückstellungen, zurückzuführen.

Bundesvoranschlag 2018

I.C Detailbudgets
Detailbudget 13.01.01 Strategie, Legistik
Überblick Personal

Besoldungsgruppen-Bereiche	PLANSTELLEN für das Jahr 2018		PLANSTELLEN für das Jahr 2017		PERSONALSTAND im Jahr 2017 (31.12.)		PERSONALSTAND im Jahr 2016 (31.12.)	
	PISt	PCP *)	PISt	PCP*)	VBÄ	PCP	VBÄ	PCP
Allgemeiner Verwaltungsdienst	255,000	90.661,000	211,000	69.765,000	215,150	69.523,450	185,525	58.102,575
Krankenpflegedienst	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000
RichterInnen und RichteramtsanwärterInnen	0,000	0,000	0,000	0,000	40,300	23.967,000	46,000	27.334,000
StaatsanwältInnen	66,000	44.750,000	66,000	44.750,000	73,500	48.722,500	72,500	47.947,500
Exekutivdienst	13,000	5.266,000	13,000	5.266,000	21,000	7.431,000	26,000	9.807,000
Summe	334,000	140.677,000	290,000	119.781,000	349,950	149.643,950	330,025	143.191,075

*) In den ausgewiesenen PCP sämtlicher Besoldungsgruppen-Bereiche und den dazugehörigen Summen sind die berechneten PCP aller ausgewiesenen (Pool und Nicht-Pool) Planstellen enthalten

Erläuterungen zum Personal

Die Zentralstelle verfügte im Jahr 2017 über 328 Planstellen. Für das Jahr 2018 erhöht sich die Zahl der Planstellen um 6 Planstellen auf 334 Planstellen. Die Erhöhung begründet sich in der Einrichtung einer Stabsstelle für Reformen und Deregulierung sowie in der Umschichtung einer Planstelle aus dem Bereich Justizanstalten zur Einrichtung einer Planstelle für einen Generalsekretär.

I.C Detailbudgets
13.01.02 Erwachsenenschutz
Erläuterungen

Globalbudget 13.01 Steuerung und Services

Detailbudget 13.01.02 Erwachsenenschutz

Haushaltsführende Stelle: Haushaltsleitendes Organ (Bundesminister für Justiz u, Reformen)

Ziele

Ziel 1

WZ 2 Sicherstellung des Zuganges zu Leistungen der Gerichtsbarkeit durch Ausgleich von einkommensmäßigen, sozialen und sonstigen Benachteiligungen sowie Sicherstellung der organisatorischen, personellen und sachlichen Voraussetzungen für eine geordnete Rechtsverfolgung und -durchsetzung durch die Justizverwaltung.

Maßnahmen inklusive Gleichstellungsmaßnahme/n

Beitrag zu Ziel/en	Wie werden die Ziele verfolgt? Maßnahmen:	Wie sieht Erfolg aus? Meilensteine/Kennzahlen für 2018	Istzustand (Ausgangspunkt der Planung für 2018)
1	Versorgung der Betroffenen mit der vom Verein mit der Wahrnehmung der Erwachsenenvertretung betrauten Person, PatientenanwältInnen und Heimbewohnervertretungen	Umsetzung des 2. Erwachsenenschutz-Gesetzes durch die Vereine. 2018: 50,915 Mio. Euro	Förder-(Leistungs-)volumen 2017: 40,711 Mio €
		Bis 31.12.2018: Implementierung eines Begleitgesetzes zum 2. Erwachsenenschutzgesetz (Erwachsenenschutz-Anpassungsgesetz 2018)	Inkrafttreten des 2. Erwachsenenschutzgesetzes am 1.7.2018

Wesentliche Rechtsgrundlagen

Aus den Mitteln dieses Detailbudgets werden insbesondere Förderungen an die Erwachsenenschutzvereine erbracht. Diesen obliegt es, geeignete gerichtliche Erwachsenenvertreter für psychisch kranke oder vergleichbar in ihrer Entscheidungsfähigkeit beeinträchtigte Personen auszubilden und den Gerichten zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben nach §§ 271 ff des Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuches zur Verfügung zu stellen. Sie haben im Auftrag der Gerichte Abklärungen über Alternativen zur gerichtlichen Erwachsenenvertretung in allen Bestellungs- und Erneuerungsverfahren sowie in ausgewählten anderen Verfahren zu erstellen. Ferner dienen sie der Errichtung von Vorsorgevollmachten, gewählten und gesetzlichen Erwachsenenvertretungen. Schließlich sorgen sie für eine spezifische Ausbildung von PatientenanwältInnen und deren Bereitstellung für Personen, die in geschlossenen Bereichen von psychiatrischen Krankenanstalten nach dem Unterbringungsgesetz angehalten werden, und für die Ausbildung und Bereitstellung von BewohnervertreterInnen in Einrichtungen, die dem Heimaufenthaltsgesetz unterliegen.

Wesentliche Rechtsgrundlagen sind:

ABGB in der Fassung des 2. Erwachsenenschutz-Gesetzes, Erwachsenenschutzvereinsgesetz, Unterbringungsgesetz, Heimaufenthaltsgesetz

I.C Detailbudgets
Detailbudget 13.01.02 Erwachsenenschutz
 (Beträge in Euro)

Ergebnisvoranschlag	AB	BVA 2018	BVA 2017	Erfolg 2016
Transferaufwand				
Aufwand für Transfers an private Haushalte/Institutionen		50,915.000	40,425.000	37,922.752,17
	09			93.766,67
	16	50,915.000	40,425.000	37,828.985,50
Sonstige Transfers an private Haushalte/Institutionen		50,915.000	40,425.000	37,922.752,17
	09			93.766,67
	16	50,915.000	40,425.000	37,828.985,50
Summe Transferaufwand		50,915.000	40,425.000	37,922.752,17
<i>hievon finanzierungswirksam</i>		<i>50,915.000</i>	<i>40,425.000</i>	<i>37,922.752,17</i>
Aufwendungen		50,915.000	40,425.000	37,922.752,17
<i>hievon finanzierungswirksam</i>		<i>50,915.000</i>	<i>40,425.000</i>	<i>37,922.752,17</i>
Nettoergebnis		-50,915.000	-40,425.000	-37,922.752,17
<i>hievon finanzierungswirksam</i>		<i>-50,915.000</i>	<i>-40,425.000</i>	<i>-37,922.752,17</i>

Erläuterungen:

In diesem Detailbudget wurden die mit dem In-Kraft-Treten des 2. Erwachsenenschutz-Gesetzes verbundenen zusätzlichen Kosten berücksichtigt.

I.C Detailbudgets
Detailbudget 13.01.02 Erwachsenenschutz
(Beträge in Euro)

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	AB	BVA 2018	BVA 2017	Erfolg 2016
Auszahlungen aus Transfers				
Auszahlungen aus Transfers an private Haushalte/Institutionen		50,915.000	40,425.000	37,908.585,50
	09			79.600,00
	16	50,915.000	40,425.000	37,828.985,50
Auszahlungen aus sonstigen Transfers an private Haushalte/Institutionen		50,915.000	40,425.000	37,908.585,50
	09			79.600,00
	16	50,915.000	40,425.000	37,828.985,50
Summe Auszahlungen aus Transfers		50,915.000	40,425.000	37,908.585,50
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)		50,915.000	40,425.000	37,908.585,50
Nettogeldfluss		-50,915.000	-40,425.000	-37,908.585,50

Erläuterungen:

Es bestehen keine Abweichungen zum Ergebnisvoranschlag.

**I.C Detailbudgets
13.01.03 Opferhilfe
Erläuterungen**

Globalbudget 13.01 Steuerung und Services

Detailbudget 13.01.03 Opferhilfe

Haushaltsführende Stelle: Haushaltsleitendes Organ (Bundesminister für Justiz u, Reformen)

Ziele

Ziel 1

WZ 2 Sicherstellung des Zuganges zu Leistungen der Gerichtsbarkeit durch Ausgleich von einkommensmäßigen, sozialen und sonstigen Benachteiligungen sowie Sicherstellung der organisatorischen, personellen und sachlichen Voraussetzungen für eine geordnete Rechtsverfolgung und -durchsetzung durch die Justizverwaltung.

Maßnahmen inklusive Gleichstellungsmaßnahme/n

Beitrag zu Ziel/en	Wie werden die Ziele verfolgt? Maßnahmen:	Wie sieht Erfolg aus? Meilensteine/Kennzahlen für 2018	Istzustand (Ausgangspunkt der Planung für 2018)
1	Psychosoziale Prozessbegleitung für Opfer von Gewalt- und Sexualdelikten; zentrale, niederschwellige Ansprechstelle für Prozeßopfer	Leistungen für Betroffene zumindest im selben Ausmaß wie 2017; Betrieb einer niederschwelligen Opferhilfe-Telefonhotline. 2018: 7,943 Mio. Euro	Förder-(Leistungs-)volumen 2016: 6,851 Mio €

Wesentliche Rechtsgrundlagen

Aus den Mitteln dieses Detailbudgets werden Förderungen an Opferhilfeeinrichtungen erbracht, die für Opfer bestimmter Straftaten gesetzlich vorgesehene Prozessbegleitungen anbieten.

Die Rechtsgrundlage für die entsprechenden Förderungen findet sich in § 66 Abs. 2 StPO bzw. Art. VI der StPO-Novelle 1999, BGBl. I Nr. 55/1999.

I.C Detailbudgets
Detailbudget 13.01.03 Opferhilfe
 (Beträge in Euro)

Ergebnisvoranschlag	AB	BVA 2018	BVA 2017	Erfolg 2016
Transferaufwand				
Aufwand für Transfers an private Haushalte/Institutionen	16	7,943.000	7,943.000	6,850.674,20
Sonstige Transfers an private Haushalte/Institutionen	16	7,943.000	7,943.000	6,850.674,20
Summe Transferaufwand		7,943.000	7,943.000	6,850.674,20
<i>hievon finanzierungswirksam</i>		<i>7,943.000</i>	<i>7,943.000</i>	<i>6,850.674,20</i>
Aufwendungen		7,943.000	7,943.000	6,850.674,20
<i>hievon finanzierungswirksam</i>		<i>7,943.000</i>	<i>7,943.000</i>	<i>6,850.674,20</i>
Nettoergebnis		-7,943.000	-7,943.000	-6,850.674,20
<i>hievon finanzierungswirksam</i>		<i>-7,943.000</i>	<i>-7,943.000</i>	<i>-6,850.674,20</i>

Erläuterungen:

Das in diesem Detailbudget veranschlagte Budget entspricht dem Erfolg des Jahres 2017.

Bundesvoranschlag 2018

I.C Detailbudgets
Detailbudget 13.01.03 Opferhilfe
 (Beträge in Euro)

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	AB	BVA 2018	BVA 2017	Erfolg 2016
Auszahlungen aus Transfers				
Auszahlungen aus Transfers an private Haushalte/Institutionen	16	7,943.000	7,943.000	6,850.674,20
Auszahlungen aus sonstigen Transfers an private Haushalte/Institutionen	16	7,943.000	7,943.000	6,850.674,20
Summe Auszahlungen aus Transfers		7,943.000	7,943.000	6,850.674,20
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)		7,943.000	7,943.000	6,850.674,20
Nettogeldfluss		-7,943.000	-7,943.000	-6,850.674,20

Erläuterungen:

Es bestehen keine Abweichungen zum Ergebnisvoranschlag.

I.C Detailbudgets
13.01.04 Datenschutzbehörde
Erläuterungen

Globalbudget 13.01 Steuerung und Services

Detailbudget 13.01.04 Datenschutzbehörde

Haushaltsführende Stelle: Leiter/in der Datenschutzbehörde

Ziele

Ziel 1

WZ 1 Gewährleistung der Rechtssicherheit und des Rechtsfriedens (durch Vorschläge zur Anpassung und Weiterentwicklung des Rechtssystems im Hinblick auf die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bedürfnisse).

Ziel 2

WZ 3 Objektive, faire und unabhängige Führung und Entscheidung von Verfahren durch Gerichte, Staatsanwaltschaften und die Datenschutzbehörde in angemessener Dauer.

Ziel 3

WZ 4 Moderne Verfassung, Reformen im Staats- und Verwaltungswesen, und Entbürokratisierung im Interesse der BürgerInnen und Bürger sowie der Unternehmen

Maßnahmen inklusive Gleichstellungsmaßnahme/n

Beitrag zu Ziel/en	Wie werden die Ziele verfolgt? Maßnahmen:	Wie sieht Erfolg aus? Meilensteine/Kennzahlen für 2018	Istzustand (Ausgangspunkt der Planung für 2018)
1	Durchführung von nationalen und internationalen Beschwerdeverfahren erster Instanz in datenschutzrechtlichen Angelegenheiten mit möglichst geringer Verfahrensdauer	3 Parameter sind für ein internes Qualitätsaudit bis 12/2018 vorgesehen: - durchschnittliche Verfahrensdauer (national), - durchschnittliche Verfahrensdauer (international) - Rechtssicherheit.	3 Parameter sind für ein internes Qualitätsaudit bis 12/2018 vorgesehen: - durchschnittliche Verfahrensdauer (national), - durchschnittliche Verfahrensdauer (international) - Rechtssicherheit.
2	Evaluierung und Kontrolle internationaler Informationsverbundsysteme im Rahmen der Teilnahme an europäischen Schengen und Visa Übereinkommen	Umsetzung der Empfehlungen und weitere Verfahrensevaluierung der Umsetzungsmaßnahmen der betroffenen MS, Ziel 100%	Umsetzung der Empfehlungen und weitere Verfahrensevaluierung der Umsetzungsmaßnahmen der betroffenen MS, Ziel 100%
3	Vorbereitung der MitarbeiterInnen der Datenschutzbehörde auf neue Aufgabenbereiche infolge der Datenschutz-Grundverordnung der Europäischen Union mittels laufender Workshops	9,1 Millionen Datensätze [Zielzustand per 12/2018] Detailerfassung bzw. Nachbearbeitung von 290.000 Datensätzen (= Teilmenge des oben erwähnten Gesamtvolumens) zur Optimierung der Suchmöglichkeiten	8,7 Millionen Datensätze [Zielzustand per 12/2017] Detailerfassung bzw. Nachbearbeitung von 290.000 Datensätzen (= Teilmenge des o. a. Gesamtvolumens) zur Optimierung der Suchmöglichkeiten
2	Entwicklung europaweiter Datenschutzstandards und Sicherstellung eines einheitlichen Vollzugs	Teilnahme an den Sitzungen EDSA Experten und Leitungsebene, Entwicklung europaweiter Standards Termine für die Meetings werden auf europäischer Ebene festgelegt	Teilnahme an den Sitzungen EDSA Experten und Leitungsebene, Entwicklung europaweiter Standards Termine für die Meetings werden auf europäischer Ebene festgelegt
1	Friktionsfreies Funktionieren des EU-US Privacy Shields auf Seiten der Österr. Datenschutzbehörde durch laufende Schulungen der MitarbeiterInnen in diesem Bereich	Erfolgreich abgeschlossene Verfahren und Abschluss der Verfahren innerhalb der vorgegebenen Fristen bei Anfall [Zielzustand per 12/2018]	Erfolgreich abgeschlossene Verfahren und Abschluss der Verfahren innerhalb der vorgegebenen Fristen bei Anfall [Zielzustand per 12/2017]

Wesentliche Rechtsgrundlagen

Ein- und Auszahlungen der Datenschutzbehörde sind hier veranschlagt. Sie sorgt für die Einhaltung des Datenschutzes in Österreich und ist daher vor Erlassung von Bundesgesetzen, die wesentliche Fragen des Datenschutzes unmittelbar betreffen, sowie von Verordnungen des Bundes, die auf der Grundlage dieses Bundesgesetzes ergehen oder sonstige wesentliche Fragen des Datenschutzes unmittelbar betreffen, anzuhören. Vor der Datenschutzbehörde könne zudem die durch das Datenschutzgesetz gewährleisteten Rechte sowohl gegenüber öffentlichen als auch privaten Arbeitgebern durchgesetzt werden.

Wesentliche Rechtsgrundlagen sind:

Datenschutzgesetz 2000, Datenschutzanpassungsgesetz 2018, E-Government -Gesetz, Datenschutzgrundverordnung

I.C Detailbudgets
Detailbudget 13.01.04 Datenschutzbehörde
(Beträge in Euro)

Ergebnisvoranschlag	AB	BVA 2018	BVA 2017	Erfolg 2016
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers				
Erträge aus wirtschaftlicher Tätigkeit	16	104.000		
Sonstige wirtschaftliche Erträge	16	104.000		
Erträge aus Kostenbeiträgen und Gebühren	16	118.000		
Erträge aus Transfers	16	17.000		
Erträge aus Transfers von ausländischen Körperschaften und Rechtsträgern	16	17.000		
Transfers von EU-Mitgliedstaaten	16	17.000		
Summe Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers		239.000		
<i>hievon finanzierungswirksam</i>		<i>239.000</i>		
Erträge		239.000		
<i>hievon finanzierungswirksam</i>		<i>239.000</i>		
Personalaufwand				
Bezüge	16	1,306.000		
Mehrdienstleistungen	16	10.000		
Sonstige Nebengebühren	16	21.000		
Gesetzlicher Sozialaufwand	16	338.000		
Abfertigungen, Jubiläumszuwendungen und nicht konsumierte Urlaube	16	155.000		
Freiwilliger Sozialaufwand	16	10.000		
Aufwandsentschädigungen im Personalaufwand	16	5.000		
Summe Personalaufwand		1,845.000		
<i>hievon finanzierungswirksam</i>		<i>1,695.000</i>		
Betrieblicher Sachaufwand				
Reisen	16	29.000		
Aufwand für Werkleistungen	16	136.000		
Personalleihe und sonstige Dienstverhältnisse zum Bund	16	14.000		
Transporte durch Dritte	16	43.000		
Geringwertige Wirtschaftsgüter (GWG)	16	10.000		
Aufwendungen aus der Wertberichtigung und dem Abgang von Forderungen	16	1.000		
Sonstiger betrieblicher Sachaufwand	16	9.000		
Übriger sonstiger betrieblicher Sachaufwand	16	9.000		
Summe Betrieblicher Sachaufwand		242.000		
<i>hievon finanzierungswirksam</i>		<i>241.000</i>		
Aufwendungen		2,087.000		
<i>hievon finanzierungswirksam</i>		<i>1,936.000</i>		
Nettoergebnis		-1,848.000		
<i>hievon finanzierungswirksam</i>		<i>-1,697.000</i>		

Erläuterungen:

Die Steigerung der Aufwendungen im Bereich der Datenschutzbehörde beruhen auf einem gegenüber dem Jahr 2017 erhöhten Personalaufwand (Lohnerhöhung, Struktureffekt).

I.C Detailbudgets
Detailbudget 13.01.04 Datenschutzbehörde
(Beträge in Euro)

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	AB	BVA 2018	BVA 2017	Erfolg 2016
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers				
Einzahlungen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	16	104.000		
Einzahlungen aus sonstigen betrieblichen Erträgen	16	104.000		
Einzahlungen aus Kostenbeiträgen und Gebühren	16	118.000		
Einzahlungen aus Transfers	16	17.000		
Einzahlungen aus Transfers von ausländischen Körperschaften und Rechtsträgern	16	17.000		
Einzahlungen aus Transfers von EU-Mitgliedstaaten	16	17.000		
Summe Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers		239.000		
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen				
Einzahlungen aus Rückzahlungen von (Unterhalts-)vorschüssen	16	1.000		
Einzahlungen aus sonstigen Forderungen	16	1.000		
Summe Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen		1.000		
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)		240.000		
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit				
Auszahlungen aus Bezügen	16	1,306.000		
Auszahlungen aus Mehrdienstleistungen	16	10.000		
Auszahlungen aus sonstigen Nebengebühren	16	21.000		
Auszahlungen aus gesetzlichem Sozialaufwand	16	338.000		
Auszahlungen aus Abfertigungen, Jubiläumszuwendungen und nicht konsumierten Urlauben	16	5.000		
Auszahlungen aus freiwilligem Sozialaufwand	16	10.000		
Auszahlungen aus Aufwandsentschädigungen im Personalaufwand	16	5.000		
Auszahlungen aus Reisen	16	29.000		
Auszahlungen aus Werkleistungen	16	136.000		
Auszahlungen aus Personalleihe und sonstigen Dienstverhältnissen zum Bund	16	14.000		
Auszahlungen aus Transporte durch Dritte	16	43.000		
Auszahlungen aus Geringwertigen Wirtschaftsgütern (GWG)	16	10.000		
Auszahlungen aus sonstigem betrieblichen Sachaufwand	16	9.000		
Auszahlungen aus übrigem sonstigen betrieblichen Sachaufwand	16	9.000		
Summe Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit		1,936.000		
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen				
Auszahlungen aus der Gewährung von (Unterhalts-)vorschüssen	16	3.000		
Auszahlungen aus sonstigen Forderungen	16	3.000		
Summe Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen		3.000		
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)		1,939.000		
Nettogeldfluss		-1,699.000		

Erläuterungen:

Abweichungen zum Ergebnisvoranschlag sind insbesondere auf nicht finanzwirksame Aufwendungen (Dotierung von Rückstellungen für Abfertigungen, Jubiläumszuwendungen und nicht konsumierte Urlaube) zurückzuführen.

Bundesvoranschlag 2018

I.C Detailbudgets
Detailbudget 13.01.04 Datenschutzbehörde
Überblick Personal

Besoldungsgruppen-Bereiche	PLANSTELLEN für das Jahr 2018		PLANSTELLEN für das Jahr 2017		PERSONALSTAND im Jahr 2017 (31.12.)		PERSONALSTAND im Jahr 2016 (31.12.)	
	PISt	PCP *)	PISt	PCP*)	VBÄ	PCP	VBÄ	PCP
Allgemeiner Verwaltungsdienst	33,000	12.777,000	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000
Summe	33,000	12.777,000	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000

*) In den ausgewiesenen PCP sämtlicher Besoldungsgruppen-Bereiche und den dazugehörigen Summen sind die berechneten PCP aller ausgewiesenen (Pool und Nicht-Pool) Planstellen enthalten

Erläuterungen zum Personal

Die Datenschutzbehörde verfügte im Jahr 2017 über 28 Planstellen. Für das Jahr 2018 erhöht sich die Zahl der Planstellen um 5 Planstellen auf 33 Planstellen. Die Erhöhung begründet sich in den zusätzlichen Aufgaben aufgrund der Datenschutzgrundverordnung.

I.C Detailbudgets
13.02 Rechtsprechung
Aufteilung auf Detailbudgets
(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	GB 13.02 Rechtspre- chung	DB 13.02.01 OGH + GP	DB 13.02.02 OLG Wien	DB 13.02.03 OLG Linz	DB 13.02.04 OLG Graz
Erträge aus der operativen Verwaltungstätig- keit und Transfers	1.249,728	0,100	552,104	220,712	208,482
Erträge	1.249,728	0,100	552,104	220,712	208,482
Personalaufwand	556,587	16,300	236,799	95,642	96,453
Transferaufwand	19,998				
Betrieblicher Sachaufwand	483,740	1,985	242,332	65,413	55,528
Aufwendungen	1.060,325	18,285	479,131	161,055	151,981
Nettoergebnis	189,403	-18,185	72,973	59,657	56,501
Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	GB 13.02 Rechtspre- chung	DB 13.02.01 OGH + GP	DB 13.02.02 OLG Wien	DB 13.02.03 OLG Linz	DB 13.02.04 OLG Graz
Einzahlungen aus der operativen Verwal- tungstätigkeit und Transfers	1.200,029	0,100	547,904	218,512	205,682
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,001				
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Dar- lehen sowie gewährten Vorschüssen	0,038			0,010	0,005
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	1.200,068	0,100	547,904	218,522	205,687
Auszahlungen aus der operativen Verwal- tungstätigkeit	937,151	18,285	401,975	158,213	146,577
Auszahlungen aus Transfers	19,998				
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	9,184	0,015	3,153	3,000	0,200
Auszahlungen aus der Gewährung von Darle- hen sowie gewährten Vorschüssen	0,041		0,006		
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	966,374	18,300	405,134	161,213	146,777
Nettogeldfluss	233,694	-18,200	142,770	57,309	58,910

Bundesvoranschlag 2018

DB 13.02.05 OLG Inns- bruck	DB 13.02.06 Zentr. Res- sourcen	DB 13.02.07 BVwG
168,699	98,610	1,021
168,699	98,610	1,021
65,008	1,460	44,925
38,022	19,998	
	50,686	29,774
103,030	72,144	74,699
65,669	26,466	-73,678

DB 13.02.05 OLG Inns- bruck	DB 13.02.06 Zentr. Res- sourcen	DB 13.02.07 BVwG
168,253 0,001	58,600	0,978
0,001		0,022
168,255	58,600	1,000
99,460	44,244	68,397
	19,998	
0,341	1,900	0,575
		0,035
99,801	66,142	69,007
68,454	-7,542	-68,007

I.C Detailbudgets
13.02.01 Oberster Gerichtshof und Generalprokuratur
Erläuterungen

Globalbudget 13.02 Rechtsprechung

Detailbudget 13.02.01 Oberster Gerichtshof und Generalprokuratur

Haushaltsführende Stelle: Präsident/in des OGH

Ziele

Ziel 1

WZ 2 Sicherstellung des Zuganges zu Leistungen der Gerichtsbarkeit durch Ausgleich von einkommensmäßigen, sozialen und sonstigen Benachteiligungen sowie Sicherstellung der organisatorischen, personellen und sachlichen Voraussetzungen für eine geordnete Rechtsverfolgung und -durchsetzung durch die Justizverwaltung.

Maßnahmen inklusive Gleichstellungsmaßnahme/n

Beitrag zu Ziel/en	Wie werden die Ziele verfolgt? Maßnahmen:	Wie sieht Erfolg aus? Meilensteine/Kennzahlen für 2018	Istzustand (Ausgangspunkt der Planung für 2018)
1	Sparsame Ressourcenverwaltung	Sparsame Ressourcenverwaltung unter Wahrung des aktuellen Ausgabenrahmens, abgesehen von Steigerungen in Folge Inflationsrate, Personalzuwachs und Lohnrunden. 2017 (Zielwert): 17,6 Mio Euro	2016 (vorläufiger Erfolg): 17.143.802,17 Euro

Wesentliche Rechtsgrundlagen

Die Ein- und Auszahlungen des Obersten Gerichtshofes sind hier veranschlagt. Zu seinen Aufgaben zählt die Schaffung der materiellen Voraussetzungen für die Rechtsprechung in Angelegenheiten des Zivil- und des Strafrechts, die Verfolgung von Straftaten einschließlich der Anklageerhebung, die Erstattung von Besetzungsvorschlägen für die Ernennung von Richter/innen und StaatsanwältInnen sowie die Erledigung der in ihren Wirkungsbereich fallenden Justizverwaltungsangelegenheiten.

Die Mittelaufbringung erfolgt in erster Linie durch Erlöse für hoheitliche Leistungen (Gerichtsgebühren und Kostenersätze).

Die wesentlichen Rechtsgrundlagen sind:

Justizielle Materien- und Verfahrensgesetze, Gerichtsorganisationsgesetz, Staatsanwaltschaftsgesetz, Richter- und Staatsanwaltschaftsdienstgesetz, Gerichtsgebührengesetz, Gebührenanspruchsgesetz, Bundesgesetz über die allgemein beeideten und gerichtlich zertifizierten Sachverständigen und Dolmetscher, Gerichtliches Einbringungsgesetz, Rechtsanwaltsanordnung, (Pauschalvergütung an den Österreichischen Rechtsanwaltskammertag) Strafrechtliches Entschädigungsgesetz, Vereinssachwalter-, Patienten-anwalts- und Bewohnervertretergesetz, Heimaufenthaltsgesetz, Unterbringungsgesetz, Grundrechtsbeschwerdegesetz, Rechtsanwaltsprüfungsgesetz, Notariatsprüfungsgesetz, Beamtendienstrechtsgesetz, Vertragsbedienstetengesetz

I.C Detailbudgets
Detailbudget 13.02.01 Oberster Gerichtshof und Generalprokuratur
 (Beträge in Euro)

Ergebnisvoranschlag	AB	BVA 2018	BVA 2017	Erfolg 2016
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers				
Erträge aus wirtschaftlicher Tätigkeit	16		1.000	174,36
Erträge aus Mieten	16		1.000	174,36
Erträge aus Kostenbeiträgen und Gebühren	33	84.000	81.000	65.267,88
Sonstige Erträge		16.000	357.000	93.136,88
	16	1.000	1.000	
	33	15.000	356.000	93.136,88
Geldstrafen	16	1.000	1.000	
Wertaufholungen von Anlagen	33		1.000	-433,28
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	33		338.000	67.016,64
Übrige sonstige Erträge	33	15.000	16.000	26.553,52
Summe Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers		100.000	439.000	158.579,12
<i>hievon finanzierungswirksam</i>		<i>100.000</i>	<i>99.000</i>	<i>91.995,76</i>
Erträge		100.000	439.000	158.579,12
<i>hievon finanzierungswirksam</i>		<i>100.000</i>	<i>99.000</i>	<i>91.995,76</i>
Personalaufwand				
Bezüge	33	13,306.000	12,787.000	12,404.722,28
Mehrdienstleistungen	33	100.000	110.000	96.595,19
Sonstige Nebengebühren	33	88.000	99.000	81.172,20
Gesetzlicher Sozialaufwand	33	2,544.000	2,451.000	2,419.531,91
Abfertigungen, Jubiläumszuwendungen und nicht konsumierte Urlaube	33	192.000	1,155.000	308.660,47
Freiwilliger Sozialaufwand	33	10.000	7.000	4.383,06
Aufwandsentschädigungen im Personalaufwand	33	60.000	60.000	56.340,43
Summe Personalaufwand		16,300.000	16,669.000	15,371.405,54
<i>hievon finanzierungswirksam</i>		<i>16,300.000</i>	<i>15,669.000</i>	<i>15,062.745,07</i>
Betrieblicher Sachaufwand				
Vergütungen innerhalb des Bundes	33	5.000	7.000	6.404,41
Mieten		1,060.000	1,040.000	1,023.837,92
	33	75.000	60.000	59.464,69
	36	985.000	980.000	964.373,23
Instandhaltung	33	13.000	15.000	24.954,70
Telekommunikation und Nachrichtenaufwand	33	40.000	40.000	40.774,70
Reisen	33	51.000	35.000	30.737,74
Aufwand für Werkleistungen	33	228.000	228.000	249.702,79
Personalleihe und sonstige Dienstverhältnisse zum Bund	33	14.000	21.000	26.198,30
Transporte durch Dritte	33	6.000	4.000	1.908,60
Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte	33		160.000	55.979,60
Geringwertige Wirtschaftsgüter (GWG)	33	16.000	22.000	36.085,58
Aufwendungen aus der Wertberichtigung und dem Abgang von Forderungen	33		1.000	3,10
Sonstiger betrieblicher Sachaufwand	33	552.000	491.000	541.144,66
Aufwand aus Währungsdifferenzen	33	1.000	1.000	726,52
Energie	33	41.000	41.000	40.360,00
Übriger sonstiger betrieblicher Sachaufwand	33	510.000	448.000	500.058,14
Summe Betrieblicher Sachaufwand		1,985.000	2,064.000	2,037.732,10
<i>hievon finanzierungswirksam</i>		<i>1,985.000</i>	<i>1,901.000</i>	<i>1,981.749,30</i>
Aufwendungen		18,285.000	18,733.000	17,409.137,64
<i>hievon finanzierungswirksam</i>		<i>18,285.000</i>	<i>17,570.000</i>	<i>17,044.494,37</i>

I.C Detailbudgets
Detailbudget 13.02.01 Oberster Gerichtshof und Generalprokuratur
 (Beträge in Euro)

Ergebnisvoranschlag	AB	BVA 2018	BVA 2017	Erfolg 2016
Nettoergebnis		-18,185.000	-18,294.000	-17,250.558,52
<i>hievon finanzierungswirksam</i>		<i>-18,185.000</i>	<i>-17,471.000</i>	<i>-16,952.498,61</i>

Erläuterungen:

Im Budget des Obersten Gerichtshofes und der Generalprokuratur wurde im Personalbereich eine Kostensteigerung resultierend aus Lohnerhöhung plus Struktureffekt berücksichtigt. Bei den Sachaufwendungen wurde der Erfolg des Jahres 2017 fortgeschrieben.

I.C Detailbudgets
Detailbudget 13.02.01 Oberster Gerichtshof und Generalprokuratur
 (Beträge in Euro)

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	AB	BVA 2018	BVA 2017	Erfolg 2016
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers				
Einzahlungen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	16		1.000	174,36
Einzahlungen aus Mieterträgen	16		1.000	174,36
Einzahlungen aus Kostenbeiträgen und Gebühren	33	84.000	81.000	65.267,88
Sonstige Einzahlungen		16.000	17.000	26.553,52
	16	1.000	1.000	
	33	15.000	16.000	26.553,52
Einzahlungen aus Geldstrafen	16	1.000	1.000	
Übrige sonstige Einzahlungen	33	15.000	16.000	26.553,52
Summe Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers		100.000	99.000	91.995,76
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen				
Einzahlungen aus Rückzahlungen von (Unterhalts-)vorschüssen	16		1.000	712,00
Einzahlungen aus sonstigen Forderungen	16		1.000	712,00
Summe Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen			1.000	712,00
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)		100.000	100.000	92.707,76
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit				
Auszahlungen aus Bezügen	33	13,306.000	12,787.000	12,415.216,21
Auszahlungen aus Mehrdienstleistungen	33	100.000	110.000	97.257,67
Auszahlungen aus sonstigen Nebengebühren	33	88.000	99.000	80.041,27
Auszahlungen aus gesetzlichem Sozialaufwand	33	2,544.000	2,451.000	2,419.078,53
Auszahlungen aus Abfertigungen, Jubiläumszuwendungen und nicht konsumierten Urlauben	33	192.000	155.000	169.606,82
Auszahlungen aus freiwilligem Sozialaufwand	33	10.000	7.000	3.773,06
Auszahlungen aus Aufwandsentschädigungen im Personalaufwand	33	60.000	60.000	56.126,84
Auszahlungen aus Vergütungen innerhalb des Bundes	33	5.000	7.000	6.229,27
Auszahlungen aus Mieten		1,060.000	1,040.000	783.835,92
	33	75.000	60.000	59.464,69
	36	985.000	980.000	724.371,23
Auszahlungen aus Instandhaltung	33	13.000	15.000	24.723,67
Auszahlungen aus Telekommunikation und Nachrichtenaufwand	33	40.000	40.000	39.816,16
Auszahlungen aus Reisen	33	51.000	35.000	30.737,74
Auszahlungen aus Werkleistungen	33	228.000	228.000	254.525,61
Auszahlungen aus Personalleihe und sonstigen Dienstverhältnissen zum Bund	33	14.000	21.000	26.198,30
Auszahlungen aus Transporte durch Dritte	33	6.000	4.000	1.769,51
Auszahlungen aus Geringwertigen Wirtschaftsgütern (GWG)	33	16.000	22.000	36.997,68
Auszahlungen aus sonstigem betrieblichen Sachaufwand	33	552.000	489.000	514.185,75
Auszahlungen aus Währungsdifferenzen	33	1.000	1.000	941,11
Auszahlungen aus Energie	33	41.000	41.000	40.360,00
Auszahlungen aus übrigen sonstigen betrieblichen Sachaufwand	33	510.000	447.000	472.884,64

I.C Detailbudgets
Detailbudget 13.02.01 Oberster Gerichtshof und Generalprokuratur
 (Beträge in Euro)

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	AB	BVA 2018	BVA 2017	Erfolg 2016
Summe Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit		18,285.000	17,570.000	16,960.120,01
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit				
Auszahlungen aus dem Zugang von Sachanlagen	33	15.000	30.000	184.007,17
Auszahlungen aus dem Zugang von technischen Anlagen, Werkzeugen, Fahrzeugen	33	5.000	20.000	55.354,66
Auszahlungen aus dem Zugang von Amts-, Betriebs- und Geschäftsausstattung	33	10.000	10.000	128.652,51
Summe Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit		15.000	30.000	184.007,17
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)		18,300.000	17,600.000	17,144.127,18
Nettogeldfluss		-18,200.000	-17,500.000	-17,051.419,42

Erläuterungen:

Abweichungen zum Ergebnisvoranschlag sind insbesondere auf nicht finanzwirksame Aufwendungen (Dotierung von Rückstellungen für Abfertigungen, Jubiläumszuwendungen und nicht konsumierte Urlaube) und nicht finanzwirksame Erträge, überwiegend aus der Auflösung von Rückstellungen, zurückzuführen.

I.C Detailbudgets
Detailbudget 13.02.01 Oberster Gerichtshof und Generalprokuratur
Überblick Personal

Besoldungsgruppen-Bereiche	PLANSTELLEN für das Jahr 2018		PLANSTELLEN für das Jahr 2017		PERSONALSTAND im Jahr 2017 (31.12.)		PERSONALSTAND im Jahr 2016 (31.12.)	
	PISt	PCP *)	PISt	PCP*)	VBÄ	PCP	VBÄ	PCP
Allgemeiner Verwaltungsdienst	39,000	9.081,000	39,000	9.081,000	35,300	8.263,400	37,000	8.595,500
RichterInnen und RichteramtsanwärterInnen	60,000	60.516,000	60,000	60.516,000	69,000	65.675,500	70,000	65.860,500
StaatsanwältInnen	18,000	18.166,000	18,000	18.166,000	19,000	18.781,000	17,000	16.951,000
Summe	117,000	87.763,000	117,000	87.763,000	123,300	92.719,900	124,000	91.407,000

*) In den ausgewiesenen PCP sämtlicher Besoldungsgruppen-Bereiche und den dazugehörigen Summen sind die berechneten PCP aller ausgewiesenen (Pool und Nicht-Pool) Planstellen enthalten

Erläuterungen zum Personal

Der Oberste Gerichtshof und die Generalprokuratur verfügten im Jahr 2017 über 117 Planstellen, die für das Jahr 2018 unverändert fortgeschrieben werden.

I.C Detailbudgets
13.02.02 Oberlandesgericht Wien
Erläuterungen

Globalbudget 13.02 Rechtsprechung

Detailbudget 13.02.02 Oberlandesgericht Wien

Haushaltsführende Stelle: Präsident/in des Oberlandesgerichtes Wien

Ziele

Ziel 1

WZ 3 Objektive, faire und unabhängige Führung und Entscheidung von Verfahren durch Gerichte, Staatsanwaltschaften und die Datenschutzbehörde in angemessener Dauer.

Ziel 2

WZ 2 Sicherstellung des Zuganges zu Leistungen der Gerichtsbarkeit durch Ausgleich von einkommensmäßigen, sozialen und sonstigen Benachteiligungen sowie Sicherstellung der organisatorischen, personellen und sachlichen Voraussetzungen für eine geordnete Rechtsverfolgung und -durchsetzung durch die Justizverwaltung.

Ziel 3

WZ 5 Effektive Durchsetzung von Entscheidungen durch zivil- und strafgerichtlichen Vollzug letzterer unter besonderer Berücksichtigung der Reintegration und Rückfallsprävention sowie der Lebenssituation weiblicher Insassen im Straf- und Maßnahmen-vollzug.

Maßnahmen inklusive Gleichstellungsmaßnahme/n

Beitrag zu Ziel/en	Wie werden die Ziele verfolgt? Maßnahmen:	Wie sieht Erfolg aus? Meilensteine/Kennzahlen für 2018	Istzustand (Ausgangspunkt der Planung für 2018)
1	Optimierung der Verfahrensabläufe durch Analyse der Abläufe an Bezirksgerichten, die über- oder unterdurchschnittlich lange Verfahrensdauern in streitigen Zivilverfahren aufweisen.	Senkung der eingebrachten Fristsetzungsanträge. 2018: 51 (Anzahl)	2015: 78 (Anzahl) 2016: 87 (Anzahl)
		Qualifizierte Urteilsrückstände im Jahresdurchschnitt 2018 Zielzustand: 837 (Anzahl an Verfahren)	2017 Istzustand: 881 (Anzahl an Verfahren)
1	Ausbau der elektronischen Einbringungsmöglichkeiten für BürgerInnen, Sachverständige und DolmetscherInnen sowie der elektronischen Zustellungen von Gerichtsentscheidungen.	Elektronische Exekutionsanträge. 2018: 76 (%)	2017: 76,13%
		Elektronische Einbringung durch Sachverständige und DolmetscherInnen. 2018: 37778 (Anzahl)	2017: 37129 (Anzahl)
		Anzahl der elektronischen Zustellungen. 2018: 3377778 (Anzahl)	2017: 3372140 (Anzahl)
2	Zielgerichtete und bedarfsmotivierte Aus- und Fortbildungsveranstaltungen, insbesondere im Bereich der Stärkung der fachlichen und sozialen Kompetenz von MitarbeiterInnen.	RichterInnen, StaatsanwältInnen und RichteramtsanwärterInnen bei Fortbildungsveranstaltungen. 2017: 4844 (Tage) 2018: 3447 (Tage)	2016: 3447 (Tage)

Bundesvoranschlag 2018

3	Optimierung der Prozesse und Ausbau der IT-Unterstützungsmaßnahmen im Zusammenhang mit Exekutionsverfahren in der Verfahrensautomation Justiz (VJ), mobilen GerichtsvollzieherInnen, und der Integrierten Vollzugsverwaltung (IVV) zur Beschleunigung der Durchsetzung gerichtlicher Entscheidungen.	Effizienter Vollzug von Exekutionsanträgen. 2018: 55 (Tage)	2017: 57,9 (Tage)
---	---	--	-------------------

Wesentliche Rechtsgrundlagen

Die Ein- und Auszahlungen des Oberlandesgerichts Wien sind hier veranschlagt. Zu seinen Aufgaben zählt die Schaffung der materiellen Voraussetzungen für die Rechtsprechung in Angelegenheiten des Zivil- und des Strafrechts, die Verfolgung von Straftaten einschließlich der Anklageerhebung, die Erstattung von Besetzungsvorschlägen für die Ernennung von Richter/innen und StaatsanwältInnen sowie die Erledigung der in ihren Wirkungsbereich fallenden Justizverwaltungsangelegenheiten. Die Mittelaufbringung erfolgt in erster Linie durch Erlöse für hoheitliche Leistungen (Gerichtsgebühren und Kostenersätze), Ersätzen der Sozialversicherungsträger, Geldstrafen und Geldbußen.

Die wesentlichen Rechtsgrundlagen sind:

Justizielle Materien- und Verfahrensgesetze, Gerichtsorganisationsgesetz, Staatsanwaltschaftsgesetz, Richter- und Staatsanwaltschaftsdienstgesetz, Gerichtsgebührengesetz, Gebührenanspruchsgesetz, Bundesgesetz über die allgemein beeideten und gerichtlich zertifizierten Sachverständigen und Dolmetscher, Gerichtliches Einbringungsgesetz, Rechtsanwaltsanordnung, (Pauschalvergütung an den Österreichischen Rechtsanwaltskammertag) Strafrechtliches Entschädigungsgesetz, Vereinssachwalter-, Patienten-anwalts- und Bewohnervertretergesetz, Heimaufenthaltsgesetz, Unterbringungsgesetz, Grundrechtsbeschwerde- Gesetz, Rechtsanwaltsprüfungsgesetz, Notariatsprüfungsgesetz, Beamtendienstrechtsgesetz, Vertragsbedienstetengesetz.

I.C Detailbudgets
Detailbudget 13.02.02 Oberlandesgericht Wien
(Beträge in Euro)

Ergebnisvoranschlag	AB	BVA 2018	BVA 2017	Erfolg 2016
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers				
Erträge aus wirtschaftlicher Tätigkeit		610.000	575.000	585.702,75
	16	423.000	405.000	404.306,69
	33	187.000	170.000	181.396,06
Erträge aus Mieten	16	423.000	405.000	404.306,69
Erträge aus der Veräußerung von Material	33	6.000	5.000	6.065,70
Erträge aus Leistungen	33	56.000	55.000	56.672,42
Sonstige wirtschaftliche Erträge	33	125.000	110.000	118.657,94
Erträge aus Kostenbeiträgen und Gebühren	33	531,928.000	522,829.000	534,716.616,96
Erträge aus Transfers	33	2.000	3.000	2.319,34
Erträge aus Transfers von öffentlichen Körperschaften und Rechtsträgern	33	2.000	3.000	2.319,34
Transfers von Sozialversicherungsträgern	33	2.000	3.000	2.319,34
Sonstige Erträge		19,564.000	20,538.000	100,140.200,75
	16	1.000	1.000	
	33	19,563.000	20,537.000	100,140.200,75
Geldstrafen		12,202.000	15,316.000	93,807.366,02
	16	1.000	1.000	
	33	12,201.000	15,315.000	93,807.366,02
Einziehungen zum Bundesschatz	33	2,827.000	3,002.000	3,539.452,54
Wertaufholungen von Anlagen	33		57.000	-34.911,96
Erträge aus Währungsdifferenzen	33			140,04
Erträge aus dem Abgang von Sachanlagen und geringwertigen Sachanlagen	33	70.000		
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	33	4,130.000	1,828.000	2,491.839,21
Übrige sonstige Erträge	33	335.000	335.000	336.314,90
Summe Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers		552,104.000	543,945.000	635,444.839,80
<i>hievon finanzierungswirksam</i>		<i>547,904.000</i>	<i>542,060.000</i>	<i>632,987.912,55</i>
Erträge		552,104.000	543,945.000	635,444.839,80
<i>hievon finanzierungswirksam</i>		<i>547,904.000</i>	<i>542,060.000</i>	<i>632,987.912,55</i>
Personalaufwand				
Bezüge	33	175,686.000	172,664.000	167,906.174,29
Mehrdienstleistungen	33	7,453.000	7,550.000	7,247.835,10
Sonstige Nebengebühren	33	2,902.000	2,794.000	2,788.200,10
Gesetzlicher Sozialaufwand	33	41,673.000	39,256.000	39,499.331,41
Abfertigungen, Jubiläumszuwendungen und nicht konsumierte Urlaube		6,440.000	7,940.000	6,042.438,69
	16	400.000	400.000	
	33	6,040.000	7,540.000	6,042.438,69
Freiwilliger Sozialaufwand	33	170.000	186.000	155.769,35
Aufwandsentschädigungen im Personalaufwand	33	2,475.000	2,465.000	2,427.162,58
Summe Personalaufwand		236,799.000	232,855.000	226,066.911,52
<i>hievon finanzierungswirksam</i>		<i>230,799.000</i>	<i>225,355.000</i>	<i>220,033.997,75</i>
Betrieblicher Sachaufwand				
Vergütungen innerhalb des Bundes	33	391.000	503.000	441.685,52
Materialaufwand	33	1.000	1.000	1.253,31
Mieten		43,387.000	32,620.000	31,803.847,58
	33	13,915.000	11,820.000	13,568.195,19
	36	29,472.000	20,800.000	18,235.652,39
Instandhaltung	33	3,315.000	2,294.000	3,507.019,65
Telekommunikation und Nachrichtenaufwand	33	9,400.000	9,400.000	10,163.715,02

I.C Detailbudgets
Detailbudget 13.02.02 Oberlandesgericht Wien
 (Beträge in Euro)

Ergebnisvoranschlag	AB	BVA 2018	BVA 2017	Erfolg 2016
Reisen	33	1,107.000	1,255.000	1,134.229,98
Aufwand für Werkleistungen	33	84,084.000	74,529.000	85,151.649,38
Personalleihe und sonstige Dienstverhältnisse zum Bund	33	3,341.000	4,001.000	3,898.818,86
Transporte durch Dritte	33	765.000	763.000	695.751,47
Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte	33	1,700.000	1,500.000	1,293.990,10
Geringwertige Wirtschaftsgüter (GWG)	33	872.000	718.000	857.715,84
Aufwendungen aus der Wertberichtigung und dem Abgang von Forderungen	33		3.000	72,79
Sonstiger betrieblicher Sachaufwand	33	93,969.000	51,188.000	45,119.899,15
Aufwand aus Währungsdifferenzen	33	405.000	404.000	307.499,01
Aufwendungen aus der Dotierung von Rückstellungen	33	3,000.000	6,127.000	5,825.000,00
Energie	33	2,595.000	2,474.000	2,356.794,49
Übriger sonstiger betrieblicher Sachaufwand	33	12,969.000	12,182.000	11,955.023,44
Summe Betrieblicher Sachaufwand		242,332.000	178,775.000	184,069.648,65
<i>hievon finanzierungswirksam</i>		<i>162,631.000</i>	<i>141,141.000</i>	<i>152,274.519,38</i>
Aufwendungen		479,131.000	411,630.000	410,136.560,17
<i>hievon finanzierungswirksam</i>		<i>393,430.000</i>	<i>366,496.000</i>	<i>372,308.517,13</i>
Nettoergebnis		72,973.000	132,315.000	225,308.279,63
<i>hievon finanzierungswirksam</i>		<i>154,474.000</i>	<i>175,564.000</i>	<i>260,679.395,42</i>

Erläuterungen:

Im Budget des Oberlandesgerichts Wien wurde im Personalbereich eine Kostensteigerung resultierend aus Lohnerhöhung plus Struktureffekt berücksichtigt. Bei den Sachaufwendungen ist ein wesentlicher Teil dem Grunde und der Höhe nach durch Gesetz festgelegt und/oder durch die unabhängige Rechtsprechung verursacht und insofern einer Steuerung durch die Justizverwaltung nicht zugänglich, z.B. Anzahl der RechtspraktikantInnen sowie die Gebühren der Sachverständigen und Dolmetscher. Kostensteigerungen in diesen Bereichen werden soweit wie möglich durch kostendämpfende Maßnahmen ausgeglichen.

I.C Detailbudgets
Detailbudget 13.02.02 Oberlandesgericht Wien
(Beträge in Euro)

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	AB	BVA 2018	BVA 2017	Erfolg 2016
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers				
Einzahlungen aus wirtschaftlicher Tätigkeit		610.000	575.000	580.004,85
	16	423.000	405.000	403.425,58
	33	187.000	170.000	176.579,27
Einzahlungen aus Mieterträgen	16	423.000	405.000	403.425,58
Einzahlungen aus der Veräußerung von Material	33	6.000	5.000	6.065,70
Einzahlungen aus Leistungen	33	56.000	55.000	56.790,44
Einzahlungen aus sonstigen betrieblichen Erträgen	33	125.000	110.000	113.723,13
Einzahlungen aus Kostenbeiträgen und Gebühren	33	531,928.000	522,829.000	524,987.662,81
Einzahlungen aus Transfers	33	2.000	3.000	2.319,34
Einzahlungen aus Transfers von öffentlichen Körperschaften und Rechtsträgern	33	2.000	3.000	2.319,34
Einzahlungen aus Transfers von Sozialversicherungsträgern	33	2.000	3.000	2.319,34
Sonstige Einzahlungen		15,364.000	18,653.000	30,631.132,68
	16	1.000	1.000	
	33	15,363.000	18,652.000	30,631.132,68
Einzahlungen aus Geldstrafen		12,202.000	15,316.000	26,794.246,22
	16	1.000	1.000	
	33	12,201.000	15,315.000	26,794.246,22
Einzahlungen aus Einziehungen zum Bundes-schatz	33	2,827.000	3,002.000	3,500.560,46
Einzahlungen aus Währungsdifferenzen	33			11,10
Übrige sonstige Einzahlungen	33	335.000	335.000	336.314,90
Summe Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers		547,904.000	542,060.000	556,201.119,68
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit				
Einzahlungen aus dem Abgang von Sachanlagen	33		1.000	
Einzahlungen aus dem Abgang von technischen Anlagen, Werkzeugen, Fahrzeugen	33		1.000	
Summe Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit			1.000	
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen				
Einzahlungen aus Rückzahlungen von (Unterhalts-)vorschüssen			1.000	5.824,00
	16			200,00
	61		1.000	5.624,00
Einzahlungen aus sonstigen Forderungen			1.000	5.824,00
	16			200,00
	61		1.000	5.624,00
Summe Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen			1.000	5.824,00
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)		547,904.000	542,062.000	556,206.943,68
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit				
Auszahlungen aus Bezügen	33	175,542.000	172,664.000	168,129.831,21
Auszahlungen aus Mehrdienstleistungen	33	7,453.000	7,550.000	7,234.439,21
Auszahlungen aus sonstigen Nebengebühren	33	2,902.000	2,794.000	2,792.493,24
Auszahlungen aus gesetzlichem Sozialaufwand	33	41,673.000	39,256.000	39,515.710,72

I.C Detailbudgets
Detailbudget 13.02.02 Oberlandesgericht Wien
(Beträge in Euro)

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	AB	BVA 2018	BVA 2017	Erfolg 2016
Auszahlungen aus Abfertigungen, Jubiläums- zuwendungen und nicht konsumierten Urlaub- ben		2,040.000	1,740.000	2,004.491,52
	16	400.000	400.000	371.491,71
	33	1,640.000	1,340.000	1,632.999,81
Auszahlungen aus freiwilligem Sozialaufwand	33	170.000	186.000	153.705,89
Auszahlungen aus Aufwandsentschädigungen im Personalaufwand	33	2,619.000	2,465.000	2,426.980,11
Auszahlungen aus Vergütungen innerhalb des Bundes	33	391.000	503.000	442.844,46
Auszahlungen aus Materialaufwand	33	1.000	1.000	1.253,31
Auszahlungen aus Mieten		45,912.000	32,620.000	32,223.189,54
	33	13,915.000	11,820.000	13,895.246,50
	36	31,997.000	20,800.000	18,327.943,04
Auszahlungen aus Instandhaltung	33	5,945.000	2,294.000	2,495.183,73
Auszahlungen aus Telekommunikation und Nachrichtenaufwand	33	9,400.000	9,400.000	10,121.477,88
Auszahlungen aus Reisen	33	1,107.000	1,255.000	1,132.903,17
Auszahlungen aus Werkleistungen	33	85,709.000	74,529.000	84,902.148,24
Auszahlungen aus Personalleihe und sonstigen Dienstverhältnissen zum Bund	33	3,341.000	4,001.000	3,902.665,34
Auszahlungen aus Transporte durch Dritte	33	790.000	763.000	702.056,78
Auszahlungen aus Geringwertigen Wirtschafts- gütern (GWG)	33	872.000	718.000	860.333,77
Auszahlungen aus sonstigem betrieblichen Sachaufwand	33	16,108.000	15,057.000	13,830.420,46
Auszahlungen aus Währungsdifferenzen	33	405.000	404.000	404.842,13
Auszahlungen aus Energie	33	2,627.000	2,474.000	2,234.087,70
Auszahlungen aus übrigen sonstigen betrieblichen Sachaufwand	33	13,076.000	12,179.000	11,191.490,63
Summe Auszahlungen aus der operativen Verwal- tungstätigkeit		401,975.000	367,796.000	372,872.128,58
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit				
Auszahlungen aus dem Zugang von Sachanla- gen	33	3,153.000	2,000.000	3,374.723,70
Auszahlungen aus dem Zugang von technischen Anlagen, Werkzeugen, Fahrzeugen	33	2.000		1.756,25
Auszahlungen aus dem Zugang von Amts-, Be- triebs- und Geschäftsausstattung	33	3,151.000	2,000.000	3,372.967,45
Summe Auszahlungen aus der Investitionstätig- keit		3,153.000	2,000.000	3,374.723,70
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen				
Auszahlungen aus der Gewährung von (Unter- halts-)vorschüssen	33	6.000	6.000	6.000,00
Auszahlungen aus sonstigen Forderungen	33	6.000	6.000	6.000,00
Summe Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen		6.000	6.000	6.000,00
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)		405,134.000	369,802.000	376,252.852,28
Nettogeldfluss		142,770.000	172,260.000	179,954.091,40

Erläuterungen:

Abweichungen zum Ergebnisvoranschlag sind insbesondere auf nicht finanzwirksame Aufwendungen (Dotierung von Rückstellungen für Prozesskosten, Abfertigungen, Jubiläumszuwendungen und nicht konsumierte Urlaube sowie Abschreibungen für Abnutzung) und nicht finanzwirksame Erträge, überwiegend aus der Auflösung von Rückstellungen, zurückzuführen.

Bundesvoranschlag 2018

I.C Detailbudgets
Detailbudget 13.02.02 Oberlandesgericht Wien
Überblick Personal

Besoldungsgruppen-Bereiche	PLANSTELLEN für das Jahr 2018		PLANSTELLEN für das Jahr 2017		PERSONALSTAND im Jahr 2017 (31.12.)		PERSONALSTAND im Jahr 2016 (31.12.)	
	PISt	PCP *)	PISt	PCP*)	VBÄ	PCP	VBÄ	PCP
Allgemeiner Verwaltungsdienst	0,000	0,000	0,000	0,000	2.226,300	548.117,325	2.269,775	556.007,650
RichterInnen und RichteramtsanwärterInnen	0,000	0,000	0,000	0,000	925,750	533.577,000	930,600	534.143,000
StaatsanwältInnen	0,000	0,000	0,000	0,000	215,750	140.686,250	206,550	134.228,250
Exekutivdienst	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000	2,000	530,000
Summe	0,000	0,000	0,000	0,000	3.367,800	1.222.380,575	3.408,925	1.224.908,900

*) In den ausgewiesenen PCP sämtlicher Besoldungsgruppen-Bereiche und den dazugehörigen Summen sind die berechneten PCP aller ausgewiesenen (Pool und Nicht-Pool) Planstellen enthalten

Erläuterungen zum Personal

In diesem Detailbudget finden sich die Auszahlungen für das Personal des Oberlandesgerichts Wien.

I.C Detailbudgets
13.02.03 Oberlandesgericht Linz
Erläuterungen

Globalbudget 13.02 Rechtsprechung

Detailbudget 13.02.03 Oberlandesgericht Linz

Haushaltsführende Stelle: Präsident/in des Oberlandesgerichtes Linz

Ziele

Ziel 1

WZ 3 Objektive, faire und unabhängige Führung und Entscheidung von Verfahren durch Gerichte und Staatsanwaltschaften in angemessener Dauer.

Ziel 2

WZ 2 Sicherstellung des Zuganges zu Leistungen der Gerichtsbarkeit durch Ausgleich von einkommensmäßigen, sozialen und sonstigen Benachteiligungen sowie Sicherstellung der organisatorischen, personellen und sachlichen Voraussetzungen für eine geordnete Rechtsverfolgung und -durchsetzung durch die Justizverwaltung.

Ziel 3

WZ 5 Effektive Durchsetzung von Entscheidungen durch zivil- und strafgerichtlichen Vollzug letzterer unter besonderer Berücksichtigung der Reintegration und Rückfallsprävention sowie der Lebenssituation weiblicher Insassen im Straf- und Maßnahmen-vollzug.

Maßnahmen inklusive Gleichstellungsmaßnahme/n

Beitrag zu Ziel/en	Wie werden die Ziele verfolgt? Maßnahmen:	Wie sieht Erfolg aus? Meilensteine/Kennzahlen für 2018	Istzustand (Ausgangspunkt der Planung für 2018)
1	Optimierung der Verfahrensabläufe durch Analyse der Abläufe an Bezirksgerichten, die über- oder unterdurchschnittlich lange Verfahrensdauern in streitigen Zivilverfahren aufweisen.	Senkung der eingebrachten Fristsetzungsanträge. 2018: 15 (Anzahl)	2016: 9 (Anzahl) 2017: 19 (Anzahl)
		Qualifizierte Urteilsrückstände im Jahresdurchschnitt 2018 Zielzustand: 142 (Anzahl an Verfahren)	2017 Istzustand: 149 (Anzahl an Verfahren)
1	Ausbau der elektronischen Einbringungsmöglichkeiten für BürgerInnen, Sachverständige und DolmetscherInnen sowie der elektronischen Zustellungen von Gerichtsentscheidungen.	Elektronische Exekutionsanträge. 2018: 76 (%)	2017: 73,84 (%)
		Elektronische Einbringung durch Sachverständige und DolmetscherInnen. 2018: 18889 (Anzahl)	2017: 18565 (Anzahl)
		Anzahl der elektronischen Zustellungen. 2018: 1688889 (Anzahl)	2017: 1686070 (Anzahl)
2	Zielgerichtete und bedarfsmotivierte Aus- und Fortbildungsveranstaltungen, insbesondere im Bereich der Stärkung der fachlichen und sozialen Kompetenz von MitarbeiterInnen.	RichterInnen, StaatsanwältInnen und RichteramtsanwärterInnen bei Fortbildungsveranstaltungen. 2017: 1895 (Tage) 2018: 1854 (Tage)	2016: 1854 (Tage)

Bundesvoranschlag 2018

3	Optimierung der Prozesse und Ausbau der IT-Unterstützungsmaßnahmen im Zusammenhang mit Exekutionsverfahren in der Verfahrensautomation Justiz (VJ), mobilen GerichtsvollzieherInnen, und der Integrierten Vollzugsverwaltung (IVV) zur Beschleunigung der Durchsetzung gerichtlicher Entscheidungen.	Effizienter Vollzug von Exekutionsanträgen. 2018: 41 (Tage)	2017: 43,3 (Tage)
---	---	--	-------------------

Wesentliche Rechtsgrundlagen

Die Ein- und Auszahlungen des Oberlandesgerichts Linz sind hier veranschlagt. Zu seinen Aufgaben zählt die Schaffung der materiellen Voraussetzungen für die Rechtsprechung in Angelegenheiten des Zivil- und des Strafrechts, die Verfolgung von Straftaten einschließlich der Anklageerhebung, die Erstattung von Besetzungsvorschlägen für die Ernennung von Richter/innen und StaatsanwältInnen sowie die Erledigung der in ihren Wirkungsbereich fallenden Justizverwaltungsangelegenheiten. Die Mittelaufbringung erfolgt in erster Linie durch Erlöse für hoheitliche Leistungen (Gerichtsgebühren und Kostenersätze), Ersätzen der Sozialversicherungsträger, Geldstrafen und Geldbußen.

Die wesentlichen Rechtsgrundlagen sind:

Justizielle Materien- und Verfahrensgesetze, Gerichtsorganisationsgesetz, Staatsanwaltschaftsgesetz, Richter- und Staatsanwaltschaftsdienstgesetz, Gerichtsgebührengesetz, Gebührenanspruchsgesetz, Bundesgesetz über die allgemein beeideten und gerichtlich zertifizierten Sachverständigen und Dolmetscher, Gerichtliches Einbringungsgesetz, Rechtsanwaltsanordnung, (Pauschalvergütung an den Österreichischen Rechtsanwaltskammertag) Strafrechtliches Entschädigungsgesetz, Vereinssachwalter-, Patienten-anwalts- und Bewohnervertretergesetz, Heimaufenthaltsgesetz, Unterbringungsgesetz, Grundrechtsbeschwerde- Gesetz, Rechtsanwaltsprüfungsgesetz, Notariatsprüfungsgesetz, Beamtendienstrechtsgesetz, Vertragsbedienstetengesetz.

I.C Detailbudgets
Detailbudget 13.02.03 Oberlandesgericht Linz
(Beträge in Euro)

Ergebnisvoranschlag	AB	BVA 2018	BVA 2017	Erfolg 2016
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers				
Erträge aus wirtschaftlicher Tätigkeit		154.000	164.000	146.343,35
	16	102.000	100.000	82.748,56
	33	52.000	64.000	63.594,79
Erträge aus Mieten	16	102.000	100.000	82.748,56
Erträge aus der Veräußerung von Material	33	1.000	3.000	6.890,00
Erträge aus Leistungen	33	1.000	1.000	1.340,93
Sonstige wirtschaftliche Erträge	33	50.000	60.000	55.363,86
Erträge aus Kostenbeiträgen und Gebühren	33	213.873.000	209.920.000	208.107.840,34
Vergütungen innerhalb des Bundes	33	1.000		
Sonstige Erträge		6.684.000	5.858.000	11.621.838,78
	16	1.000	1.000	
	33	6.683.000	5.857.000	11.621.838,78
Geldstrafen		4.062.000	4.197.000	9.758.056,46
	16	1.000	1.000	
	33	4.061.000	4.196.000	9.758.056,46
Einziehungen zum Bundesschatz	33	372.000	400.000	495.837,49
Wertaufholungen von Anlagen	33		11.000	-8.925,86
Erträge aus Währungsdifferenzen	33			0,69
Erträge aus dem Abgang von Sachanlagen und geringwertigen Sachanlagen	33			
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	33	2.200.000	1.230.000	1.122.957,03
Übrige sonstige Erträge	33	50.000	20.000	253.912,97
Summe Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers		220.712.000	215.942.000	219.876.022,47
<i>hievon finanzierungswirksam</i>		<i>218.512.000</i>	<i>214.701.000</i>	<i>218.761.991,30</i>
Erträge		220.712.000	215.942.000	219.876.022,47
<i>hievon finanzierungswirksam</i>		<i>218.512.000</i>	<i>214.701.000</i>	<i>218.761.991,30</i>
Personalaufwand				
Bezüge		70.746.000	69.550.000	68.018.409,48
	16	10.000	10.000	138,14
	33	70.736.000	69.540.000	68.018.271,34
Mehrdienstleistungen	33	3.097.000	3.160.000	3.063.618,17
Sonstige Nebengebühren	33	1.036.000	1.025.000	902.992,01
Gesetzlicher Sozialaufwand	33	16.763.000	16.149.000	15.978.642,79
Abfertigungen, Jubiläumszuwendungen und nicht konsumierte Urlaube		2.900.000	3.850.000	2.404.854,87
	16		250.000	
	33	2.900.000	3.600.000	2.404.854,87
Freiwilliger Sozialaufwand	33	55.000	40.000	43.089,60
Aufwandsentschädigungen im Personalaufwand	33	1.045.000	1.070.000	1.033.538,20
Summe Personalaufwand		95.642.000	94.844.000	91.445.145,12
<i>hievon finanzierungswirksam</i>		<i>92.742.000</i>	<i>91.744.000</i>	<i>89.040.290,25</i>
Betrieblicher Sachaufwand				
Vergütungen innerhalb des Bundes	33	70.000	80.000	76.153,73
Materialaufwand	33	1.000	1.000	37,33
Mieten		12.260.000	11.600.000	11.715.078,09
	33	1.550.000	1.100.000	1.128.808,47
	36	10.710.000	10.500.000	10.586.269,62
Instandhaltung	33	1.600.000	1.927.000	7.962.145,22
Telekommunikation und Nachrichtenaufwand	33	2.400.000	2.400.000	2.479.880,67
Reisen	33	914.000	989.000	901.617,15

I.C Detailbudgets
Detailbudget 13.02.03 Oberlandesgericht Linz
 (Beträge in Euro)

Ergebnisvoranschlag	AB	BVA 2018	BVA 2017	Erfolg 2016
Aufwand für Werkleistungen	33	37,166.000	34,241.000	34,356.207,52
Personalleihe und sonstige Dienstverhältnisse zum Bund	33	1,669.000	2,156.000	2,136.074,94
Transporte durch Dritte	33	620.000	140.000	266.927,68
Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte	33	1,200.000	1,000.000	645.886,99
Geringwertige Wirtschaftsgüter (GWG)	33	2,017.000	617.000	757.674,11
Aufwendungen aus der Wertberichtigung und dem Abgang von Forderungen	33		1.000	1,09
Sonstiger betrieblicher Sachaufwand	33	5,496.000	5,512.000	4,905.039,49
Aufwand aus Währungsdifferenzen	33	149.000	162.000	114.466,81
Verluste aus dem Abgang von Sachanlagen	33		1.000	
Aufwendungen aus der Dotierung von Rückstellungen	33	957.000	957.000	957.000,00
Energie	33	438.000	456.000	433.959,53
Übriger sonstiger betrieblicher Sachaufwand	33	3,802.000	3,934.000	3,399.613,15
Summe Betrieblicher Sachaufwand		65,413.000	60,664.000	66,202.724,01
<i>hievon finanzierungswirksam</i>		<i>63,106.000</i>	<i>58,702.000</i>	<i>64,599.302,58</i>
Aufwendungen		161,055.000	155,508.000	157,647.869,13
<i>hievon finanzierungswirksam</i>		<i>155,848.000</i>	<i>150,446.000</i>	<i>153,639.592,83</i>
Nettoergebnis		59,657.000	60,434.000	62,228.153,34
<i>hievon finanzierungswirksam</i>		<i>62,664.000</i>	<i>64,255.000</i>	<i>65,122.398,47</i>

Erläuterungen:

Im Budget des Oberlandesgerichts Linz wurde im Personalbereich eine Kostensteigerung resultierend aus Lohnerhöhung plus Struktureffekt berücksichtigt. Bei den Sachaufwendungen ist ein wesentlicher Teil dem Grunde und der Höhe nach durch Gesetz festgelegt und/oder durch die unabhängige Rechtsprechung verursacht und insofern einer Steuerung durch die Justizverwaltung nicht zugänglich, z.B. Anzahl der RechtspraktikantInnen sowie die Gebühren der Sachverständigen und Dolmetscher. Kostensteigerungen in diesen Bereichen werden soweit wie möglich durch kostendämpfende Maßnahmen ausgeglichen.

I.C Detailbudgets
Detailbudget 13.02.03 Oberlandesgericht Linz
(Beträge in Euro)

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	AB	BVA 2018	BVA 2017	Erfolg 2016
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers				
Einzahlungen aus wirtschaftlicher Tätigkeit		155.000	164.000	146.063,72
	16	102.000	100.000	82.468,93
	33	53.000	64.000	63.594,79
Einzahlungen aus Mieterträgen	16	102.000	100.000	82.468,93
Einzahlungen aus der Veräußerung von Material	33	1.000	3.000	6.890,00
Einzahlungen aus Leistungen	33	1.000	1.000	1.340,93
Einzahlungen aus sonstigen betrieblichen Erträgen	33	50.000	60.000	55.363,86
Einzahlungen aus Vergütungen innerhalb des Bundes	33	1.000		
Einzahlungen aus Kostenbeiträgen und Gebühren	33	213.873.000	209.920.000	208.455.145,88
Sonstige Einzahlungen		4.484.000	4.617.000	4.671.673,92
	16	1.000	1.000	
	33	4.483.000	4.616.000	4.671.673,92
Einzahlungen aus Geldstrafen		4.062.000	4.197.000	4.013.413,83
	16	1.000	1.000	
	33	4.061.000	4.196.000	4.013.413,83
Einzahlungen aus Einziehungen zum Bundes-schatz	33	372.000	400.000	495.837,49
Übrige sonstige Einzahlungen	33	50.000	20.000	162.422,60
Summe Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers		218.512.000	214.701.000	213.272.883,52
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen				
Einzahlungen aus Rückzahlungen von (Unterhalts-)vorschüssen		10.000	34.000	19.750,00
	16	10.000	30.000	19.090,00
	61		4.000	660,00
Einzahlungen aus sonstigen Forderungen		10.000	34.000	19.750,00
	16	10.000	30.000	19.090,00
	61		4.000	660,00
Summe Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen		10.000	34.000	19.750,00
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)		218.522.000	214.735.000	213.292.633,52
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit				
Auszahlungen aus Bezügen		70.746.000	69.550.000	68.000.498,39
	16	10.000	10.000	17.834,52
	33	70.736.000	69.540.000	67.982.663,87
Auszahlungen aus Mehrdienstleistungen	33	3.097.000	3.160.000	3.056.118,30
Auszahlungen aus sonstigen Nebengebühren	33	1.036.000	1.025.000	883.114,06
Auszahlungen aus gesetzlichem Sozialaufwand	33	16.763.000	16.149.000	16.040.492,55
Auszahlungen aus Abfertigungen, Jubiläumszuwendungen und nicht konsumierten Urlauben		1.265.000	750.000	1.098.288,45
	16	250.000	250.000	207.341,84
	33	1.015.000	500.000	890.946,61
Auszahlungen aus freiwilligem Sozialaufwand	33	55.000	40.000	41.252,06
Auszahlungen aus Aufwandsentschädigungen im Personalaufwand	33	1.045.000	1.070.000	1.037.292,75
Auszahlungen aus Vergütungen innerhalb des Bundes	33	70.000	80.000	75.384,66

Bundesvoranschlag 2018

I.C Detailbudgets
Detailbudget 13.02.03 Oberlandesgericht Linz
 (Beträge in Euro)

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	AB	BVA 2018	BVA 2017	Erfolg 2016
Auszahlungen aus Materialaufwand	33	1.000	1.000	37,33
Auszahlungen aus Mieten		12,260.000	11,600.000	11,609.103,87
	33	1,550.000	1,100.000	1,124.019,82
	36	10,710.000	10,500.000	10,485.084,05
Auszahlungen aus Instandhaltung	33	1,900.000	1,927.000	8,040.604,16
Auszahlungen aus Telekommunikation und Nachrichtenaufwand	33	2,400.000	2,400.000	2,426.993,49
Auszahlungen aus Reisen	33	914.000	989.000	901.617,15
Auszahlungen aus Werkleistungen	33	37,166.000	34,241.000	34,015.281,33
Auszahlungen aus Personalleihe und sonstigen Dienstverhältnissen zum Bund	33	1,669.000	2,156.000	2,272.584,49
Auszahlungen aus Transporte durch Dritte	33	620.000	140.000	275.000,51
Auszahlungen aus Geringwertigen Wirtschaftsgütern (GWG)	33	2,817.000	617.000	663.311,20
Auszahlungen aus sonstigem betrieblichen Sachaufwand	33	4,389.000	4,551.000	3,957.788,68
Auszahlungen aus Währungsdifferenzen	33	149.000	162.000	149.442,01
Auszahlungen aus Energie	33	438.000	456.000	424.227,09
Auszahlungen aus übrigen sonstigen betrieblichen Sachaufwand	33	3,802.000	3,933.000	3,384.119,58
Summe Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit		158,213.000	150,446.000	154,394.763,43
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit				
Auszahlungen aus dem Zugang von Sachanlagen	33	3,000.000	350.000	2,975.618,13
Auszahlungen aus dem Zugang von Amts-, Betriebs- und Geschäftsausstattung	33	3,000.000	350.000	2,975.618,13
Summe Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit		3,000.000	350.000	2,975.618,13
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)		161,213.000	150,796.000	157,370.381,56
Nettogeldfluss		57,309.000	63,939.000	55,922.251,96

Erläuterungen:

Abweichungen zum Ergebnisvoranschlag sind insbesondere auf nicht finanzwirksame Aufwendungen (Dotierung von Rückstellungen für Prozesskosten, Abfertigungen, Jubiläumszuwendungen und nicht konsumierte Urlaube sowie Abschreibungen für Abnutzung) und nicht finanzwirksame Erträge, überwiegend aus der Auflösung von Rückstellungen, zurückzuführen.

I.C Detailbudgets
Detailbudget 13.02.03 Oberlandesgericht Linz
Überblick Personal

Besoldungsgruppen-Bereiche	PLANSTELLEN für das Jahr 2018		PLANSTELLEN für das Jahr 2017		PERSONALSTAND im Jahr 2017 (31.12.)		PERSONALSTAND im Jahr 2016 (31.12.)	
	PSt	PCP *)	PSt	PCP*)	VBÄ	PCP	VBÄ	PCP
Allgemeiner Verwaltungsdienst	0,000	0,000	0,000	0,000	905,000	222.162,825	924,350	227.096,325
RichterInnen und RichteramtsanwärterInnen	0,000	0,000	0,000	0,000	364,500	211.305,400	360,550	207.959,800
StaatsanwältInnen	0,000	0,000	0,000	0,000	67,200	42.128,000	67,100	42.066,500
Summe	0,000	0,000	0,000	0,000	1.336,700	475.596,225	1.352,000	477.122,625

*) In den ausgewiesenen PCP sämtlicher Besoldungsgruppen-Bereiche und den dazugehörigen Summen sind die berechneten PCP aller ausgewiesenen (Pool und Nicht-Pool) Planstellen enthalten

Erläuterungen zum Personal

In diesem Detailbudget finden sich die Auszahlungen für das Personal des Oberlandesgerichts Linz.

I.C Detailbudgets
13.02.04 Oberlandesgericht Graz
Erläuterungen

Globalbudget 13.02 Rechtsprechung

Detailbudget 13.02.04 Oberlandesgericht Graz

Haushaltsführende Stelle: Präsident/in des Oberlandesgerichtes Graz

Ziele

Ziel 1

WZ 3 Objektive, faire und unabhängige Führung und Entscheidung von Verfahren durch Gerichte und Staatsanwaltschaften in angemessener Dauer.

Ziel 2

WZ 2 Sicherstellung des Zuganges zu Leistungen der Gerichtsbarkeit durch Ausgleich von einkommensmäßigen, sozialen und sonstigen Benachteiligungen sowie Sicherstellung der organisatorischen, personellen und sachlichen Voraussetzungen für eine geordnete Rechtsverfolgung und -durchsetzung durch die Justizverwaltung.

Ziel 3

WZ 5 Effektive Durchsetzung von Entscheidungen durch zivil- und strafgerichtlichen Vollzug letzterer unter besonderer Berücksichtigung der Reintegration und Rückfallsprävention sowie der Lebenssituation weiblicher Insassen im Straf- und Maßnahmen-vollzug.

Maßnahmen inklusive Gleichstellungsmaßnahme/n

Beitrag zu Ziel/en	Wie werden die Ziele verfolgt? Maßnahmen:	Wie sieht Erfolg aus? Meilensteine/Kennzahlen für 2018	Istzustand (Ausgangspunkt der Planung für 2018)
1	Optimierung der Verfahrensabläufe durch Analyse der Abläufe an Bezirksgerichten, die über- oder unterdurchschnittlich lange Verfahrensdauern in streitigen Zivilverfahren aufweisen.	Senkung der eingebrachten Fristsetzungsanträge. 2018: 4 (Anzahl)	2016: 10 (Anzahl) 2017: 5 (Anzahl)
		Qualifizierte Urteilsrückstände im Jahresdurchschnitt 2018 Zielzustand: 195 (Anzahl an Verfahren)	2017 Istzustand: 205 (Anzahl an Verfahren)
1	Ausbau der elektronischen Einbringungsmöglichkeiten für BürgerInnen, Sachverständige und DolmetscherInnen sowie der elektronischen Zustellungen von Gerichtsentscheidungen.	Elektronische Exekutionsanträge. 2018: 76 (%)	2017: 75,75 (%)
		Elektronische Einbringung durch Sachverständige und DolmetscherInnen. 2018: 18889 (Anzahl)	2017: 18565 (Anzahl)
		Anzahl der elektronischen Zustellungen. 2018: 1688889 (Anzahl)	2017: 1686070 (Anzahl)
2	Zielgerichtete und bedarfsmotivierte Aus- und Fortbildungsveranstaltungen, insbesondere im Bereich der Stärkung der fachlichen und sozialen Kompetenz von MitarbeiterInnen.	RichterInnen, StaatsanwältInnen und RichteramtsanwärterInnen bei Fortbildungsveranstaltungen. 2017: 1790 (Tage) 2018: 1316 (Tage)	2016: 1316 (Tage)

3	Optimierung der Prozesse und Ausbau der IT-Unterstützungsmaßnahmen im Zusammenhang mit Exekutionsverfahren in der Verfahrensautomation Justiz (VJ), mobilen GerichtsvollzieherInnen, und der Integrierten Vollzugsverwaltung (IVV) zur Beschleunigung der Durchsetzung gerichtlicher Entscheidungen.	Effizienter Vollzug von Exekutionsanträgen. 2018: 35 (Tage)	2017: 36,4 (Tage)
---	---	--	-------------------

Wesentliche Rechtsgrundlagen

Die Ein- und Auszahlungen des Oberlandesgerichts Graz sind hier veranschlagt. Zu seinen Aufgaben zählt die Schaffung der materiellen Voraussetzungen für die Rechtsprechung in Angelegenheiten des Zivil- und des Strafrechts, die Verfolgung von Straftaten einschließlich der Anklageerhebung, die Erstattung von Besetzungsvorschlägen für die Ernennung von Richter/innen und StaatsanwältInnen sowie die Erledigung der in ihren Wirkungsbereich fallenden Justizverwaltungsangelegenheiten. Die Mittelaufbringung erfolgt in erster Linie durch Erlöse für hoheitliche Leistungen (Gerichtsgebühren und Kostenersätze), Ersätzen der Sozialversicherungsträger, Geldstrafen und Geldbußen.

Die wesentlichen Rechtsgrundlagen sind:

Justizielle Materien- und Verfahrensgesetze, Gerichtsorganisationsgesetz, Staatsanwaltschaftsgesetz, Richter- und Staatsanwaltschaftsdienstgesetz, Gerichtsgebührengesetz, Gebührenanspruchsgesetz, Bundesgesetz über die allgemein beeideten und gerichtlich zertifizierten Sachverständigen und Dolmetscher, Gerichtliches Einbringungsgesetz, Rechtsanwaltsanordnung, (Pauschalvergütung an den Österreichischen Rechtsanwaltskammertag) Strafrechtliches Entschädigungsgesetz, Vereinssachwalter-, Patienten-anwalts- und Bewohnervertretergesetz, Heimaufenthaltsgesetz, Unterbringungsgesetz, Grundrechtsbeschwerde- Gesetz, Rechtsanwaltsprüfungsgesetz, Notariatsprüfungsgesetz, Beamtendienstrechtsgesetz, Vertragsbediensteten-gesetz.

I.C Detailbudgets
Detailbudget 13.02.04 Oberlandesgericht Graz
(Beträge in Euro)

Ergebnisvoranschlag	AB	BVA 2018	BVA 2017	Erfolg 2016
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers				
Erträge aus wirtschaftlicher Tätigkeit		164.000	172.000	186.501,46
	16	34.000	36.000	34.760,99
	33	130.000	136.000	151.740,47
Erträge aus Mieten		79.000	88.000	85.824,25
	16	34.000	36.000	34.760,99
	33	45.000	52.000	51.063,26
Erträge aus der Veräußerung von Material	33	2.000	3.000	4.177,95
Erträge aus Leistungen	33	3.000	5.000	4.499,30
Sonstige wirtschaftliche Erträge	33	80.000	76.000	91.999,96
Erträge aus Kostenbeiträgen und Gebühren	33	199,476.000	193,801.000	209,554.930,61
Vergütungen innerhalb des Bundes	33	1.000		
Sonstige Erträge		8,841.000	7,111.000	7,122.620,64
	16	1.000	1.000	
	33	8,840.000	7,110.000	7,122.620,64
Geldstrafen		5,491.000	5,344.000	5,543.285,51
	16	1.000	1.000	
	33	5,490.000	5,343.000	5,543.285,51
Einziehungen zum Bundesschatz	33	500.000	500.000	543.544,90
Wertaufholungen von Anlagen	33	50.000	10.000	-8.212,78
Erträge aus Währungsdifferenzen	33			14,03
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	33	2,700.000	1,137.000	927.192,65
Übrige sonstige Erträge	33	50.000	120.000	116.796,33
Summe Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers		208,482.000	201,084.000	216,864.052,71
<i>hievon finanzierungswirksam</i>		<i>205,682.000</i>	<i>199,937.000</i>	<i>215,945.072,84</i>
Erträge		208,482.000	201,084.000	216,864.052,71
<i>hievon finanzierungswirksam</i>		<i>205,682.000</i>	<i>199,937.000</i>	<i>215,945.072,84</i>
Personalaufwand				
Bezüge	33	71,031.000	70,180.000	68,347.103,33
Mehrdienstleistungen	33	2,900.000	2,911.000	2,823.333,27
Sonstige Nebengebühren	33	729.000	801.000	821.328,61
Gesetzlicher Sozialaufwand	33	16,506.000	15,956.000	15,825.234,29
Abfertigungen, Jubiläumszuwendungen und nicht konsumierte Urlaube	33	3,913.000	3,448.000	2,325.003,08
Freiwilliger Sozialaufwand	33	134.000	132.000	121.565,25
Aufwandsentschädigungen im Personalaufwand	33	1,240.000	1,280.000	1,206.825,45
Summe Personalaufwand		96,453.000	94,708.000	91,470.393,28
<i>hievon finanzierungswirksam</i>		<i>93,453.000</i>	<i>92,108.000</i>	<i>89,145.390,20</i>
Betrieblicher Sachaufwand				
Vergütungen innerhalb des Bundes	33	130.000	160.000	124.749,66
Materialaufwand	33	2.000	3.000	3.388,48
Mieten		11,842.000	13,550.000	17,855.289,79
	33	322.000	350.000	339.693,12
	36	11,520.000	13,200.000	17,515.596,67
Instandhaltung	33	629.000	753.000	2,193.128,80
Telekommunikation und Nachrichtenaufwand	33	2,753.000	2,753.000	3,984.917,06
Reisen	33	715.000	721.000	631.964,20
Aufwand für Werkleistungen	33	29,651.000	24,452.000	34,719.422,77
Personalleihe und sonstige Dienstverhältnisse zum Bund	33	1,495.000	1,922.000	1,760.568,50
Transporte durch Dritte	33	178.000	140.000	113.528,94

I.C Detailbudgets
Detailbudget 13.02.04 Oberlandesgericht Graz
(Beträge in Euro)

Ergebnisvoranschlag	AB	BVA 2018	BVA 2017	Erfolg 2016
Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte	33	1.000.000	800.000	687.565,62
Geringwertige Wirtschaftsgüter (GWG)	33	221.000	356.000	258.587,19
Aufwendungen aus der Wertberichtigung und dem Abgang von Forderungen	33	1.000	1.000	
Sonstiger betrieblicher Sachaufwand	33	6,911.000	6,395.000	5,165.021,64
Aufwand aus Währungsdifferenzen	33	162.000	162.000	116.892,63
Aufwendungen aus der Dotierung von Rückstellungen	33	800.000	77.000	77.000,00
Energie	33	1,040.000	950.000	999.848,15
Übriger sonstiger betrieblicher Sachaufwand	33	4,308.000	4,405.000	3,971.280,86
Summe Betrieblicher Sachaufwand		55,528.000	52,006.000	67,498.132,65
<i>hievon finanzierungswirksam</i>		<i>53,124.000</i>	<i>50,325.000</i>	<i>66,732.551,93</i>
Aufwendungen		151,981.000	146,714.000	158,968.525,93
<i>hievon finanzierungswirksam</i>		<i>146,577.000</i>	<i>142,433.000</i>	<i>155,877.942,13</i>
Nettoergebnis		56,501.000	54,370.000	57,895.526,78
<i>hievon finanzierungswirksam</i>		<i>59,105.000</i>	<i>57,504.000</i>	<i>60,067.130,71</i>

Erläuterungen:

Im Budget des Oberlandesgerichts Graz wurde im Personalbereich eine Kostensteigerung resultierend aus Lohnerhöhung plus Struktureffekt berücksichtigt. Bei den Sachaufwendungen ist ein wesentlicher Teil dem Grunde und der Höhe nach durch Gesetz festgelegt und/oder durch die unabhängige Rechtsprechung verursacht und insofern einer Steuerung durch die Justizverwaltung nicht zugänglich, z.B. Anzahl der RechtspraktikantInnen sowie die Gebühren der Sachverständigen und Dolmetscher. Kostensteigerungen in diesen Bereichen im Jahr 2018 stehen Einsparungen durch kostendämpfende Maßnahmen gegenüber.

I.C Detailbudgets
Detailbudget 13.02.04 Oberlandesgericht Graz
(Beträge in Euro)

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	AB	BVA 2018	BVA 2017	Erfolg 2016
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers				
Einzahlungen aus wirtschaftlicher Tätigkeit		165.000	172.000	180.366,24
	16	34.000	36.000	34.726,28
	33	131.000	136.000	145.639,96
Einzahlungen aus Mieterträgen		79.000	88.000	86.137,62
	16	34.000	36.000	34.726,28
	33	45.000	52.000	51.411,34
Einzahlungen aus der Veräußerung von Material	33	2.000	3.000	4.306,75
Einzahlungen aus Leistungen	33	3.000	5.000	2.807,60
Einzahlungen aus sonstigen betrieblichen Erträgen	33	80.000	76.000	87.114,27
Einzahlungen aus Vergütungen innerhalb des Bundes	33	1.000		
Einzahlungen aus Kostenbeiträgen und Gebühren	33	199,476.000	193,801.000	209,817.726,11
Sonstige Einzahlungen		6,041.000	5,964.000	6,098.965,74
	16	1.000	1.000	
	33	6,040.000	5,963.000	6,098.965,74
Einzahlungen aus Geldstrafen		5,491.000	5,344.000	5,438.536,51
	16	1.000	1.000	
	33	5,490.000	5,343.000	5,438.536,51
Einzahlungen aus Einziehungen zum Bundes-schatz	33	500.000	500.000	543.632,90
Übrige sonstige Einzahlungen	33	50.000	120.000	116.796,33
Summe Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers		205,682.000	199,937.000	216,097.058,09
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen				
Einzahlungen aus Rückzahlungen von (Unterhalts-)vorschüssen		5.000	8.000	7.320,00
	16	1.000	1.000	600,00
	61	4.000	7.000	6.720,00
Einzahlungen aus sonstigen Forderungen		5.000	8.000	7.320,00
	16	1.000	1.000	600,00
	61	4.000	7.000	6.720,00
Summe Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen		5.000	8.000	7.320,00
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)		205,687.000	199,945.000	216,104.378,09
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit				
Auszahlungen aus Bezügen	33	71,031.000	70,180.000	68,489.173,14
Auszahlungen aus Mehrdienstleistungen	33	2,900.000	2,911.000	2,829.985,88
Auszahlungen aus sonstigen Nebengebühren	33	729.000	801.000	824.765,14
Auszahlungen aus gesetzlichem Sozialaufwand	33	16,506.000	15,956.000	15,838.421,12
Auszahlungen aus Abfertigungen, Jubiläumszuwendungen und nicht konsumierten Urlauben	33	913.000	848.000	753.906,01
Auszahlungen aus freiwilligem Sozialaufwand	33	134.000	132.000	119.530,15
Auszahlungen aus Aufwandsentschädigungen im Personalaufwand	33	1,240.000	1,280.000	1,209.671,45
Auszahlungen aus Vergütungen innerhalb des Bundes	33	130.000	160.000	125.528,96
Auszahlungen aus Materialaufwand	33	2.000	3.000	3.393,75
Auszahlungen aus Mieten		11,842.000	13,550.000	16,133.801,92

I.C Detailbudgets
Detailbudget 13.02.04 Oberlandesgericht Graz
(Beträge in Euro)

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	AB	BVA 2018	BVA 2017	Erfolg 2016
	33	322.000	350.000	341.010,97
	36	11,520.000	13,200.000	15,792.790,95
Auszahlungen aus Instandhaltung	33	629.000	753.000	2,357.250,95
Auszahlungen aus Telekommunikation und Nachrichtenaufwand	33	2,753.000	2,753.000	3,809.221,38
Auszahlungen aus Reisen	33	715.000	721.000	631.964,20
Auszahlungen aus Werkleistungen	33	29,651.000	24,452.000	34,261.571,19
Auszahlungen aus Personalleihe und sonstigen Dienstverhältnissen zum Bund	33	1,495.000	1,922.000	1,758.933,34
Auszahlungen aus Transporte durch Dritte	33	178.000	140.000	123.217,17
Auszahlungen aus Geringwertigen Wirtschaftsgütern (GWG)	33	221.000	356.000	255.757,78
Auszahlungen aus sonstigem betrieblichen Sachaufwand	33	5,508.000	5,515.000	5,088.774,93
Auszahlungen aus Währungsdifferenzen	33	162.000	162.000	156.234,87
Auszahlungen aus Energie	33	1,040.000	950.000	997.013,35
Auszahlungen aus übrigen sonstigen betrieblichen Sachaufwand	33	4,306.000	4,403.000	3,935.526,71
Summe Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit		146,577.000	142,433.000	154,614.868,46
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit				
Auszahlungen aus dem Zugang von Sachanlagen	33	200.000	302.000	592.341,14
Auszahlungen aus dem Zugang von technischen Anlagen, Werkzeugen, Fahrzeugen	33		2.000	487,93
Auszahlungen aus dem Zugang von Amts-, Betriebs- und Geschäftsausstattung	33	200.000	300.000	591.853,21
Summe Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit		200.000	302.000	592.341,14
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)		146,777.000	142,735.000	155,207.209,60
Nettogeldfluss		58,910.000	57,210.000	60,897.168,49

Erläuterungen:

Abweichungen zum Ergebnisvoranschlag sind insbesondere auf nicht finanzwirksame Aufwendungen (Dotierung von Rückstellungen für Prozesskosten, Abfertigungen, Jubiläumszuwendungen und nicht konsumierte Urlaube sowie Abschreibungen für Abnutzung) und nicht finanzwirksame Erträge, überwiegend aus der Auflösung von Rückstellungen, zurückzuführen.

I.C Detailbudgets
Detailbudget 13.02.04 Oberlandesgericht Graz
Überblick Personal

Besoldungsgruppen-Bereiche	PLANSTELLEN für das Jahr 2018		PLANSTELLEN für das Jahr 2017		PERSONALSTAND im Jahr 2017 (31.12.)		PERSONALSTAND im Jahr 2016 (31.12.)	
	PISt	PCP *)	PISt	PCP*)	VBÄ	PCP	VBÄ	PCP
Allgemeiner Verwaltungsdienst	0,000	0,000	0,000	0,000	923,725	227.461,575	929,125	228.941,975
RichterInnen und RichteramtsanwärterInnen	0,000	0,000	0,000	0,000	350,550	201.550,400	357,750	204.591,900
StaatsanwältInnen	0,000	0,000	0,000	0,000	68,200	42.903,000	66,950	42.134,250
Summe	0,000	0,000	0,000	0,000	1.342,475	471.914,975	1.353,825	475.668,125

*) In den ausgewiesenen PCP sämtlicher Besoldungsgruppen-Bereiche und den dazugehörigen Summen sind die berechneten PCP aller ausgewiesenen (Pool und Nicht-Pool) Planstellen enthalten

Erläuterungen zum Personal

In diesem Detailbudget finden sich die Auszahlungen für das Personal des Oberlandesgerichts Graz.

I.C Detailbudgets
13.02.05 Oberlandesgericht Innsbruck
Erläuterungen

Globalbudget 13.02 Rechtsprechung

Detailbudget 13.02.05 Oberlandesgericht Innsbruck

Haushaltsführende Stelle: Präsident/in des Oberlandesgerichtes Innsbruck

Ziele

Ziel 1

WZ 3 Objektive, faire und unabhängige Führung und Entscheidung von Verfahren durch Gerichte und Staatsanwaltschaften in angemessener Dauer.

Ziel 2

WZ 2 Sicherstellung des Zuganges zu Leistungen der Gerichtsbarkeit durch Ausgleich von einkommensmäßigen, sozialen und sonstigen Benachteiligungen sowie Sicherstellung der organisatorischen, personellen und sachlichen Voraussetzungen für eine geordnete Rechtsverfolgung und -durchsetzung durch die Justizverwaltung.

Ziel 3

WZ 5 Effektive Durchsetzung von Entscheidungen durch zivil- und strafgerichtlichen Vollzug letzterer unter besonderer Berücksichtigung der Reintegration und Rückfallsprävention sowie der Lebenssituation weiblicher Insassen im Straf- und Maßnahmen-vollzug.

Maßnahmen inklusive Gleichstellungsmaßnahme/n

Beitrag zu Ziel/en	Wie werden die Ziele verfolgt? Maßnahmen:	Wie sieht Erfolg aus? Meilensteine/Kennzahlen für 2018	Istzustand (Ausgangspunkt der Planung für 2018)
1	Optimierung der Verfahrensabläufe durch Analyse der Abläufe an Bezirksgerichten, die über- oder unterdurchschnittlich lange Verfahrensdauern in streitigen Zivilverfahren aufweisen.	Senkung der eingebrachten Fristsetzungsanträge. 2018: 15 (Anzahl)	2016: 19 (Anzahl) 2017: 19 (Anzahl)
		Qualifizierte Urteilsrückstände im Jahresdurchschnitt 2018 Zielzustand: 145 (Anzahl an Verfahren)	2017 Istzustand: 152 (Anzahl an Verfahren)
1	Ausbau der elektronischen Einbringungsmöglichkeiten für BürgerInnen, Sachverständige und DolmetscherInnen sowie der elektronischen Zustellungen von Gerichtsentscheidungen.	Elektronische Exekutionsanträge. 2018: 76 (%)	2017: 77,48 (%)
		Elektronische Einbringung durch Sachverständige und DolmetscherInnen. 2018: 9444 (Anzahl)	2017: 9282 (Anzahl)
		Anzahl der elektronischen Zustellungen. 2018: 844444 (Anzahl)	2017: 843035 (Anzahl)
2	Zielgerichtete und bedarfsmotivierte Aus- und Fortbildungsveranstaltungen, insbesondere im Bereich der Stärkung der fachlichen und sozialen Kompetenz von MitarbeiterInnen.	RichterInnen, StaatsanwältInnen und RichteramtsanwärterInnen bei Fortbildungsveranstaltungen. 2017: 1263 (Tage) 2018: 964 (Tage)	2016: 964 (Tage)

Bundesvoranschlag 2018

3	Optimierung der Prozesse und Ausbau der IT-Unterstützungsmaßnahmen im Zusammenhang mit Exekutionsverfahren in der Verfahrensautomation Justiz (VJ), mobilen GerichtsvollzieherInnen, und der Integrierten Vollzugsverwaltung (IVV) zur Beschleunigung der Durchsetzung gerichtlicher Entscheidungen.	Effizienter Vollzug von Exekutionsanträgen. 2018: 39 (Tage)	2017: 40,5 (Tage)
---	---	--	-------------------

Wesentliche Rechtsgrundlagen

Die Ein- und Auszahlungen des Oberlandesgerichts Innsbruck sind hier veranschlagt. Zu seinen Aufgaben zählt die Schaffung der materiellen Voraussetzungen für die Rechtsprechung in Angelegenheiten des Zivil- und des Strafrechts, die Verfolgung von Straftaten einschließlich der Anklageerhebung, die Erstattung von Besetzungsvorschlägen für die Ernennung von Richter/innen und StaatsanwältInnen sowie die Erledigung der in ihren Wirkungsbereich fallenden Justizverwaltungsangelegenheiten.

Die Mittelaufbringung erfolgt in erster Linie durch Erlöse für hoheitliche Leistungen (Gerichtsgebühren und Kostenersätze), Ersätzen der Sozialversicherungsträger, Geldstrafen und Geldbußen.

Die wesentlichen Rechtsgrundlagen sind:

Justizielle Materien- und Verfahrensgesetze, Gerichtsorganisationsgesetz, Staatsanwaltschaftsgesetz, Richter- und Staatsanwaltschaftsdienstgesetz, Gerichtsgebührengesetz, Gebührenanspruchsgesetz, Bundesgesetz über die allgemein beeideten und gerichtlich zertifizierten Sachverständigen und Dolmetscher, Gerichtliches Einbringungsgesetz, Rechtsanwaltsanordnung, (Pauschalvergütung an den Österreichischen Rechtsanwaltskammertag) Strafrechtliches Entschädigungsgesetz, Vereinssachwalter-, Patienten-anwalts- und Bewohnervertretergesetz, Heimaufenthaltsgesetz, Unterbringungsgesetz, Grundrechtsbeschwerde- Gesetz, Rechtsanwaltsprüfungsgesetz, Notariatsprüfungsgesetz, Beamtendienstrechtsgesetz, Vertragsbediensteten-gesetz.

I.C Detailbudgets
Detailbudget 13.02.05 Oberlandesgericht Innsbruck
(Beträge in Euro)

Ergebnisvoranschlag	AB	BVA 2018	BVA 2017	Erfolg 2016
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers				
Erträge aus wirtschaftlicher Tätigkeit		168.000	197.000	79.717,64
	16	126.000	100.000	49.601,10
	33	42.000	97.000	30.116,54
Erträge aus Mieten		138.000	101.000	49.601,10
	16	126.000	100.000	49.601,10
	33	12.000	1.000	
Erträge aus der Veräußerung von Material	33	1.000	7.000	418,00
Erträge aus Leistungen	33	14.000	14.000	15.150,23
Sonstige wirtschaftliche Erträge	33	15.000	75.000	14.548,31
Erträge aus Kostenbeiträgen und Gebühren	33	161,359.000	150,349.000	156,318.974,31
Erträge aus Transfers	33		11.000	
Erträge aus Transfers von öffentlichen Körperschaften und Rechtsträgern	33		11.000	
Transfers von Gemeinden und Gemeindeverbänden	33		1.000	
Transfers von sonstigen öffentlichen Rechtsträgern	33		10.000	
Sonstige Erträge		7,172.000	6,213.000	7,186.161,54
	16	1.000	1.000	
	33	7,171.000	6,212.000	7,186.161,54
Geldstrafen		5,606.000	5,050.000	5,058.296,85
	16	1.000	1.000	
	33	5,605.000	5,049.000	5,058.296,85
Einziehungen zum Bundesschatz	33	1,000.000	500.000	1,370.689,63
Wertaufholungen von Anlagen	33	1.000	1.000	-5.294,62
Erträge aus Währungsdifferenzen	33			2,61
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	33	445.000	610.000	622.956,39
Übrige sonstige Erträge	33	120.000	51.000	139.510,68
Summe Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers		168,699.000	156,770.000	163,584.853,49
<i>hievon finanzierungswirksam</i>		<i>168,253.000</i>	<i>156,158.000</i>	<i>162,967.191,72</i>
Erträge		168,699.000	156,770.000	163,584.853,49
<i>hievon finanzierungswirksam</i>		<i>168,253.000</i>	<i>156,158.000</i>	<i>162,967.191,72</i>
Personalaufwand				
Bezüge		47,452.000	47,067.000	45,903.040,86
	16	10.000		740,23
	33	47,442.000	47,067.000	45,902.300,63
Mehrdienstleistungen	33	2,100.000	2,500.000	1,944.424,76
Sonstige Nebengebühren	33	704.000	672.000	663.673,70
Gesetzlicher Sozialaufwand	33	11,437.000	11,626.000	10,630.276,09
Abfertigungen, Jubiläumszuwendungen und nicht konsumierte Urlaube		2,600.000	2,500.000	1,502.699,52
	16	100.000		
	33	2,500.000	2,500.000	1,502.699,52
Freiwilliger Sozialaufwand	33	55.000	50.000	58.531,77
Aufwandsentschädigungen im Personalaufwand	33	660.000	677.000	639.996,00
Summe Personalaufwand		65,008.000	65,092.000	61,342.642,70
<i>hievon finanzierungswirksam</i>		<i>63,008.000</i>	<i>63,092.000</i>	<i>59,839.943,18</i>
Transferaufwand				
Aufwand für sonstige Transfers	33		1.000	
Aufwand aus der Wertberichtigung und dem Abgang von Forderungen für gewährte Darlehen und rückzahlbare Vorschüsse	33		1.000	

I.C Detailbudgets
Detailbudget 13.02.05 Oberlandesgericht Innsbruck
(Beträge in Euro)

Ergebnisvoranschlag	AB	BVA 2018	BVA 2017	Erfolg 2016
Summe Transferaufwand			1.000	
Betrieblicher Sachaufwand				
Vergütungen innerhalb des Bundes	33	44.000	84.000	36.965,65
Materialaufwand	33	1.000	1.000	762,35
Mieten		7,584.000	6,511.000	4,814.305,08
	33	2,380.000	1,511.000	1,397.540,55
	36	5,204.000	5,000.000	3,416.764,53
Instandhaltung	33	835.000	533.000	989.241,78
Telekommunikation und Nachrichtenaufwand	33	2,103.000	2,500.000	1,880.297,04
Reisen	33	533.000	536.000	539.299,05
Aufwand für Werkleistungen	33	20,367.000	20,044.000	19,197.049,30
Personalleihe und sonstige Dienstverhältnisse zum Bund	33	936.000	343.000	1,295.678,04
Transporte durch Dritte	33	362.000	272.000	236.138,29
Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte	33	600.000	500.000	334.595,52
Geringwertige Wirtschaftsgüter (GWG)	33	137.000	241.000	124.834,13
Aufwendungen aus der Wertberichtigung und dem Abgang von Forderungen	33		2.000	434,53
Sonstiger betrieblicher Sachaufwand	33	4,520.000	3,434.000	3,206.314,60
Aufwand aus Währungsdifferenzen	33	103.000	121.000	77.923,77
Verluste aus dem Abgang von Sachanlagen	33		1.000	
Aufwendungen aus der Dotierung von Rückstellungen	33	500.000		
Energie	33	535.000	601.000	504.367,49
Übriger sonstiger betrieblicher Sachaufwand	33	2,912.000	2,707.000	2,623.850,66
Summe Betrieblicher Sachaufwand		38,022.000	35,001.000	32,655.915,36
<i>hievon finanzierungswirksam</i>		<i>36,452.000</i>	<i>34,493.000</i>	<i>32,320.613,09</i>
Aufwendungen		103,030.000	100,094.000	93,998.558,06
<i>hievon finanzierungswirksam</i>		<i>99,460.000</i>	<i>97,585.000</i>	<i>92,160.556,27</i>
Nettoergebnis		65,669.000	56,676.000	69,586.295,43
<i>hievon finanzierungswirksam</i>		<i>68,793.000</i>	<i>58,573.000</i>	<i>70,806.635,45</i>

Erläuterungen:

Im Budget des Oberlandesgerichts Innsbruck wurde im Personalbereich eine Kostensteigerung resultierend aus Lohnerhöhung plus Struktureffekt berücksichtigt. Bei den Sachaufwendungen ist ein wesentlicher Teil dem Grunde und der Höhe nach durch Gesetz festgelegt und/oder durch die unabhängige Rechtsprechung verursacht und insofern einer Steuerung durch die Justizverwaltung nicht zugänglich, z.B. Anzahl der RechtspraktikantInnen sowie die Gebühren der Sachverständigen und Dolmetscher. Kostensteigerungen in diesen Bereichen werden soweit wie möglich durch kostendämpfende Maßnahmen ausgeglichen.

I.C Detailbudgets
Detailbudget 13.02.05 Oberlandesgericht Innsbruck
(Beträge in Euro)

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	AB	BVA 2018	BVA 2017	Erfolg 2016
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers				
Einzahlungen aus wirtschaftlicher Tätigkeit		168.000	197.000	87.750,99
	16	126.000	100.000	53.287,99
	33	42.000	97.000	34.463,00
Einzahlungen aus Mieterträgen		138.000	101.000	53.287,99
	16	126.000	100.000	53.287,99
	33	12.000	1.000	
Einzahlungen aus der Veräußerung von Material	33	1.000	7.000	418,00
Einzahlungen aus Leistungen	33	14.000	14.000	15.634,23
Einzahlungen aus sonstigen betrieblichen Erträgen	33	15.000	75.000	18.410,77
Einzahlungen aus Kostenbeiträgen und Gebühren	33	161,359.000	150,349.000	156,486.367,31
Einzahlungen aus Transfers	33		11.000	
Einzahlungen aus Transfers von öffentlichen Körperschaften und Rechtsträgern	33		11.000	
Einzahlungen aus Transfers von Gemeinden und Gemeindeverbänden	33		1.000	
Einzahlungen aus Transfers von sonstigen öffentlichen Rechtsträgern	33		10.000	
Sonstige Einzahlungen		6,726.000	5,601.000	6,536.084,38
	16	1.000	1.000	
	33	6,725.000	5,600.000	6,536.084,38
Einzahlungen aus Geldstrafen		5,606.000	5,050.000	5,057.227,96
	16	1.000	1.000	
	33	5,605.000	5,049.000	5,057.227,96
Einzahlungen aus Einziehungen zum Bundes-schatz	33	1,000.000	500.000	1,370.659,63
Einzahlungen aus Währungsdifferenzen	33			2,61
Übrige sonstige Einzahlungen	33	120.000	51.000	108.194,18
Summe Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers		168,253.000	156,158.000	163,110.202,68
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit				
Einzahlungen aus dem Abgang von Sachanlagen	33	1.000	1.000	
Einzahlungen aus dem Abgang von technischen Anlagen, Werkzeugen, Fahrzeugen	33		1.000	
Einzahlungen aus dem Abgang von Amts-, Betriebs- und Geschäftsausstattung	33	1.000		
Summe Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit		1.000	1.000	
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen				
Einzahlungen aus Rückzahlungen von (Unterhalts-)vorschüssen		1.000	36.000	1.372,22
	16	1.000	27.000	872,50
	61		9.000	499,72
Einzahlungen aus sonstigen Forderungen		1.000	36.000	1.372,22
	16	1.000	27.000	872,50
	61		9.000	499,72
Summe Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen		1.000	36.000	1.372,22
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)		168,255.000	156,195.000	163,111.574,90
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit				

I.C Detailbudgets
Detailbudget 13.02.05 Oberlandesgericht Innsbruck
(Beträge in Euro)

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	AB	BVA 2018	BVA 2017	Erfolg 2016
Auszahlungen aus Bezügen		47,452.000	47,067.000	45,932.604,83
	16	10.000		14.191,60
	33	47,442.000	47,067.000	45,918.413,23
Auszahlungen aus Mehrdienstleistungen	33	2,100.000	2,500.000	1,955.473,66
Auszahlungen aus sonstigen Nebengebühren	33	704.000	672.000	657.904,17
Auszahlungen aus gesetzlichem Sozialaufwand	33	11,437.000	11,626.000	10,628.398,93
Auszahlungen aus Abfertigungen, Jubiläums- zuwendungen und nicht konsumierten Urlaub- ben		600.000	500.000	587.256,51
	16	100.000		72.061,86
	33	500.000	500.000	515.194,65
Auszahlungen aus freiwilligem Sozialaufwand	33	55.000	50.000	58.086,17
Auszahlungen aus Aufwandsentschädigungen im Personalaufwand	33	660.000	677.000	643.395,98
Auszahlungen aus Vergütungen innerhalb des Bundes	33	44.000	84.000	37.479,40
Auszahlungen aus Materialaufwand	33	1.000	1.000	762,35
Auszahlungen aus Mieten		7,584.000	6,511.000	4,674.557,07
	33	2,380.000	1,511.000	1,377.049,08
	36	5,204.000	5,000.000	3,297.507,99
Auszahlungen aus Instandhaltung	33	835.000	533.000	1,099.341,14
Auszahlungen aus Telekommunikation und Nachrichtenaufwand	33	2,103.000	2,500.000	1,863.027,12
Auszahlungen aus Reisen	33	533.000	536.000	539.299,05
Auszahlungen aus Werkleistungen	33	20,367.000	20,044.000	19,252.172,34
Auszahlungen aus Personalleihe und sonstigen Dienstverhältnissen zum Bund	33	936.000	343.000	1,296.333,04
Auszahlungen aus Transporte durch Dritte	33	362.000	272.000	236.568,42
Auszahlungen aus Geringwertigen Wirtschafts- gütern (GWG)	33	137.000	241.000	125.853,28
Auszahlungen aus sonstigem betrieblichen Sachaufwand	33	3,550.000	3,428.000	3,235.280,67
Auszahlungen aus Währungsdifferenzen	33	103.000	121.000	103.317,41
Auszahlungen aus Energie	33	535.000	601.000	509.542,19
Auszahlungen aus übrigen sonstigen betrieblichen Sachaufwand	33	2,912.000	2,706.000	2,622.421,07
Summe Auszahlungen aus der operativen Verwal- tungstätigkeit		99,460.000	97,585.000	92,823.794,13
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit				
Auszahlungen aus dem Zugang von Sachanla- gen	33	341.000	71.000	1,201.163,52
Auszahlungen aus dem Zugang von technischen Anlagen, Werkzeugen, Fahrzeugen	33	1.000	1.000	
Auszahlungen aus dem Zugang von Amts-, Be- triebs- und Geschäftsausstattung	33	340.000	70.000	1,201.163,52
Summe Auszahlungen aus der Investitionstätig- keit		341.000	71.000	1,201.163,52
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)		99,801.000	97,656.000	94,024.957,65
Nettogeldfluss		68,454.000	58,539.000	69,086.617,25

Erläuterungen:

Abweichungen zum Ergebnisvoranschlag sind insbesondere auf nicht finanzwirksame Aufwendungen (Dotierung von Rückstellungen für Prozesskosten, Abfertigungen, Jubiläumszuwendungen und nicht konsumierte Urlaube sowie Abschreibungen für Abnutzung) und nicht finanzwirksame Erträge, überwiegend aus der Auflösung von Rückstellungen, zurückzuführen.

I.C Detailbudgets
Detailbudget 13.02.05 Oberlandesgericht Innsbruck
Überblick Personal

Besoldungsgruppen-Bereiche	PLANSTELLEN für das Jahr 2018		PLANSTELLEN für das Jahr 2017		PERSONALSTAND im Jahr 2017 (31.12.)		PERSONALSTAND im Jahr 2016 (31.12.)	
	PISt	PCP *)	PISt	PCP*)	VBÄ	PCP	VBÄ	PCP
Allgemeiner Verwaltungsdienst	0,000	0,000	0,000	0,000	594,600	147.473,150	611,025	150.563,425
RichterInnen und RichteramtsanwärterInnen	0,000	0,000	0,000	0,000	240,800	141.179,000	236,300	138.971,900
StaatsanwältInnen	0,000	0,000	0,000	0,000	47,750	30.006,250	49,250	30.928,750
Exekutivdienst	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000	1,000	265,000
Summe	0,000	0,000	0,000	0,000	883,150	318.658,400	897,575	320.729,075

*) In den ausgewiesenen PCP sämtlicher Besoldungsgruppen-Bereiche und den dazugehörigen Summen sind die berechneten PCP aller ausgewiesenen (Pool und Nicht-Pool) Planstellen enthalten

Erläuterungen zum Personal

In diesem Detailbudget finden sich die Auszahlungen für das Personal des Oberlandesgerichts Innsbruck.

I.C Detailbudgets
13.02.06 Zentrale Ressourcensteuerung
Erläuterungen

Globalbudget 13.02 Rechtsprechung

Detailbudget 13.02.06 Zentrale Ressourcensteuerung

Haushaltsführende Stelle: Haushaltsleitendes Organ (Bundesministerin für Justiz)

Ziele

Ziel 1

WZ 2 Sicherstellung des Zuganges zu Leistungen der Gerichtsbarkeit durch Ausgleich von einkommensmäßigen, sozialen und sonstigen Benachteiligungen sowie Sicherstellung der organisatorischen, personellen und sachlichen Voraussetzungen für eine geordnete Rechtsverfolgung und -durchsetzung durch die Justizverwaltung

Maßnahmen inklusive Gleichstellungsmaßnahme/n

Beitrag zu Ziel/en	Wie werden die Ziele verfolgt? Maßnahmen:	Wie sieht Erfolg aus? Meilensteine/Kennzahlen für 2018	Istzustand (Ausgangspunkt der Planung für 2018)
1	Verwaltungsentlastung für Gerichte und Staatsanwaltschaften durch zentrale Abwicklung von Zahlungen, deren dezentrale Steuerung keine Erhöhung der Kosteneffizienz oder der Transparenz bewirken würde.	Jeweils ein Zahlungsvorgang statt sechs Zahlungsvorgängen; alle Informationen zentral und dezentral verfügbar.	Zentrale Abwicklung der Bezahlung jener Leistungen, die von allen Gerichten und Staatsanwaltschaften in Anspruch genommen werden.

Wesentliche Rechtsgrundlagen

Hier sind jene Ein- und Auszahlungen veranschlagt, die einer zentralen Steuerung bedürfen. Wesentliche Posten bei den Sachauszahlungen sind daher insbesondere die IT/IKT und die Zahlungen an das Bundesrechenzentrum. Darüber hinaus werden aus diesem Detailbudgets insbesondere auch die Zahlungen an den Österreichischen Rechtsanwaltskammertag im Zusammenhang mit der Verfahrenshilfe und dem rechtsanwaltlichen Journaldienst geleistet.

Die wesentlichen Rechtsgrundlagen sind:

Justizielle Materien- und Verfahrensgesetze, Gerichtsorganisationsgesetz, Staatsanwaltschaftsgesetz, Richter- und Staatsanwaltschaftsdienstgesetz, Gerichtsgebührengesetz, Gebührenanspruchsgesetz, Bundesgesetz über die allgemein beeideten und gerichtlich zertifizierten Sachverständigen und Dolmetscher, Gerichtliches Einbringungsgesetz, Rechtsanwaltsanordnung, (Pauschalvergütung an den Österreichischen Rechtsanwaltskammertag) Strafrechtliches Entschädigungsgesetz, Vereinssachwalter-, Patienten-anwalts- und Bewohnervertretergesetz, Heimaufenthaltsgesetz, Unterbringungsgesetz, Grundrechtsbeschwerde- Gesetz, Rechtsanwaltsprüfungsgesetz, Notariatsprüfungsgesetz, Beamtendienstrechtsgesetz, Vertragsbedienstetengesetz.

I.C Detailbudgets
Detailbudget 13.02.06 Zentrale Ressourcensteuerung
(Beträge in Euro)

Ergebnisvoranschlag	AB	BVA 2018	BVA 2017	Erfolg 2016
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers				
Erträge aus Kostenbeiträgen und Gebühren	33	20,000.000		
Erträge aus Transfers	33	38,520.000	40,000.000	40,354.374,53
Erträge aus Transfers von öffentlichen Körperschaften und Rechtsträgern	33	38,520.000	40,000.000	40,244.530,46
Transfers von Sozialversicherungsträgern	33	38,520.000	40,000.000	40,244.530,46
Erträge aus Transfers von Unternehmen	33			109.844,07
Sonstige Erträge		40,090.000	10.000	30,010.007,42
	16	10.000	10.000	-3.673,48
	33	40,080.000		30,013.680,90
Wertaufholungen von Anlagen	16	10.000	10.000	-3.673,48
Übrige sonstige Erträge	33	80.000		30,013.680,90
Summe Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers		98,610.000	40,010.000	70,364.381,95
<i>hievon finanzierungswirksam</i>		<i>58,600.000</i>	<i>40,000.000</i>	<i>70,368.055,43</i>
Erträge		98,610.000	40,010.000	70,364.381,95
<i>hievon finanzierungswirksam</i>		<i>58,600.000</i>	<i>40,000.000</i>	<i>70,368.055,43</i>
Personalaufwand				
Sonstige Nebengebühren	16	10.000	10.000	23.265,72
Gesetzlicher Sozialaufwand	16			729,93
Freiwilliger Sozialaufwand	33	1,450.000	1,450.000	1,416.767,26
Summe Personalaufwand		1,460.000	1,460.000	1,440.762,91
<i>hievon finanzierungswirksam</i>		<i>1,460.000</i>	<i>1,460.000</i>	<i>1,440.762,91</i>
Transferaufwand				
Aufwand für Transfers an öffentliche Körperschaften und Rechtsträger	33	19,525.000	19,524.000	19,903.789,76
Transfers an Sozialversicherungsträger	33	25.000	24.000	23.789,76
Transfers an sonstige öffentliche Körperschaften und Rechtsträger	33	19,500.000	19,500.000	19,880.000,00
Aufwand für sonstige Transfers	33	473.000	189.000	182.709,61
Sonstige Transfers innerhalb des Bundes	33	473.000	189.000	182.709,61
Summe Transferaufwand		19,998.000	19,713.000	20,086.499,37
<i>hievon finanzierungswirksam</i>		<i>19,998.000</i>	<i>19,713.000</i>	<i>20,086.499,37</i>
Betrieblicher Sachaufwand				
Vergütungen innerhalb des Bundes		11.000	13.000	10.278,86
	16	1.000	3.000	468,86
	33	10.000	10.000	9.810,00
Mieten				7,417.744,70
	33			9.724,27
	36			7,408.020,43
Instandhaltung	33	100.000	1,221.000	721.826,24
Telekommunikation und Nachrichtenaufwand	33	18,715.000	16,600.000	16,754.434,56
Aufwand für Werkleistungen	33	21,935.000	29,136.000	39,810.276,78
Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte	16	4,500.000	4,500.000	2,648.070,21
Geringwertige Wirtschaftsgüter (GWG)	33	307.000	490.000	412.354,24
Sonstiger betrieblicher Sachaufwand		5,118.000	1,269.000	1,369.559,64
	16			2.113,48
	33	5,118.000	1,269.000	1,367.446,16
Aufwand aus Währungsdifferenzen	33	1.000		49,43
Aufwendungen aus der Dotierung von Rückstellungen	33	3,000.000		
Energie	33	473.000	317.000	403.381,21

I.C Detailbudgets
Detailbudget 13.02.06 Zentrale Ressourcensteuerung
 (Beträge in Euro)

Ergebnisvoranschlag	AB	BVA 2018	BVA 2017	Erfolg 2016
Übriger sonstiger betrieblicher Sachaufwand		1,244.000	952.000	966.129,00
	16			2.113,48
	33	1,244.000	952.000	964.015,52
Summe Betrieblicher Sachaufwand		50,686.000	53,229.000	69,144.545,23
<i>hievon finanzierungswirksam</i>		<i>42,784.000</i>	<i>48,727.000</i>	<i>66,495.610,60</i>
Aufwendungen		72,144.000	74,402.000	90,671.807,51
<i>hievon finanzierungswirksam</i>		<i>64,242.000</i>	<i>69,900.000</i>	<i>88,022.872,88</i>
Nettoergebnis		26,466.000	-34,392.000	-20,307.425,56
<i>hievon finanzierungswirksam</i>		<i>-5,642.000</i>	<i>-29,900.000</i>	<i>-17,654.817,45</i>

Erläuterungen:

Durch kostendämpfende Maßnahmen können Einsparungen gegenüber dem Erfolg des Jahres 2017 erzielt werden.

I.C Detailbudgets
Detailbudget 13.02.06 Zentrale Ressourcensteuerung
(Beträge in Euro)

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	AB	BVA 2018	BVA 2017	Erfolg 2016
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers				
Einzahlungen aus Kostenbeiträgen und Gebühren	33	20,000.000		
Einzahlungen aus Transfers	33	38,520.000	40,000.000	40,348.505,84
Einzahlungen aus Transfers von öffentlichen Körperschaften und Rechtsträgern	33	38,520.000	40,000.000	40,244.530,46
Einzahlungen aus Transfers von Sozialversicherungsträgern	33	38,520.000	40,000.000	40,244.530,46
Einzahlungen aus Transfers von Unternehmen	33			103.975,38
Sonstige Einzahlungen	33	80.000		30,013.680,90
Übrige sonstige Einzahlungen	33	80.000		30,013.680,90
Summe Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers		58,600.000	40,000.000	70,362.186,74
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)		58,600.000	40,000.000	70,362.186,74
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit				
Auszahlungen aus sonstigen Nebengebühren	16	10.000	10.000	23.265,72
Auszahlungen aus gesetzlichem Sozialaufwand	16			729,93
Auszahlungen aus freiwilligem Sozialaufwand	33	1,450.000	1,450.000	1,416.767,26
Auszahlungen aus Vergütungen innerhalb des Bundes		11.000	13.000	10.278,86
	16	1.000	3.000	468,86
	33	10.000	10.000	9.810,00
Auszahlungen aus Mieten				1,009.724,27
	33			9.724,27
	36			1,000.000,00
Auszahlungen aus Instandhaltung	33	100.000	1,221.000	736.135,20
Auszahlungen aus Telekommunikation und Nachrichtenaufwand	33	18,715.000	16,600.000	16,514.164,26
Auszahlungen aus Werkleistungen	33	21,935.000	29,136.000	38,691.184,44
Auszahlungen aus Geringwertigen Wirtschaftsgütern (GWG)	33	307.000	490.000	409.376,59
Auszahlungen aus sonstigem betrieblichen Sachaufwand		1,716.000	1,267.000	1,430.671,24
	16			2.156,61
	33	1,716.000	1,267.000	1,428.514,63
Auszahlungen aus Währungsdifferenzen	33	1.000		49,43
Auszahlungen aus Energie	33	473.000	317.000	484.785,41
Auszahlungen aus übrigen sonstigen betrieblichen Sachaufwand		1,242.000	950.000	945.836,40
	16			2.156,61
	33	1,242.000	950.000	943.679,79
Summe Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit		44,244.000	50,187.000	60,242.297,77
Auszahlungen aus Transfers				
Auszahlungen aus Transfers an öffentliche Körperschaften und Rechtsträger	33	19,525.000	19,524.000	19,723.789,76
Auszahlungen aus Transfers an Sozialversicherungsträger	33	25.000	24.000	23.789,76
Auszahlungen aus Transfers an sonstige öffentliche Körperschaften und Rechtsträger	33	19,500.000	19,500.000	19,700.000,00
Auszahlungen aus sonstigen Transfers	33	473.000	189.000	182.709,61

Bundesvoranschlag 2018

I.C Detailbudgets
Detailbudget 13.02.06 Zentrale Ressourcensteuerung
 (Beträge in Euro)

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	AB	BVA 2018	BVA 2017	Erfolg 2016
Auszahlungen aus sonstigen Transfers innerhalb des Bundes	33	473.000	189.000	182.709,61
Summe Auszahlungen aus Transfers		19,998.000	19,713.000	19,906.499,37
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit				
Auszahlungen aus dem Zugang von Sachanlagen	33	1,900.000	2,100.000	3,589.637,02
Auszahlungen aus dem Zugang von technischen Anlagen, Werkzeugen, Fahrzeugen	33	1,900.000	2,100.000	3,589.637,02
Summe Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit		1,900.000	2,100.000	3,589.637,02
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)		66,142.000	72,000.000	83,738.434,16
Nettogeldfluss		-7,542.000	-32,000.000	-13,376.247,42

Erläuterungen:

Abweichungen zum Ergebnisvoranschlag sind insbesondere auf nicht finanzwirksame Aufwendungen (Dotierung von Rückstellungen, Abschreibungen) zurückzuführen.

I.C Detailbudgets
Detailbudget 13.02.06 Zentrale Ressourcensteuerung
Überblick Personal

Besoldungsgruppen-Bereiche	PLANSTELLEN für das Jahr 2018		PLANSTELLEN für das Jahr 2017		PERSONALSTAND im Jahr 2017 (31.12.)		PERSONALSTAND im Jahr 2016 (31.12.)	
	PISt	PCP *)	PISt	PCP*)	VBÄ	PCP	VBÄ	PCP
Allgemeiner Verwaltungsdienst	4.598,000	1.166.893,000	4.678,000	1.182.943,000	0,000	0,000	0,000	0,000
RichterInnen und RichteramtsanwärterInnen	1.946,000	1.106.628,000	1.946,000	1.106.628,000	0,000	0,000	0,000	0,000
StaatsanwältInnen	406,000	261.690,000	406,000	261.690,000	0,000	0,000	0,000	0,000
Summe	6.950,000	2.535.211,000	7.030,000	2.551.261,000	0,000	0,000	0,000	0,000

*) In den ausgewiesenen PCP sämtlicher Besoldungsgruppen-Bereiche und den dazugehörigen Summen sind die berechneten PCP aller ausgewiesenen (Pool und Nicht-Pool) Planstellen enthalten

Erläuterungen zum Personal

Das Globalbudget Rechtsprechung mit den Detailbudgets OLG Wien, Graz, Linz und Innsbruck verfügte im Jahr 2017 über 7.030 Planstellen. Für das Jahr 2018 verringert sich die Zahl der Planstellen um 80 Planstellen auf 6.950 Planstellen. Diese Verringerung setzt sich wie folgt zusammen:

- +2 Plst für Beamte/ Beamtinnen der Post und Telekom im Rahmen der Mobilitätsvereinbarungen
- -82 Plst zur Einhaltung des vorgegebenen Einsparungspfades

I.C Detailbudgets
13.02.07 Bundesverwaltungsgericht
Erläuterungen

Globalbudget 13.02 Rechtsprechung

Detailbudget 13.02.07 Bundesverwaltungsgericht

Haushaltsführende Stelle: Leiter/in des Bundesverwaltungsgerichtes

Ziele

Ziel 1

WZ 3 Objektive, faire und unabhängige Führung und Entscheidung von Verfahren durch Gerichte, Staatsanwaltschaften und die Datenschutzbehörde in angemessener Dauer.

Maßnahmen inklusive Gleichstellungsmaßnahme/n

Beitrag zu Ziel/en	Wie werden die Ziele verfolgt? Maßnahmen:	Wie sieht Erfolg aus? Meilensteine/Kennzahlen für 2018	Istzustand (Ausgangspunkt der Planung für 2018)
1	Optimiertes Ablaufmanagement (Optima)	Zielzustand per 12/2018: Zertifizierung ISO 9001 für das Bundesverwaltungsgericht: Zertifikat liegt vor; Methode: Ergebnisse des Qualitäts-Audits; Quelle: Zertifizierungsstelle "Quality Austria".	Istzustand per 12/2017: Zertifikat ISO 9001 liegt vor.

Wesentliche Rechtsgrundlagen

Die Ein- und Auszahlungen des Bundesverwaltungsgerichts sind hier veranschlagt. Neben den erforderlichen Geldmitteln für den laufenden Dienstbetrieb finden sich hier auch die Zahlungen für Entschädigungen gemäß dem Gebührenanspruchsgesetz, die Gerichtskosten sowie die Kosten für die Rechtsberatung von Asylwerbern. Die veranschlagten Kosten ergeben sich im Wesentlichen aus der Zahl der Verfahren in den Bereichen Soziales, Umwelt, Wirtschaft, asyl- und fremdenrechtliche Angelegenheiten, dienst- und disziplinarrechtliche Angelegenheiten der öffentlich Bediensteten oder Datenschutz.

Die wesentlichen Rechtsgrundlagen sind:

Bundesverwaltungsgerichtsgesetz (BGBl. I Nr. 10/2013), Fremdenrechtsänderungsgesetz 2015 (BGBl. I Nr. 70/2015)

I.C Detailbudgets
Detailbudget 13.02.07 Bundesverwaltungsgericht
(Beträge in Euro)

Ergebnisvoranschlag	AB	BVA 2018	BVA 2017	Erfolg 2016
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers				
Erträge aus wirtschaftlicher Tätigkeit	36	8.000		
Erträge aus Mieten	36	8.000		
Erträge aus Kostenbeiträgen und Gebühren	36	871.000		
Erträge aus Transfers	36	3.000		
Erträge aus Transfers von ausländischen Körperschaften und Rechtsträgern	36	3.000		
Transfers von EU-Mitgliedstaaten	36	3.000		
Sonstige Erträge		139.000		
	16	1.000		
	33	7.000		
	36	131.000		
Geldstrafen	16	1.000		
Wertaufholungen von Anlagen	33	7.000		
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	36	35.000		
Übrige sonstige Erträge	36	95.000		
Summe Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers		1,021.000		
<i>hievon finanzierungswirksam</i>		<i>978.000</i>		
Erträge		1,021.000		
<i>hievon finanzierungswirksam</i>		<i>978.000</i>		
Personalaufwand				
Bezüge		34,351.000		
	16	10.000		
	36	34,341.000		
Mehrdienstleistungen	36	280.000		
Sonstige Nebengebühren	36	429.000		
Gesetzlicher Sozialaufwand	36	8,109.000		
Abfertigungen, Jubiläumszuwendungen und nicht konsumierte Urlaube		1,285.000		
	16	65.000		
	36	1,220.000		
Freiwilliger Sozialaufwand	36	250.000		
Aufwandsentschädigungen im Personalaufwand	36	221.000		
Summe Personalaufwand		44,925.000		
<i>hievon finanzierungswirksam</i>		<i>44,025.000</i>		
Betrieblicher Sachaufwand				
Mieten		5,102.000		
	16	150.000		
	36	4,952.000		
Instandhaltung	36	48.000		
Telekommunikation und Nachrichtenaufwand	16	420.000		
Reisen	36	102.000		
Aufwand für Werkleistungen		17,604.000		
	16	2,363.000		
	36	15,241.000		
Personalleihe und sonstige Dienstverhältnisse zum Bund		51.000		
	09	2.000		
	16	49.000		
Transporte durch Dritte	36	48.000		

Bundesvoranschlag 2018

I.C Detailbudgets
Detailbudget 13.02.07 Bundesverwaltungsgericht
 (Beträge in Euro)

Ergebnisvoranschlag	AB	BVA 2018	BVA 2017	Erfolg 2016
Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte	33	600.000		
Geringwertige Wirtschaftsgüter (GWG)	36	170.000		
Aufwendungen aus der Wertberichtigung und dem Abgang von Forderungen	36	3.001.000		
Sonstiger betrieblicher Sachaufwand		2.628.000		
	16	155.000		
	36	2.473.000		
Aufwand aus Währungsdifferenzen	36	10.000		
Energie	36	400.000		
Übriger sonstiger betrieblicher Sachaufwand		418.000		
	16	155.000		
	36	263.000		
Summe Betrieblicher Sachaufwand		29.774.000		
<i>hievon finanzierungswirksam</i>		<i>24.372.000</i>		
Aufwendungen		74.699.000		
<i>hievon finanzierungswirksam</i>		<i>68.397.000</i>		
Nettoergebnis		-73.678.000		
<i>hievon finanzierungswirksam</i>		<i>-67.419.000</i>		

Erläuterungen:

Die Steigerung der Aufwendungen im Bereich des Bundesverwaltungsgerichts beruhen auf einem gegenüber dem Jahr 2017 erhöhten Personalaufwand (Lohnerhöhung, Struktureffekt).

I.C Detailbudgets
Detailbudget 13.02.07 Bundesverwaltungsgericht
(Beträge in Euro)

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	AB	BVA 2018	BVA 2017	Erfolg 2016
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers				
Einzahlungen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	36	8.000		
Einzahlungen aus Mieterträgen	36	8.000		
Einzahlungen aus Kostenbeiträgen und Gebühren	36	871.000		
Einzahlungen aus Transfers	36	3.000		
Einzahlungen aus Transfers von ausländischen Körperschaften und Rechtsträgern	36	3.000		
Einzahlungen aus Transfers von EU-Mitgliedstaaten	36	3.000		
Sonstige Einzahlungen		96.000		
	16	1.000		
	36	95.000		
Einzahlungen aus Geldstrafen	16	1.000		
Übrige sonstige Einzahlungen	36	95.000		
Summe Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers		978.000		
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen				
Einzahlungen aus Rückzahlungen von (Unterhalts-)vorschüssen	16	22.000		
Einzahlungen aus sonstigen Forderungen	16	22.000		
Summe Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen		22.000		
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)		1.000.000		
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit				
Auszahlungen aus Bezügen		34,351.000		
	16	10.000		
	36	34,341.000		
Auszahlungen aus Mehrdienstleistungen	36	280.000		
Auszahlungen aus sonstigen Nebengebühren	36	429.000		
Auszahlungen aus gesetzlichem Sozialaufwand	36	8,109.000		
Auszahlungen aus Abfertigungen, Jubiläumszuwendungen und nicht konsumierten Urlauben		385.000		
	16	65.000		
	36	320.000		
Auszahlungen aus freiwilligem Sozialaufwand	36	250.000		
Auszahlungen aus Aufwandsentschädigungen im Personalaufwand	36	221.000		
Auszahlungen aus Mieten		5,102.000		
	16	150.000		
	36	4,952.000		
Auszahlungen aus Instandhaltung	36	48.000		
Auszahlungen aus Telekommunikation und Nachrichtenaufwand	16	420.000		
Auszahlungen aus Reisen	36	102.000		
Auszahlungen aus Werkleistungen		17,604.000		
	16	2,363.000		
	36	15,241.000		
Auszahlungen aus Personalleihe und sonstigen Dienstverhältnissen zum Bund		51.000		
	09	2.000		

I.C Detailbudgets
Detailbudget 13.02.07 Bundesverwaltungsgericht
(Beträge in Euro)

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	AB	BVA 2018	BVA 2017	Erfolg 2016
Auszahlungen aus Transporte durch Dritte	16	49.000		
Auszahlungen aus Geringwertigen Wirtschaftsgütern (GWG)	36	48.000		
Auszahlungen aus sonstigem betrieblichen Sachaufwand	36	170.000		
		827.000		
	16	155.000		
	36	672.000		
Auszahlungen aus Währungsdifferenzen	36	10.000		
Auszahlungen aus Energie	36	400.000		
Auszahlungen aus übrigem sonstigen betrieblichen Sachaufwand		417.000		
	16	155.000		
	36	262.000		
Summe Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit		68,397.000		
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit				
Auszahlungen aus dem Zugang von Sachanlagen	36	570.000		
Auszahlungen aus dem Zugang von technischen Anlagen, Werkzeugen, Fahrzeugen	36	500.000		
Auszahlungen aus dem Zugang von Amts-, Betriebs- und Geschäftsausstattung	36	70.000		
Auszahlungen aus dem Zugang von immateriellen Vermögensgegenständen	36	5.000		
Summe Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit		575.000		
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen				
Auszahlungen aus der Gewährung von (Unterhalts-)vorschüssen	36	35.000		
Auszahlungen aus sonstigen Forderungen	36	35.000		
Summe Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen		35.000		
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)		69,007.000		
Nettogeldfluss		-68,007.000		

Erläuterungen:

Abweichungen zum Ergebnisvoranschlag sind insbesondere auf nicht finanzwirksame Aufwendungen (Dotierung von Rückstellungen für Abfertigungen, Jubiläumszuwendungen und nicht konsumierte Urlaube) zurückzuführen.

I.C Detailbudgets
Detailbudget 13.02.07 Bundesverwaltungsgericht
Überblick Personal

Besoldungsgruppen-Bereiche	PLANSTELLEN für das Jahr 2018		PLANSTELLEN für das Jahr 2017		PERSONALSTAND im Jahr 2017 (31.12.)		PERSONALSTAND im Jahr 2016 (31.12.)	
	PISt	PCP *)	PISt	PCP*)	VBÄ	PCP	VBÄ	PCP
Allgemeiner Verwaltungsdienst	371,000	116.383,000	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000
RichterInnen und RichteramtsanwärterInnen	218,000	147.726,000	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000
Summe	589,000	264.109,000	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000

*) In den ausgewiesenen PCP sämtlicher Besoldungsgruppen-Bereiche und den dazugehörigen Summen sind die berechneten PCP aller ausgewiesenen (Pool und Nicht-Pool) Planstellen enthalten

Erläuterungen zum Personal

Das Bundesverwaltungsgericht verfügte im Jahr 2017 über 589 Planstellen, die für das Jahr 2018 unverändert fortgeschrieben werden.

Bundesvoranschlag 2018

I.C Detailbudgets
13.03 Strafvollzug
Aufteilung auf Detailbudgets
 (Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	GB 13.03 Strafvoll- zug	DB 13.03.01 Justizanstal- ten	DB 13.03.02 Bewäh- rungshilfe
Erträge aus der operativen Verwaltungstätig- keit und Transfers	77,089	77,089	
Finanzerträge	0,006	0,006	
Erträge	77,095	77,095	
Personalaufwand	224,560	224,544	0,016
Transferaufwand	3,206	1,556	1,650
Betrieblicher Sachaufwand	279,993	241,621	38,372
Aufwendungen	507,759	467,721	40,038
Nettoergebnis	-430,664	-390,626	-40,038

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	GB 13.03 Strafvoll- zug	DB 13.03.01 Justizanstal- ten	DB 13.03.02 Bewäh- rungshilfe
Einzahlungen aus der operativen Verwal- tungstätigkeit und Transfers	62,095	62,095	
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,019	0,019	
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Dar- lehen sowie gewährten Vorschüssen	0,004	0,004	
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	62,118	62,118	
Auszahlungen aus der operativen Verwal- tungstätigkeit	481,538	443,150	38,388
Auszahlungen aus Transfers	3,206	1,556	1,650
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	11,220	11,220	
Auszahlungen aus der Gewährung von Darle- hen sowie gewährten Vorschüssen	0,180	0,180	
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	496,144	456,106	40,038
Nettogeldfluss	-434,026	-393,988	-40,038

**I.C Detailbudgets
13.03.01 Justizanstalten
Erläuterungen**

Globalbudget 13.03 Strafvollzug

Detailbudget 13.03.01 Justizanstalten

Haushaltsführende Stelle: Leiter/in Sektion II (GD)

Ziele

Ziel 1

WZ 5 Effektive Durchsetzung von Entscheidungen durch zivil- und strafgerichtlichen Vollzug letzterer unter besonderer Berücksichtigung der Reintegration und Rückfallsprävention sowie der Lebenssituation weiblicher Insassen im Straf- und Maßnahmen-vollzug.

Maßnahmen inklusive Gleichstellungsmaßnahme/n

Beitrag zu Ziel/en	Wie werden die Ziele verfolgt? Maßnahmen:	Wie sieht Erfolg aus? Meilensteine/Kennzahlen für 2018	Istzustand (Ausgangspunkt der Planung für 2018)
1	Ausbau des Arbeitswesens im Strafvollzug durch verstärkte Orientierung der Arbeitsleistungen an den Bedürfnissen möglicher LeistungsabnehmerInnen.	Beschäftigungsdauer der männlichen Strafhäftlinge. 2018: 2,72 (Arbeitsstd. pro Tag)	2017: 2,7 (Arbeitsstd. pro Tag)
		Beschäftigungsdauer der weiblichen Strafhäftlinge. 2018: 2,84 (Arbeitsstd. pro Tag)	2017: 2,82 (Arbeitsstd. pro Tag)
1	Bessere Qualifizierung der InsassInnen während der Haft.	Anzahl der angebotenen Kurse pro männlichen Häftling pro Jahr. 2018: 267 (Anzahl)	2017: 264 (Anzahl)
		Anzahl der angebotenen Kurse pro weiblichen Häftling pro Jahr. 2018: 58 (Anzahl)	2017: 56 (Anzahl)
1	Median der Anhaltezeit in einer Maßnahme nach § 21 Abs. 1 StGB	Zählung der in einer Maßnahme gemäß § 21 Abs. 1 StGB verbrachten Zeit der im jeweiligen Kalenderjahr bedingt entlassenen Untergebrachten in Jahren. 2018: = 2,5 Jahre	2015: 3,8 Jahre
1	Verringerung der (deutlich) über die Strafhaft hinaus übersteigende Anhaltung in einer Maßnahme gemäß § 21 Abs. 2 StGB.	Anhaltezeit von InsassInnen 2017: <= 840 Tage	2015: 1188 Tage

Wesentliche Rechtsgrundlagen

Die Ein- und Auszahlungen der Generaldirektion für den Strafvollzug sowie der Justizanstalten sind hier veranschlagt. Zu den Aufgaben der Generaldirektion für den Strafvollzug zählt insbesondere die Schaffung der materiellen Voraussetzungen für den Vollzug der von Gerichten verhängten Untersuchungs- und Strafhaft und die Unterbringung von Rechtsbrechern nach §§ 21 bis 23 des Strafgesetzbuchs. Die Justizanstalten sorgen für Unterbringung, Verpflegung und sichere Verwahrung der Insassinnen und Insassen, übernehmen deren volle, insbesondere auch medizinische, Betreuung und setzen Maßnahmen zur sozialen Reintegration. In Werkstätten, Ökonomien und Wirtschaftsbetrieben werden die Insassinnen und Insassen mit nützlicher Arbeit beschäftigt, erwerben dabei Kenntnisse und Fähigkeiten, die ihnen die Rückkehr zu einer geordneten Lebenswelt nach ihrer Entlassung erleichtern sollen und erzielen auch Einkünfte für den Bund. Besondere Sorgfalt wird der Berufsausbildung von jugendlichen Insassinnen und Insassen zugewendet.

Die Mittelaufbringung erfolgt in erster Linie durch Vollzugskostenbeiträge der Strafgefangenen und Erlöse der Arbeitsbetriebe.

Die wesentlichen Rechtsgrundlagen sind:

Strafvollzugsgesetz, Strafgesetzbuch, Jugendgerichtsgesetz, Strafprozessordnung, Suchtmittelgesetz, Finanzstrafgesetz, Beamtendienstrechtsgesetz, Vertragsbedienstetengesetz.

I.C Detailbudgets
Detailbudget 13.03.01 Justizanstalten
(Beträge in Euro)

Ergebnisvoranschlag	AB	BVA 2018	BVA 2017	Erfolg 2016
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers				
Erträge aus wirtschaftlicher Tätigkeit		15,993.000	14,752.000	15,272.927,37
	16	3.000	3.000	1.732,12
	34	15,990.000	14,749.000	15,271.195,25
Erträge aus Mieten		613.000	791.000	652.301,03
	16	3.000	3.000	1.732,12
	34	610.000	788.000	650.568,91
Erträge aus der Veräußerung von Material	34	839.000	1,220.000	734.852,94
Erträge aus Leistungen	34	14,541.000	12,636.000	13,885.773,40
Sonstige wirtschaftliche Erträge	34		105.000	
Erträge aus Kostenbeiträgen und Gebühren	34	31,255.000	30,750.000	33,067.130,10
Erträge aus Transfers		13,458.000	8,679.000	8,901.462,14
	16	550.000		195.777,28
	34	12,908.000	8,679.000	8,705.684,86
Erträge aus Transfers von öffentlichen Körperschaften und Rechtsträgern	34	12,908.000	8,679.000	8,705.684,86
Transfers von Sozialversicherungsträgern	34	159.000	139.000	156.254,40
Transfers von Ländern	34	12,749.000	8,540.000	8,549.430,46
Erträge aus Transfers von Unternehmen	16	550.000		195.777,28
Vergütungen innerhalb des Bundes	34	964.000	1,028.000	1,012.641,95
Sonstige Erträge		15,419.000	7,534.000	3,500.656,96
	16	1.000	1.000	
	34	15,418.000	7,533.000	3,500.656,96
Geldstrafen	16	1.000	1.000	
Aktivierte Eigenleistungen	34			140.626,72
Wertaufholungen von Anlagen	34		5.000	1,739.676,49
Erträge aus Währungsdifferenzen	34			56,89
Erträge aus dem Abgang von Sachanlagen und geringwertigen Sachanlagen	34		1.000	45.961,03
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	34	15,000.000	7,000.000	1,028.898,44
Übrige sonstige Erträge	34	418.000	527.000	540.709,63
Summe Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers		77,089.000	62,743.000	61,754.818,52
<i>hievon finanzierungswirksam</i>		<i>62,089.000</i>	<i>55,737.000</i>	<i>58,794.928,08</i>
Finanzerträge				
Erträge aus Zinsen	34	6.000	2.000	4.351,49
Summe Finanzerträge		6.000	2.000	4.351,49
<i>hievon finanzierungswirksam</i>		<i>6.000</i>	<i>2.000</i>	<i>4.351,49</i>
Erträge		77,095.000	62,745.000	61,759.170,01
<i>hievon finanzierungswirksam</i>		<i>62,095.000</i>	<i>55,739.000</i>	<i>58,799.279,57</i>
Personalaufwand				
Bezüge	34	137,624.000	128,410.000	128,787.006,87
Mehrdienstleistungen	34	21,329.000	19,691.000	20,134.971,58
Sonstige Nebengebühren	34	22,012.000	20,333.000	21,225.654,17
Gesetzlicher Sozialaufwand	34	37,962.000	34,281.000	35,766.490,08
Abfertigungen, Jubiläumszuwendungen und nicht konsumierte Urlaube	34	4,680.000	8,481.000	4,212.838,11
Freiwilliger Sozialaufwand	34	64.000	51.000	36.376,72
Aufwandsentschädigungen im Personalaufwand	34	873.000	860.000	866.913,91
Summe Personalaufwand		224,544.000	212,107.000	211,030.251,44
<i>hievon finanzierungswirksam</i>		<i>221,300.000</i>	<i>204,641.000</i>	<i>206,817.413,33</i>
Transferaufwand				

I.C Detailbudgets
Detailbudget 13.03.01 Justizanstalten
(Beträge in Euro)

Ergebnisvoranschlag	AB	BVA 2018	BVA 2017	Erfolg 2016
Aufwand für Transfers an öffentliche Körperschaften und Rechtsträger	34	1,361.000	1,168.000	1,312.569,47
Transfers an Sozialversicherungsträger	34	1.000	1.000	
Transfers an die Bundesfonds	34	1,096.000	939.000	943.669,90
Transfers an Länder	34	264.000	228.000	368.899,57
Aufwand für Transfers an ausländische Körperschaften und Rechtsträger	16	7.000	7.000	7.376,15
Transfers an EU-Mitgliedstaaten	16	7.000	7.000	7.376,15
Aufwand für Transfers an private Haushalte/Institutionen	34	148.000	247.000	155.254,55
Sonstige Transfers an private Haushalte/Institutionen	34	148.000	247.000	155.254,55
Aufwand für sonstige Transfers	34	40.000	35.000	46.554,82
Sonstige Transfers innerhalb des Bundes	34	40.000	35.000	46.554,82
Summe Transferaufwand		1,556.000	1,457.000	1,521.754,99
<i>hievon finanzierungswirksam</i>		<i>1,556.000</i>	<i>1,457.000</i>	<i>1,521.754,99</i>
Betrieblicher Sachaufwand				
Vergütungen innerhalb des Bundes	34	26.000	35.000	16.866,47
Materialaufwand	34	3,690.000	4,405.000	3,309.962,70
Mieten		35,041.000	35,180.000	39,278.380,87
	34	<i>1,167.000</i>	<i>1,062.000</i>	<i>1,032.703,21</i>
	36	<i>33,874.000</i>	<i>34,118.000</i>	<i>38,245.677,66</i>
Instandhaltung	34	7,062.000	7,221.000	8,706.225,89
Telekommunikation und Nachrichtenaufwand		524.000	645.000	512.218,54
	33	<i>524.000</i>		
	34		<i>645.000</i>	<i>512.218,54</i>
Reisen	34	737.000	1,133.000	934.556,33
Aufwand für Werkleistungen	34	131,385.000	135,149.000	142,503.997,22
Personalleihe und sonstige Dienstverhältnisse zum Bund		2,100.000	1,937.000	2,161.432,50
	33			<i>16,91</i>
	34	<i>2,100.000</i>	<i>1,937.000</i>	<i>2,161.415,59</i>
Transporte durch Dritte	34	389.000	506.000	428.652,75
Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte	34	19,750.000	20,338.000	16,618.450,28
Geringwertige Wirtschaftsgüter (GWG)	34	3,683.000	4,592.000	3,661.932,42
Aufwendungen aus der Wertberichtigung und dem Abgang von Forderungen	34	20.000		51.449,18
Sonstiger betrieblicher Sachaufwand	34	37,214.000	40,042.000	36,000.083,16
Aufwand aus Währungsdifferenzen	34	73.000	67.000	58.797,18
Verluste aus dem Abgang von Sachanlagen	34			2.782,67
Aufwendungen aus der Dotierung von Rückstellungen	34		15.000	15.000,00
Energie	34	8,503.000	10,797.000	8,507.299,26
Übriger sonstiger betrieblicher Sachaufwand	34	28,637.000	29,163.000	27,416.022,82
Summe Betrieblicher Sachaufwand		241,621.000	251,183.000	254,184.208,31
<i>hievon finanzierungswirksam</i>		<i>221,850.000</i>	<i>230,830.000</i>	<i>237,266.037,95</i>
Aufwendungen		467,721.000	464,747.000	466,736.214,74
<i>hievon finanzierungswirksam</i>		<i>444,706.000</i>	<i>436,928.000</i>	<i>445,605.206,27</i>
Nettoergebnis		-390,626.000	-402,002.000	-404,977.044,73
<i>hievon finanzierungswirksam</i>		<i>-382,611.000</i>	<i>-381,189.000</i>	<i>-386,805.926,70</i>

Erläuterungen:

Im Budget der Generaldirektion für den Strafvollzug sowie der Justizanstalten wurde im Personalbereich eine Kostensteigerung resultierend aus Lohnerhöhung plus Struktureffekt berücksichtigt. Zudem wurden zusätzliche Mittel für eine Aufstockung des Personals der Justizwache veranschlagt. Bei den Sachaufwendungen ergeben sich Mehrkosten insbesondere aus allgemeinen Preissteigerungen, einer Erhöhung der Arbeitsvergütung der Insassen sowie Kostensteigerungen im Bereich der medizinischen Versorgung. Diesen Mehrkosten stehen Einsparungen durch kostendämpfende Maßnahmen gegenüber.

I.C Detailbudgets
Detailbudget 13.03.01 Justizanstalten
(Beträge in Euro)

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	AB	BVA 2018	BVA 2017	Erfolg 2016
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers				
Einzahlungen aus wirtschaftlicher Tätigkeit		16,957.000	15,781.000	16,208.611,50
	16	3.000	3.000	1.787,00
	34	16,954.000	15,778.000	16,206.824,50
Einzahlungen aus Mieterträgen		613.000	791.000	649.929,68
	16	3.000	3.000	1.787,00
	34	610.000	788.000	648.142,68
Einzahlungen aus der Veräußerung von Material	34	839.000	1,221.000	732.038,19
Einzahlungen aus Leistungen	34	14,541.000	12,636.000	13,816.263,73
Einzahlungen aus sonstigen betrieblichen Erträgen	34		105.000	
Einzahlungen aus Vergütungen innerhalb des Bundes	34	964.000	1,028.000	1,010.379,90
Einzahlungen aus Kostenbeiträgen und Gebühren	34	31,255.000	30,750.000	33,067.130,10
Einzahlungen aus Transfers		13,458.000	8,679.000	10,725.371,28
	16	550.000		173.495,95
	34	12,908.000	8,679.000	10,551.875,33
Einzahlungen aus Transfers von öffentlichen Körperschaften und Rechtsträgern	34	12,908.000	8,679.000	10,551.875,33
Einzahlungen aus Transfers von Sozialversicherungsträgern	34	159.000	139.000	156.254,40
Einzahlungen aus Transfers von Ländern	34	12,749.000	8,540.000	10,395.620,93
Einzahlungen aus Transfers von Unternehmen	16	550.000		173.495,95
Einzahlungen aus Finanzerträgen	34	6.000	2.000	4.051,49
Einzahlungen aus Erträgen aus Zinsen	34	6.000	2.000	4.051,49
Sonstige Einzahlungen		419.000	528.000	498.929,46
	16	1.000	1.000	
	34	418.000	527.000	498.929,46
Einzahlungen aus Geldstrafen	16	1.000	1.000	
Übrige sonstige Einzahlungen	34	418.000	527.000	498.929,46
Summe Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers		62,095.000	55,740.000	60,504.093,83
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit				
Einzahlungen aus dem Abgang von Sachanlagen	34	19.000	68.000	41.950,00
Einzahlungen aus dem Abgang von technischen Anlagen, Werkzeugen, Fahrzeugen	34	19.000	60.000	39.130,00
Einzahlungen aus dem Abgang von Amts-, Betriebs- und Geschäftsausstattung	34		8.000	2.820,00
Summe Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit		19.000	68.000	41.950,00
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen				
Einzahlungen aus Rückzahlungen von (Unterhalts-)vorschüssen		4.000		
	16	3.000		
	61	1.000		
Einzahlungen aus sonstigen Forderungen		4.000		
	16	3.000		
	61	1.000		
Summe Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen		4.000		
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)		62,118.000	55,808.000	60,546.043,83

I.C Detailbudgets
Detailbudget 13.03.01 Justizanstalten
(Beträge in Euro)

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	AB	BVA 2018	BVA 2017	Erfolg 2016
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit				
Auszahlungen aus Bezügen	34	137,624.000	128,410.000	128,972.503,24
Auszahlungen aus Mehrdienstleistungen	34	21,329.000	19,691.000	20,090.342,81
Auszahlungen aus sonstigen Nebengebühren	34	22,012.000	20,332.000	21,229.203,90
Auszahlungen aus gesetzlichem Sozialaufwand	34	37,962.000	34,280.000	35,785.242,72
Auszahlungen aus Abfertigungen, Jubiläums- zuwendungen und nicht konsumierten Urlaub- ben	34	1,436.000	1,120.000	1,390.230,03
Auszahlungen aus freiwilligem Sozialaufwand	34	64.000	51.000	34.211,43
Auszahlungen aus Aufwandsentschädigungen im Personalaufwand	34	873.000	860.000	864.543,98
Auszahlungen aus Vergütungen innerhalb des Bundes	34	26.000	35.000	19.040,32
Auszahlungen aus Materialaufwand	34	3,690.000	4,405.000	3,479.511,18
Auszahlungen aus Mieten		35,041.000	35,179.000	29,731.067,61
	34	1,167.000	1,061.000	1,028.719,38
	36	33,874.000	34,118.000	28,702.348,23
Auszahlungen aus Instandhaltung	34	7,062.000	7,261.000	7,701.721,21
Auszahlungen aus Telekommunikation und Nachrichtenaufwand		524.000	645.000	501.135,60
	33	524.000		
	34		645.000	501.135,60
Auszahlungen aus Reisen	34	737.000	1,133.000	934.556,33
Auszahlungen aus Werkleistungen	34	131,385.000	135,149.000	141,141.966,52
Auszahlungen aus Personalleihe und sonstigen Dienstverhältnissen zum Bund		2,100.000	1,937.000	2,224.900,56
	33			16,91
	34	2,100.000	1,937.000	2,224.883,65
Auszahlungen aus Transporte durch Dritte	34	389.000	506.000	425.505,78
Auszahlungen aus Geringwertigen Wirtschafts- gütern (GWG)	34	3,683.000	4,592.000	3,768.371,18
Auszahlungen aus sonstigem betrieblichen Sachaufwand	34	37,213.000	40,027.000	35,453.127,39
Auszahlungen aus Währungsdifferenzen	34	73.000	67.000	75.508,40
Auszahlungen aus Energie	34	8,503.000	10,797.000	8,300.992,23
Auszahlungen aus übrigen sonstigen betrieblichen Sachaufwand	34	28,637.000	29,163.000	27,076.626,76
Summe Auszahlungen aus der operativen Verwal- tungstätigkeit		443,150.000	435,613.000	433,747.181,79
Auszahlungen aus Transfers				
Auszahlungen aus Transfers an öffentliche Körperschaften und Rechtsträger	34	1,361.000	1,168.000	1,318.642,67
Auszahlungen aus Transfers an Sozialversiche- rungsträger	34	1.000	1.000	
Auszahlungen aus Transfers an die Bundesfonds	34	1,096.000	939.000	949.743,10
Auszahlungen aus Transfers an Länder	34	264.000	228.000	368.899,57
Auszahlungen aus Transfers an ausländische Körperschaften und Rechtsträger	16	7.000	7.000	7.319,26
Auszahlungen aus Transfers an EU- Mitgliedstaaten	16	7.000	7.000	7.319,26
Auszahlungen aus Transfers an private Haus- halte/Institutionen	34	148.000	247.000	155.502,82

Bundesvoranschlag 2018

I.C Detailbudgets
Detailbudget 13.03.01 Justizanstalten
 (Beträge in Euro)

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	AB	BVA 2018	BVA 2017	Erfolg 2016
Auszahlungen aus sonstigen Transfers an private Haushalte/Institutionen	34	148.000	247.000	155.502,82
Auszahlungen aus sonstigen Transfers	34	40.000	35.000	46.164,82
Auszahlungen aus sonstigen Transfers innerhalb des Bundes	34	40.000	35.000	46.164,82
Summe Auszahlungen aus Transfers		1,556.000	1,457.000	1,527.629,57
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit				
Auszahlungen aus dem Zugang von Sachanlagen	34	11,220.000	11,640.000	10,346.442,67
Auszahlungen aus dem Zugang von Gebäuden und Bauten	34	7,480.000	6,924.000	4,562.744,99
Auszahlungen aus dem Zugang von technischen Anlagen, Werkzeugen, Fahrzeugen	34	1,035.000	1,039.000	1,671.944,84
Auszahlungen aus dem Zugang von Amts-, Betriebs- und Geschäftsausstattung	34	2,705.000	3,677.000	4,111.752,84
Summe Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit		11,220.000	11,640.000	10,346.442,67
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen				
Auszahlungen aus der Gewährung von (Unterhalts-)vorschüssen		180.000		
	16	120.000		
	34	10.000		
	61	50.000		
Auszahlungen aus sonstigen Forderungen		180.000		
	16	120.000		
	34	10.000		
	61	50.000		
Summe Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen		180.000		
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)		456,106.000	448,710.000	445,621.254,03
Nettogeldfluss		-393,988.000	-392,902.000	-385,075.210,20

Erläuterungen:

Abweichungen zum Ergebnisvoranschlag sind insbesondere auf nicht finanzwirksame Aufwendungen (Dotierung von Rückstellungen für Abfertigungen, Jubiläumszuwendungen und nicht konsumierte Urlaube sowie Abschreibungen für Abnutzung) und nicht finanzwirksame Erträge, überwiegend aus der Auflösung von Rückstellungen, zurückzuführen.

I.C Detailbudgets
Detailbudget 13.03.01 Justizanstalten
Überblick Personal

Besoldungsgruppen-Bereiche	PLANSTELLEN für das Jahr 2018		PLANSTELLEN für das Jahr 2017		PERSONALSTAND im Jahr 2017 (31.12.)		PERSONALSTAND im Jahr 2016 (31.12.)	
	PISt	PCP *)	PISt	PCP*)	VBÄ	PCP	VBÄ	PCP
Allgemeiner Verwaltungsdienst	509,000	146.779,000	486,000	139.501,000	445,425	124.407,675	413,525	117.896,350
Krankenpflegedienst	120,000	35.024,000	120,000	35.024,000	115,000	33.619,625	114,725	33.510,950
Lehrpersonen	2,000	860,000	2,000	860,000	7,875	2.701,125	7,875	2.701,125
Exekutivdienst	3.422,000	987.996,000	3.322,000	967.496,000	3.115,075	905.821,375	3.057,575	895.375,000
Militärischer Dienst (MB)	0,000	0,000	0,000	0,000	3,000	719,000	0,000	0,000
Militärischer Dienst (MZ)	0,000	0,000	0,000	0,000	1,000	205,000	0,000	0,000
Summe	4.053,000	1.170.659,000	3.930,000	1.142.881,000	3.687,375	1.067.473,800	3.593,700	1.049.483,425

*) In den ausgewiesenen PCP sämtlicher Besoldungsgruppen-Bereiche und den dazugehörigen Summen sind die berechneten PCP aller ausgewiesenen (Pool und Nicht-Pool) Planstellen enthalten

Erläuterungen zum Personal

Das Detailbudget Justizanstalten verfügte im Jahr 2017 über 3.930 Planstellen. Für das Jahr 2018 erhöht sich die Zahl der Planstellen um 123 Planstellen auf 4.053 Planstellen.

Diese Erhöhung setzt sich wie folgt zusammen:

- +18 Plst für Beamte/ Beamtinnen der Post und Telekom im Rahmen der Mobilitätsvereinbarungen
- +4 Plst für das Forensische Zentrum Asten
- +2 Plst für die Strafvollzugsakademie
- +100 Plst für die Einrichtung von Ausbildungsplanstellen im Bereich Justizanstalten
- -1 Plst Umschichtung in den Bereich Zentralstelle zur Einrichtung einer Planstelle für einen Generalsekretär

I.C Detailbudgets
13.03.02 Bewährungshilfe
Erläuterungen

Globalbudget 13.03 Strafvollzug

Detailbudget 13.03.02 Bewährungshilfe

Haushaltsführende Stelle: Leiter/in Sektion II (GD)

Ziele

Ziel 1

WZ 5 Effektive Durchsetzung von Entscheidungen durch zivil- und strafgerichtlichen Vollzug letzterer unter besonderer Berücksichtigung der Reintegration und Rückfallsprävention sowie der Lebenssituation weiblicher Insassen im Straf- und Maßnahmen-vollzug.

Maßnahmen inklusive Gleichstellungsmaßnahme/n

Beitrag zu Ziel/en	Wie werden die Ziele verfolgt? Maßnahmen:	Wie sieht Erfolg aus? Meilensteine/Kennzahlen für 2018	Istzustand (Ausgangspunkt der Planung für 2018)
1	<ul style="list-style-type: none"> - Bewährungshilfe - Haftentlassenenhilfe - Außergerichtlicher Tatausgleich - Vermittlung gemeinnütziger Leistungen - Elektronisch überwachter Hausarrest 	Umsetzung der Maßnahmen in enger Zusammenarbeit mit dem Verein NEUSTART, zumindest 200 KlientInnen im elektronisch überwachten Hausarrest	Istzustand 2011: - Bewährungshilfe: 10.057 Probanden - Außergerichtlicher Tatausgleich: Zugang 1.662 Fälle - Elektronisch überwachter Hausarrest: 160 Fälle

Wesentliche Rechtsgrundlagen

Die Auszahlungen der Bewährungshilfe sind hier veranschlagt. Gemäß § 24 des Bewährungshilfegesetzes werden die Aufgaben der Bewährungshilfe vom Verein „NEUSTART – Bewährungshilfe, Konfliktregelung, Soziale Arbeit“ wahrgenommen. Die Mittelverwendung dient der Abgeltung dieser Leistungen sowie der Unterstützung des Justizressorts bei der Umsetzung von diversionellen Maßnahmen und elektronisch überwachtem Hausarrest.

Die wesentlichen Rechtsgrundlagen sind:

Bewährungshilfegesetz, Jugendgerichtsgesetz, Strafgesetzbuch, Strafprozessordnung, Suchtmittelgesetz

I.C Detailbudgets
Detailbudget 13.03.02 Bewährungshilfe
(Beträge in Euro)

Ergebnisvoranschlag	AB	BVA 2018	BVA 2017	Erfolg 2016
Personalaufwand				
Sonstige Nebengebühren	34	1.000	4.000	
Freiwilliger Sozialaufwand	34	4.000	4.000	1.380,92
Aufwandsentschädigungen im Personalaufwand	34	11.000	11.000	
Summe Personalaufwand		16.000	19.000	1.380,92
<i>hievon finanzierungswirksam</i>		<i>16.000</i>	<i>19.000</i>	<i>1.380,92</i>
Transferaufwand				
Aufwand für Transfers an Unternehmen	34	1,650.000	2,320.000	2,530.316,99
Aufwand für Transfers an Unternehmen	34	1,650.000	2,320.000	2,530.316,99
Summe Transferaufwand		1,650.000	2,320.000	2,530.316,99
<i>hievon finanzierungswirksam</i>		<i>1,650.000</i>	<i>2,320.000</i>	<i>2,530.316,99</i>
Betrieblicher Sachaufwand				
Mieten	36	246.000	257.000	171.998,26
Reisen	34	26.000	59.000	
Aufwand für Werkleistungen	34	38,100.000	37,383.000	35,826.145,00
Summe Betrieblicher Sachaufwand		38,372.000	37,699.000	35,998.143,26
<i>hievon finanzierungswirksam</i>		<i>38,372.000</i>	<i>37,699.000</i>	<i>35,998.143,26</i>
Aufwendungen		40,038.000	40,038.000	38,529.841,17
<i>hievon finanzierungswirksam</i>		<i>40,038.000</i>	<i>40,038.000</i>	<i>38,529.841,17</i>
Nettoergebnis		-40,038.000	-40,038.000	-38,529.841,17
<i>hievon finanzierungswirksam</i>		<i>-40,038.000</i>	<i>-40,038.000</i>	<i>-38,529.841,17</i>

Erläuterungen:

Das in diesem Detailbudget veranschlagte Budget entspricht dem Bundesvoranschlag des Jahres 2017. Kostensteigerungen werden durch kostendämpfende Maßnahmen ausgeglichen.

Bundesvoranschlag 2018

I.C Detailbudgets
Detailbudget 13.03.02 Bewährungshilfe
 (Beträge in Euro)

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	AB	BVA 2018	BVA 2017	Erfolg 2016
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit				
Auszahlungen aus sonstigen Nebengebühren	34	1.000	4.000	
Auszahlungen aus freiwilligem Sozialaufwand	34	4.000	4.000	1.380,92
Auszahlungen aus Aufwandsentschädigungen im Personalaufwand	34	11.000	11.000	
Auszahlungen aus Mieten	36	246.000	257.000	221.589,74
Auszahlungen aus Reisen	34	26.000	59.000	
Auszahlungen aus Werkleistungen	34	38,100.000	37,383.000	35,826.145,00
Summe Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit		38,388.000	37,718.000	36,049.115,66
Auszahlungen aus Transfers				
Auszahlungen aus Transfers an Unternehmen	34	1,650.000	2,320.000	2,501.144,95
Auszahlungen aus Transfers an Unternehmen	34	1,650.000	2,320.000	2,501.144,95
Auszahlungen aus Transfers an übrige Unternehmen (ohne Bundesbeteiligung)	34	1,650.000	2,320.000	2,501.144,95
Summe Auszahlungen aus Transfers		1,650.000	2,320.000	2,501.144,95
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)		40,038.000	40,038.000	38,550.260,61
Nettogeldfluss		-40,038.000	-40,038.000	-38,550.260,61

Erläuterungen:

Es bestehen keine Abweichungen zum Ergebnisvoranschlag.

I.C Detailbudgets
Detailbudget 13.03.02 Bewährungshilfe
Überblick Personal

*) In den ausgewiesenen PCP sämtlicher Besoldungsgruppen-Bereiche und den dazugehörigen Summen sind die berechneten PCP aller ausgewiesenen (Pool und Nicht-Pool) Planstellen enthalten

Erläuterungen zum Personal

In diesem Detailbudget finden sich die Auszahlungen betreffend freiwillige Sozialleistungen für die Bundesbediensteten, die beim Verein NEUSTART Dienst versehen.

I.C Detailbudgets
Untergliederung 13 Justiz und Reformen
Investitionsveranschlagung
(Beträge in Millionen Euro)

Investitionsveranschlagung	BVA 2018	BVA 2017	Erfolg 2016
Geldfluss aus der Investitionstätigkeit			
Einzahlungen aus dem Abgang von Sachanlagen	0,020	0,070	0,042
Einzahlungen aus dem Abgang von technischen Anlagen, Werkzeugen, Fahrzeugen	0,019	0,062	0,039
Einzahlungen aus dem Abgang von Amts-, Betriebs- und Geschäftsausstattung	0,001	0,008	0,003
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,020	0,070	0,042
Auszahlungen aus dem Zugang von Sachanlagen	20,672	16,698	24,078
Auszahlungen aus dem Zugang von Gebäuden und Bauten	7,480	6,924	4,594
Auszahlungen aus dem Zugang von technischen Anlagen, Werkzeugen, Fahrzeugen	3,610	3,267	5,537
Auszahlungen aus dem Zugang von Amts-, Betriebs- und Geschäftsausstattung	9,582	6,507	13,947
Auszahlungen aus dem Zugang von immateriellen Vermögensgegenständen	0,005		
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	20,677	16,698	24,078
Geldfluss aus der Gewährung und Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen			
Einzahlungen aus Rückzahlungen von (Unterhalts-)vorschüssen	0,047	0,084	0,039
Einzahlungen aus sonstigen Forderungen	0,047	0,084	0,039
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,047	0,084	0,039
Auszahlungen aus der Gewährung von (Unterhalts-)vorschüssen	0,224	0,006	0,006
Auszahlungen aus sonstigen Forderungen	0,224	0,006	0,006
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,224	0,006	0,006

I.D Summarische Aufgliederung des Ergebnisvoranschlages nach Mittelverwendungs- und Mittelaufbringungsgruppen und Aufgabenbereichen
Untergliederung 13 Justiz und Reformen
 (Beträge in Millionen Euro)

Mittelverwendungs- & Mittelaufbringungsgruppen	Aufgabenbereiche				
	Summe	09	16	33	34
Erträge aus der operativen Vwt u. Transfers	1.328,028		2,466	1.248,014	76,535
Finanzerträge	0,006				0,006
Erträge	1.328,034		2,466	1.248,014	76,541
Personalaufwand	819,949		39,407	511,132	224,560
Transferaufwand	82,144		58,947	19,998	3,199
Betrieblicher Sachaufwand	785,074	0,002	28,801	392,876	245,349
Aufwendungen	1.687,167	0,002	127,155	924,006	473,108
Nettoergebnis	-359,133	-0,002	-124,689	324,008	-396,567

Aufgabenbereiche

09 Soziale Sicherung

16 Allgemeine öffentliche Verwaltung

33 Gerichte

34 Justizvollzug

36 Öffentliche Ordnung und Sicherheit

Aufgaben- bereiche
36
1,013
1,013
44,850
118,046
162,896
-161,883

I.E Summarische Aufgliederung des Finanzierungsvoranschlages nach Mittelverwendungs- und Mittelaufbringungsgruppen und Aufgabenbereichen
Untergliederung 13 Justiz und Reformen
 (Beträge in Millionen Euro)

Mittelverwendungs- & Mittelaufbringungsgruppen	Aufgabenbereiche				
	Summe	09	16	33	34
Allgemeine Gebarung					
Einzahlungen aus der operativen Vwt u. Transfers	1.262,513		1,634	1.198,361	61,541
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,020			0,001	0,019
Einz.a.d.Rückz. v.Darlehen sowie gew.Vorschüssen	0,047		0,039		
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	1.262,580		1,673	1.198,362	61,560
Ausz. aus der operativen Verwaltungstätigkeit	1.472,155	0,002	57,281	808,259	446,894
Auszahlungen aus Transfers	82,144		58,947	19,998	3,199
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	20,677		0,273	8,609	11,220
Ausz.aus der Gew.von Darl.sowie gewähr.Vorschüssen	0,224		0,123	0,006	0,010
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	1.575,200	0,002	116,624	836,872	461,323
Nettogeldfluss	-312,620	-0,002	-114,951	361,490	-399,763

Aufgabenbereiche

09 Soziale Sicherung

16 Allgemeine öffentliche Verwaltung

33 Gerichte

34 Justizvollzug

36 Öffentliche Ordnung und Sicherheit

61 Wohnungswesen

Aufgabenbereiche	
36	61
0,977	
	0,008
0,977	0,008
159,719	
0,575	
0,035	0,050
160,329	0,050
-159,352	-0,042

I.F Bundespersonal das für Dritte leistet – Bruttodarstellung 2018
Detailbudget 13.03.92 Bewährungshilfe Personal
(Beträge in Euro)

Ergebnisvoranschlag	AB	BVA 2018	BVA 2017	Erfolg 2016
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers				
Sonstige Erträge	34			2,530.316,99
Übrige sonstige Erträge	34			2,530.316,99
Summe Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers				2,530.316,99
<i>hievon finanzierungswirksam</i>				<i>2,530.316,99</i>
Erträge				2,530.316,99
<i>hievon finanzierungswirksam</i>				<i>2,530.316,99</i>
Personalaufwand				
Bezüge	34	1,134.000	1,702.000	1,844.185,16
Mehrdienstleistungen	34	85.000	120.000	115.581,85
Sonstige Nebengebühren	34	55.000	79.000	81.565,01
Gesetzlicher Sozialaufwand	34	295.000	349.000	390.496,12
Abfertigungen, Jubiläumszuwendungen und nicht konsumierte Urlaube	34	30.000		38.101,24
Aufwandsentschädigungen im Personalaufwand	34	4.000	10.000	5.722,97
Summe Personalaufwand		1,603.000	2,260.000	2,475.652,35
<i>hievon finanzierungswirksam</i>		<i>1,603.000</i>	<i>2,260.000</i>	<i>2,475.652,35</i>
Betrieblicher Sachaufwand				
Reisen	34	47.000	60.000	54.098,66
Summe Betrieblicher Sachaufwand		47.000	60.000	54.098,66
<i>hievon finanzierungswirksam</i>		<i>47.000</i>	<i>60.000</i>	<i>54.098,66</i>
Aufwendungen		1,650.000	2,320.000	2,529.751,01
<i>hievon finanzierungswirksam</i>		<i>1,650.000</i>	<i>2,320.000</i>	<i>2,529.751,01</i>
Nettoergebnis		-1,650.000	-2,320.000	565,98
<i>hievon finanzierungswirksam</i>		<i>-1,650.000</i>	<i>-2,320.000</i>	<i>565,98</i>

I.F Bundespersonal das für Dritte leistet – Bruttodarstellung 2018
Detailbudget 13.03.92 Bewährungshilfe Personal
(Beträge in Euro)

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	AB	BVA 2018	BVA 2017	Erfolg 2016
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers				
Sonstige Einzahlungen	34			2,501.144,95
Übrige sonstige Einzahlungen	34			2,501.144,95
Summe Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers				2,501.144,95
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)				2,501.144,95
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit				
Auszahlungen aus Bezügen	34	1,134.000	1,702.000	1,827.086,86
Auszahlungen aus Mehrdienstleistungen	34	85.000	120.000	114.584,94
Auszahlungen aus sonstigen Nebengebühren	34	55.000	79.000	81.660,35
Auszahlungen aus gesetzlichem Sozialaufwand	34	295.000	349.000	386.991,28
Auszahlungen aus Abfertigungen, Jubiläumswendungen und nicht konsumierten Urlauben	34	30.000		30.787,24
Auszahlungen aus Aufwandsentschädigungen im Personalaufwand	34	4.000	10.000	5.915,72
Auszahlungen aus Reisen	34	47.000	60.000	54.118,56
Summe Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit		1,650.000	2,320.000	2,501.144,95
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)		1,650.000	2,320.000	2,501.144,95
Nettogeldfluss		-1,650.000	-2,320.000	

II.A Budgetstruktur und Organisation der Haushaltsführung

Untergliederung 13 Justiz und Reformen

Globalbudget	Bezeichnung Globalbudget	Verantwortliche Organisationseinheit in Funktion des haushaltsleitenden Organs
13.01	Steuerung und Services	Haushaltsleitendes Organ (Bundesminister für Justiz u, Reformen)
VA-Stelle Detailbudget	Bezeichnung Detailbudget	Haushaltsführende Stelle
13.01.01	Strategie, Legistik	Haushaltsleitendes Organ (Bundesminister für Justiz u, Reformen)
13.01.02	Erwachsenenschutz	Haushaltsleitendes Organ (Bundesminister für Justiz u, Reformen)
13.01.03	Opferhilfe	Haushaltsleitendes Organ (Bundesminister für Justiz u, Reformen)
13.01.04	Datenschutzbehörde	Leiter/in der Datenschutzbehörde
Globalbudget	Bezeichnung Globalbudget	Verantwortliche Organisationseinheit in Funktion des haushaltsleitenden Organs
13.02	Rechtsprechung	Haushaltsleitendes Organ (Bundesministerin für Justiz)
VA-Stelle Detailbudget	Bezeichnung Detailbudget	Haushaltsführende Stelle
13.02.01	Oberster Gerichtshof und Generalprokura- tur	Präsident/in des OGH
13.02.02	Oberlandesgericht Wien	Präsident/in des Oberlandesgerichtes Wien
13.02.03	Oberlandesgericht Linz	Präsident/in des Oberlandesgerichtes Linz
13.02.04	Oberlandesgericht Graz	Präsident/in des Oberlandesgerichtes Graz
13.02.05	Oberlandesgericht Innsbruck	Präsident/in des Oberlandesgerichtes Innsbruck
13.02.06	Zentrale Ressourcensteuerung	Haushaltsleitendes Organ (Bundesministerin für Justiz)
13.02.07	Bundesverwaltungsgericht	Leiter/in des Bundesverwaltungsgerichtes
Globalbudget	Bezeichnung Globalbudget	Verantwortliche Organisationseinheit in Funktion des haushaltsleitenden Organs
13.03	Strafvollzug	Haushaltsleitendes Organ (Bundesministerin für Justiz)
VA-Stelle Detailbudget	Bezeichnung Detailbudget	Haushaltsführende Stelle
13.03.01	Justizanstalten	Leiter/in Sektion II (GD)
13.03.02	Bewährungshilfe	Leiter/in Sektion II (GD)

Globalbudget	Bezeichnung Globalbudget	Verantwortliche Organisationseinheit in Funktion des haushaltsleitenden Organs
13.03	Strafvollzug	Haushaltsleitendes Organ (Bundesministerin für Justiz)
VA-Stelle Detailbudget	Bezeichnung Detailbudget	Haushaltsführende Stelle
13.03.92	Bewährungshilfe Personal	Leiter/in Sektion II (GD)

Wesentliche Veränderungen zum Vorjahr

Keine.

II.B Übersicht über die zweckgebundene Gebarung

(Beträge in Millionen Euro)

VA-Stelle	Konto	Rücklagen- kennziffer	Bezeichnung der zweckgebun- denen Gebarung	Ergebnis- voranschlag	Finanzierungs- voranschlag
13.01.01	8811900	13000000400	Geldstrafen / Geldbußen UG 13	0,001	0,001
	8813010			0,001	0,001
13.02.01	8813010			0,001	0,001
13.02.02	8813010			0,001	0,001
13.02.03	8813010			0,001	0,001
13.02.04	8813010			0,001	0,001
13.02.05	8813010			0,001	0,001
13.03.01.01	8813010			0,001	0,001
13.01.02	7663000			0,008	0,008
			Saldo...	0,000	0,000

II.D Übersicht über die EU-Gebärung

(Beträge in Millionen Euro)

VA-Stelle	Konto	Bezeichnung	Ergebnis- voranschlag	Finanzierungs- voranschlag
13.01.01	8835100	Kostenersätze der EU (Dienstreisen)	0,007	0,007
	5613460	Auslandreisen/Dienstreisen (EU) Z	0,045	0,045
		Saldo...	-0,038	-0,038
13.01.04	8835100	Kostenersätze der EU (Dienstreisen)	0,017	0,017
		Saldo...	0,017	0,017

III. Anhang: Untergliederung 13 Justiz und Reformen

(Beträge in Millionen Euro)

Leitbild:

Wir sind zuständig für Angelegenheiten der Bundesverfassung, stehen für die Wahrung von Rechtsfrieden und Rechtssicherheit, gewährleisten die Rechtsstaatlichkeit durch unabhängige Rechtsprechung, handeln unter Achtung der Grund- und Menschenrechte in sozialer Verantwortung und sichern durch unsere Leistungen den Rechts- und Wirtschaftsstandort Österreich. Wir agieren als Reformmotor für ein modernes Staatswesen, das den vielschichtigen Anforderungen einer sich immer rascher verändernden Gesellschaft entspricht.

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	Obergrenze BFRG	BVA 2018	BVA 2017	Erfolg 2016
Einzahlungen		1.262,580	1.209,100	1.280,174
Auszahlungen fix	1.565,000	1.575,200	1.434,835	1.457,131
Summe Auszahlungen	1.565,000	1.575,200	1.434,835	1.457,131
Nettofinanzierungsbedarf (Bundesfin.)		-312,620	-225,735	-176,957

Ergebnisvoranschlag	BVA 2018	BVA 2017	Erfolg 2016
Erträge	1.328,034	1.221,709	1.369,611
Aufwendungen	1.687,167	1.510,973	1.524,592
Nettoergebnis	-359,133	-289,264	-154,981

Angestrebte Wirkungsziele:

Wirkungsziel 1:

Gewährleistung der Rechtssicherheit und des Rechtsfriedens durch Vorschläge zur Anpassung und Weiterentwicklung des Rechtssystems im Hinblick auf die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bedürfnisse.

Warum dieses Wirkungsziel?

Zur Sicherung des Rechtsfriedens und der Rechtssicherheit und damit des Wohlstandes und der Zufriedenheit der Rechtsuntergebenen ist es notwendig, den Rechtsbestand regelmäßig zu bereinigen und den Bedürfnissen der Gesellschaft entsprechend zu überarbeiten. Die Justiz kann dazu das in der Praxis erworbene Fachwissen nutzen, um Gesetzesentwürfe vorzubereiten und Fachexpertise anderen öffentlichen Körperschaften und Institutionen zur Verfügung zu stellen.

Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?

- Abwicklung von Justizkooperationsprojekten in Reformstaaten
- Erarbeitung von Begutachtungsentwürfen und Bereitstellung von Fachexpertise, welche den Anforderungen und Bedürfnissen der Gesellschaft an das Rechtssystem entsprechen, wie
 - des Gesellschaftsrechts
 - des Wohnrechts
 - des JGG (Verfahrensgarantien in Strafverfahren für Kinder, die Verdächtige oder beschuldigte Personen in Strafverfahren sind) und
 - des Maßnahmenvollzugs sowie
 - Sicherstellung des Rechts auf Beiziehung eines Verteidigers in einem frühen Stadium nach der Festnahme in Umsetzung der RL 2013/48/EU (RL Rechtsbeistand) und der RL (EU) 2016/1919 (RL Prozesskostenhilfe) durch Möglichkeit der Beiziehung eines „Verteidigers in Bereitschaft“
 - Überarbeitung des Kumulationsprinzips im Verwaltungsstrafrecht
 - Gemeinnützige Leistung statt Ersatzfreiheitsstrafen im Verwaltungsstrafverfahren

Wie sieht Erfolg aus?

Kennzahl 13.1.1	Median der Anhaltezeit in einer Maßnahme nach § 21 Abs. 1 StGB					
Berechnungsmethode	Zählung der in einer Maßnahme gemäß § 21 Abs. 1 StGB verbrachten Zeit der im jeweiligen Kalenderjahr bedingt entlassenen Untergebrachten in Jahren.					
Datenquelle	Bundesministerium für Verfassung, Reformen, Deregulierung und Justiz, Integrierte Vollzugsverwaltung (IVV)					
Messgrößenangabe	Anzahl					
Entwicklung	Istzustand 2014	Istzustand 2015	Istzustand 2016	Zielzustand 2017	Zielzustand 2018	Zielzustand 2020
	2,9	3,8	2,8	2,5	2,5	2,5

	Der Median der Anhaltezeit hat gegenüber dem arithmetischen Mittelwert den Vorteil, dass er im Hinblick auf statistische Ausreißer unempfindlicher ist. Maßnahme nach § 21 Abs. 1 StGB sind "geschlossene Maßnahmen".					
Kennzahl 13.1.2	Anzahl der Tage, um die die tatsächliche Anhaltezeit in einer Maßnahme nach § 21 Abs. 2 StGB die Dauer der im Urteil ausgesprochenen Strafe übersteigt.					
Berechnungsmethode	Zählung der in einer Maßnahme gemäß §21 Abs. 2 StGB verbrachten Tage nach Verbüßung einer Straftat.					
Datenquelle	Bundesministerium für Justiz, Integrierte Vollzugsverwaltung (IVV)					
Messgrößenangabe	Tage					
Entwicklung	Istzustand 2014	Istzustand 2015	Istzustand 2016	Zielzustand 2017	Zielzustand 2018	Zielzustand 2020
	870	1188	1384	840	830	800
	Der Median der Strafzeit in Tagen wird dem Median der Anhaltezeit in Tagen gegenübergestellt. Maßnahme nach § 21 Abs. 2 StGB sind "geschlossene Maßnahmen".					
Kennzahl 13.1.3	Anzahl der in Justizkooperationsprojekte eingebrachten Expertentage .					
Berechnungsmethode	Zählung der im Projekt erbrachten Expertenmanntage					
Datenquelle	Bundesministerium für Justiz					
Messgrößenangabe	Tage					
Entwicklung	Istzustand 2014	Istzustand 2015	Istzustand 2016	Zielzustand 2017	Zielzustand 2018	Zielzustand 2020
	037	182,4	511,8	500	300	500
	Die Erreichung der Zielzustände ist abhängig von der politischen Willensbildung zum Abschluss von Kooperationsprojekten					
Kennzahl 13.1.4	Anzahl der Vernehmungen mit Beiziehung eines „Verteidigers in Bereitschaft“					
Berechnungsmethode	Zählung der Vernehmungen, an denen ein „Verteidiger in Bereitschaft“ teilgenommen hat					
Datenquelle	Österreichischer Rechtsanwaltskammertag					
Messgrößenangabe	Anzahl					
Entwicklung	Istzustand 2014	Istzustand 2015	Istzustand 2016	Zielzustand 2017	Zielzustand 2018	Zielzustand 2020
	79	105	109	160	370	370
	Generell ist anzunehmen, dass diese Zahl ab dem Jahr 2019 deutlich ansteigen wird, jedoch hängt dies maßgeblich von der Prüfung des Umsetzungsbedarfs aus der RL Prozesskostenhilfe bzw. den insofern zu führenden Gesprächen (insbesondere mit dem ÖRAK und dem BMF) ab. Es wird daher vorerst von einer in Zukunft gleichbleibenden Anzahl ausgegangen.					
Kennzahl 13.1.5	Verurteilungsquote Österreichs beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) in Zivil- und Strafsachen					
Berechnungsmethode	Zählung der jährlichen rechtskräftigen Verurteilungen beim EGMR geteilt durch jährlichen innerstaatlichen Gesamtanfall im Justizressort					
Datenquelle	ECHR, Bundesministerium für Verfassung, Reformen, Deregulierung und Justiz, Verfahrensautomatisierung Justiz					
Messgrößenangabe	%					
Entwicklung	Istzustand 2014	Istzustand 2015	Istzustand 2016	Zielzustand 2017	Zielzustand 2018	Zielzustand 2020
	0,00008	0,00006	0,000059	0,00015	0,00018	0,00018
	Der Indikator weist zwar Schwankungen auf, sollte jedoch im langjährigen Mittel unter 0,00020% liegen.					

Wirkungsziel 2:

Sicherstellung des Zuganges zu Leistungen der Gerichtsbarkeit durch Ausgleich von einkommensmäßigen, sozialen und sonstigen Benachteiligungen sowie Sicherstellung der organisatorischen, personellen und sachlichen Voraussetzungen für eine geordnete Rechtsverfolgung und -durchsetzung durch die Justizverwaltung.

Warum dieses Wirkungsziel?

In Wahrung der Grundrechte und zur Umsetzung der internationalen Verpflichtung, allen Rechtssuchenden „access to justice“, also möglichst uneingeschränkter Zugang zu den Leistungen der Justiz, zu gewähren und der Wahrnehmung der Justiz als Serviceeinrichtung, ist es notwendig, baulich, organisatorisch und inhaltlich die Leistungen der Justiz für alle zugänglich und verständlich zu machen. Auch die durch die zunehmenden internationalen Verflechtungen des täglichen Lebens entstehenden neuen Herausforderungen sollten dabei berücksichtigt werden. Eine nachhaltige Gestaltung der Organisation, die den unterschiedlichen Anforderungen der Gesellschaft gerecht wird und die Mitarbeiterinnen bei den Anforderungen ihrer Tätigkeit bestmöglich unterstützt, ist für die Erfüllung des Auftrages der Justiz unerlässlich.

Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?

- Kundenfreundliche und barrierefreie Adaptierung der öffentlichen Räume in Gerichtsgebäuden und zentrale erster Anlaufstellen für Informationen („Servicecenter“),
- Abbau von Sprachbarrieren durch verständliche - auch fremdsprachige - Formulare und Gerichtsentscheidungen

weitere

- Konsolidierung der Familien- und Jugendgerichtshilfe, welche die schnelle und nachhaltige Konfliktlösung in Obsorge- und Besuchsrechtsverfahren unterstützen sollen, zur Stärkung der Familiengerichtsbarkeit und Integration einer bundesweit tätigen Jugendgerichtshilfe (zur Unterstützung der Staatsanwaltschaften und Gerichte in Jugendstrafsachen) in die Struktur der Familiengerichtshilfe
- Zielgerichtete und bedarfsmotivierte Aus- und Fortbildungsveranstaltungen, insbesondere im Bereich der Stärkung der fachlichen und sozialen Kompetenz von Mitarbeiterinnen
- Strukturoptimierung in der österreichischen Gerichtsorganisation (Bezirksgericht-Organisationsreform)
- Ausbau der Einrichtung von Teamassistenzen im Bereich der gerichtlichen Behörden
- Entwicklung einer vollelektronischen Verfahrensführung (Justiz 3.0)

Wie sieht Erfolg aus?

Kennzahl 13.2.1	Übersetzung der wichtigsten Formulare und Informationsblätter im Strafprozess in die gängigsten Fremdsprachen					
Berechnungsmethode	Produkt der übersetzten Formulare und Informationsblätter für den Strafprozess und den angebotenen Fremdsprachen.					
Datenquelle	Bundesministerium für Verfassung, Reformen, Deregulierung und Justiz					
Messgrößenangabe	Anzahl					
Entwicklung	Istzustand 2014	Istzustand 2015	Istzustand 2016	Zielzustand 2017	Zielzustand 2018	Zielzustand 2020
	116	256	286	300	347	407

Kennzahl 13.2.2	Anzahl der Bezirksgerichte mit weniger als vier RichterInnen;-Vollzeitäquivalenten					
Berechnungsmethode	Zählung der Gerichte zum 31. Dezember					
Datenquelle	Bundesministerium für Verfassung, Reformen, Deregulierung und Justiz					
Messgrößenangabe						
Entwicklung	Istzustand 2014	Istzustand 2015	Istzustand 2016	Zielzustand 2017	Zielzustand 2018	Zielzustand 2020
	58	58	58	57	55	55
	Ein Zielzustand über 2016 ist abhängig vom Ergebnis politischer Gespräche bzw. einer Änderung der Verfassung. Ein seriöser Zielzustand ist daher heute nicht definierbar.					

Kennzahl 13.2.3	Anzahl der bundesweit im Bereich der Justiz eingerichteten Teamassistenzen					
Berechnungsmethode	Zählung der Teams zum 31. Dezember					
Datenquelle	Bundesministerium für Verfassung, Reformen, Deregulierung und Justiz					
Messgrößenangabe						
Entwicklung	Istzustand 2014	Istzustand 2015	Istzustand 2016	Zielzustand 2017	Zielzustand 2018	Zielzustand 2020

	15	15	11	45	48	50
	Dzt. in Evaluierung befindliches Pilotprojekt.					

Wirkungsziel 3:

Objektive, faire und unabhängige Führung und Entscheidung von Verfahren durch Gerichte, Staatsanwaltschaften und die Datenschutzbehörde in angemessener Dauer.

Warum dieses Wirkungsziel?

Die angemessene Verfahrensdauer bei der Klärung von Konfliktsituationen im zivilrechtlichen Bereich und die strafrechtliche Abklärung von Sachverhalten ist unter Einhaltung der genannten Verfahrensgrundsätze in der öffentlichen Meinung als auch gesellschaftspolitisch von besonderem Interesse für die Wirtschaft und die BürgerInnen Österreichs. Das Vertrauen in eine funktionierende Justiz führt zu Rechtssicherheit, Rechtsfrieden und Stabilität in der Gesellschaft.

Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?

- Ausbau der Messung und fortlaufende Optimierung der Verfahrensdauer und -abwicklung durch Analyse der Abläufe an Gerichten, die über- oder unterdurchschnittlich lange Verfahrensdauern in streitigen Zivilverfahren aufweisen
- Ausbau der elektronischen Einbringungsmöglichkeit für BürgerInnen, Sachverständige und DolmetscherInnen sowie der elektronischen Zustellungen von Gerichtsentscheidungen

Wie sieht Erfolg aus?

Kennzahl 13.3.1	Position Österreichs im europäischen Vergleich der Verfahrensdauer „streitiger Scheidungssachen“					
Berechnungsmethode	Evaluierung durch die Kommission für Effizienz der Justiz des Europarates					
Datenquelle	Veröffentlichung des Europarates					
Messgrößenangabe	Platzierung					
Entwicklung	Istzustand 2014	Istzustand 2015	Istzustand 2016	Zielzustand 2017	Zielzustand 2018	Zielzustand 2020
	7 von 47	8 von 47		10 von 47	10 von 47	10 von 47
	Für das Jahr 2016 stehen noch keine Daten des Europarats zur Verfügung (Veröffentlichung im Herbst 2018).					

Kennzahl 13.3.2	Anteil der auf elektronischem Weg eingebrachten Exekutionsanträge					
Berechnungsmethode	Zählung der in einem Jahr elektronisch eingebrachten Anträge im Verhältnis zum Gesamtanfall					
Datenquelle	Verfahrensautomation Justiz (VJ)					
Messgrößenangabe	%					
Entwicklung	Istzustand 2014	Istzustand 2015	Istzustand 2016	Zielzustand 2017	Zielzustand 2018	Zielzustand 2020
	75,14	75,93	75,77	91	76	76
	Die Vorteile digitaler Kommunikation sind für alle Beteiligten offenkundig und führen damit bei allen darauf abstellenden Kennzahlen zu konstanten Zuwächsen. Es ist jedoch zu beachten, dass gerade bei den elektronisch eingebrachten Exekutionsanträgen und den elektronischen Zustellungen schon ein sehr großer Grad an Abdeckung erreicht wurde, sodass - wenn überhaupt - künftig keine exorbitanten Zuwächse zu erwarten sein dürften. Diese Einschätzung wurde durch die aktuellen Zahlen für das Jahr 2016 bestätigt.					

Kennzahl 13.3.3	Anzahl der von Gerichtssachverständigen und -dolmetscher/innen im elektronischen Weg eingebrachten Dokumente					
Berechnungsmethode	Zählung der in einem Jahr elektronisch eingebrachten Dokumente					
Datenquelle	Verfahrensautomation Justiz (VJ)					
Messgrößenangabe	Anzahl					
Entwicklung	Istzustand 2014	Istzustand 2015	Istzustand 2016	Zielzustand 2017	Zielzustand 2018	Zielzustand 2020
	19.622	34.346	52443	45.000	85.000	90.000

	Im Bereich des Dokumenteneinbringungsservice (DES) wurde und wird versucht, das Bewusstsein für diese optimierte Einbringungsform zu verstärken. Die stetig steigende Nutzung ist Indikator für die wachsende Akzeptanz der elektronischen Kommunikation auch in diesem Umfeld, weshalb in Aussicht genommen ist, möglichst rasch eine entsprechende gesetzliche Verpflichtung zu schaffen. Mit Einführung der Authentifizierung mittels Bürgerkarte bzw. Handysignatur war ein nochmaliger Anstieg der digitalen Einbringung verbunden.
--	--

Kennzahl 13.3.4	Beschwerdequote bei den Justizombudsstellen					
Berechnungsmethode	Jährliche Beschwerden geteilt durch den jährlichen Gesamtanfall					
Datenquelle	Betriebliches Informationssystem BIS-Justiz					
Messgrößenangabe	%					
Entwicklung	Istzustand 2014	Istzustand 2015	Istzustand 2016	Zielzustand 2017	Zielzustand 2018	Zielzustand 2020
	0,015	0,018	0,016	0,014	0,014	0,014
	Neue, sachgerechtere Berechnungsmethode. Diese stellt auf „echte“ Beschwerden und nicht auf reine Auskünfte ab. Ein leichter Rückgang der Beschwerden bei gleichzeitig stärkerem Rückgang des Anfalls führt zu einer leicht negativen Entwicklung des Indikators.					

Kennzahl 13.3.5	Qualifizierte Urteilsrückstände im Jahresdurchschnitt					
Berechnungsmethode	Durchschnitt der in den monatlichen Prüflisten als länger als zwei Monate offenen Urteile					
Datenquelle	Monatlichen Prüflisten/Verfahrensautomation Justiz					
Messgrößenangabe						
Entwicklung	Istzustand 2014	Istzustand 2015	Istzustand 2016	Zielzustand 2017	Zielzustand 2018	Zielzustand 2020
	1656	1577	1392	1387	1317	1276

Wirkungsziel 4:

Moderne Verfassung, Reformen im Staats- und Verwaltungswesen, und Entbürokratisierung im Interesse der BürgerInnen sowie der Unternehmen.

Warum dieses Wirkungsziel?

Sich laufend verändernden Anforderungen der modernen Gesellschaft erfordern eine kontinuierliche Optimierung der Rechtsgrundlagen, unter Beachtung des Subsidiaritätsprinzips damit sich die Wirkungen der jeweiligen Regelung in optimaler Weise im Sinne der BürgerInnen entfalten.

Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?

Kompetenzzentflechtung, Entbürokratisierung und Reformpakete durch

- Fortsetzung des begonnenen Prozesses der Deregulierung und Rechtsbereinigung
- Erhebung, Evaluierung und Adaptierung der Übererfüllung von EU-Recht innerhalb des Bundes
- Entflechtung von wechselseitigen Zustimmungsrechten von Bund und Ländern
- eindeutige Zuordnung der in Art. 12 B-VG genannten Kompetenzen im Rahmen des Kompetenzkataloges der Art. 10, 11 und 15 B-VG;
- Bereinigung und Erleichterung insbesondere im Verwaltungsstrafrecht, Datenschutzrecht und Vergaberecht
- Erarbeitung von konkreten Reformpaketen unter Mitwirkung der betroffenen Ressorts und der Öffentlichkeit

Wie sieht Erfolg aus?

Kennzahl 13.4.1	Reformpakete					
Berechnungsmethode	Zählung					
Datenquelle	Bundesministerium für Verfassung, Reformen, Deregulierung und Justiz					
Messgrößenangabe	Anzahl					
Entwicklung	Istzustand 2014	Istzustand 2015	Istzustand 2016	Zielzustand 2017	Zielzustand 2018	Zielzustand 2020
	0	0	0	0	1	15

Kennzahl 13.4.2	Reduktion von Bundesgesetzen und Verordnungen im Rahmen der Rechtsbereinigung
Berechnungs- methode	Zählung
Datenquelle	Bundesministerium für Verfassung, Reformen, Deregulierung und Justiz
Messgrößenan- gabe	
Entwicklung	Istzustand 2014
	Istzustand 2015
	Istzustand 2016
	Zielzustand 2017
	Zielzustand 2018
	Zielzustand 2020
	0
	0
	0
	0
	0
	110

Wirkungsziel 5:

Gleichstellungsziel

Effektive Durchsetzung von Entscheidungen durch zivil- und strafgerichtlichen Vollzug letzterer unter besonderer Berücksichtigung der Reintegration und Rückfallsprävention sowie der Lebenssituation weiblicher Insassen im Straf- und Maßnahmen-vollzug.

Warum dieses Wirkungsziel?

Für einen hohen Grad an Akzeptanz der geltenden Rechtslage und der Verwirklichung der spezial- und generalpräventiven Wirkung von Entscheidungen der Gerichte ist eine rasche und effektive Umsetzung unabdingbar. Der Straf- und Maßnahmen-vollzug hat unter Wahrung der sicheren, grund- und menschenrechtskonformen Anhaltung der Insassinnen zu erfolgen. In vier Landesgerichtssprengeln besteht für Frauen im Gegensatz zu Männern nicht die Möglichkeit, im Untersuchungs- bzw. Strafhaf genommen zu werden. Die Haftverbüßung in der Nähe des Lebensmittelpunktes fördert den Erhalt der sozialen Bindungen.

Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?

- Optimierung der Prozesse und Ausbau der IT-Unterstützungsmaßnahmen im Zusammenhang mit Exekutionsverfahren in der Verfahrensautomation Justiz (VJ), mobilen Gerichtsvollzieherinnen, und der Integrierten Vollzugsverwaltung (IVV) zur Beschleunigung der Durchsetzung gerichtlicher Entscheidungen.
- Ausbau des Arbeitswesens im Strafvollzug durch verstärkte Orientierung der Arbeitsleistungen an den Bedürfnissen möglicher Leistungsabnehmerinnen (Gleichstellung)
- Bessere Qualifizierung der Insassinnen während der Haft im Bereich zertifizierter Basisbildungsmaßnahmen und berufliche Aufbauschulungen (Computerkurse/ECDL, Lehren, Sprachkurse inkl. Deutsch als Fremdsprache, Erste-Hilfe etc, branchentypische Kurse wie Schweißkurse, Staplerfahrer). (Gleichstellung)
- Verringerung der (deutlich) über die Strafhaf hinaus übersteigende Anhaltung in einer Maßnahme gemäß § 21 Abs 2 StGB.

Wie sieht Erfolg aus?

Kennzahl 13.5.1	Effizienter Vollzug von Exekutionsanträgen
Berechnungs- methode	Zählung der Tage zwischen Einbringung eines Exekutionsantrages und der ersten Vollzugshandlung
Datenquelle	Verfahrensautomation Justiz (VJ)
Messgrößenan- gabe	Tage
Entwicklung	Istzustand 2014
	Istzustand 2015
	Istzustand 2016
	Zielzustand 2017
	Zielzustand 2018
	Zielzustand 2020
	71,5
	60,7
	58,2
	66
	47
	44
	Im Interesse aller Beteiligten ist die Justiz stets darum bemüht, nachfolgende Verfahrensschritte möglichst zeitnah zu setzen und die Dauer von Verfahren möglichst kurz zu halten, was auch aus der Beschleunigung des Verfahrens (bzw. der Verkürzung der Zeitspanne) in diesem Bereich ersichtlich ist.

Kennzahl 13.5.2	Beschäftigungsdauer männliche Strafhäftlinge
Berechnungs- methode	Durchschnittliche tägliche Arbeitszeit pro männlichen Häftling pro Belagstag
Datenquelle	Integrierte Vollzugsverwaltung (IVV)
Messgrößenan- gabe	h

Bundesvoranschlag 2018

Entwicklung	Istzustand 2014	Istzustand 2015	Istzustand 2016	Zielzustand 2017	Zielzustand 2018	Zielzustand 2020
	2,64	2,69	2,68	2,7	2,72	2,76
	Der Wert der Beschäftigungsdauer ergibt sich, indem die Summen aus Arbeitsstunden eines Betrachtungszeitraumes (z.B. Jahr) auf die Belagstage desselben Betrachtungszeitraumes bezogen werden. Trotz verstärkt angespannter Budget- und Personalsituation konnten die Zielsetzungen im Strafvollzug erreicht werden.					

Kennzahl 13.5.3	Beschäftigungsdauer weibliche Strafgefährtinge					
Berechnungsmethode	Durchschnittliche tägliche Arbeitszeit pro weiblichen Häftling pro Belagstag					
Datenquelle	Integrierte Vollzugsverwaltung (IVV)					
Messgrößenangabe	h					
Entwicklung	Istzustand 2014	Istzustand 2015	Istzustand 2016	Zielzustand 2017	Zielzustand 2018	Zielzustand 2020
	2,76	2,96	2,99	2,82	2,84	2,88
	Der Wert der Beschäftigungsdauer ergibt sich, indem die Summen aus Arbeitsstunden eines Betrachtungszeitraumes (z.B. Jahr) auf die Belagstage desselben Betrachtungszeitraumes bezogen werden. Trotz verstärkt angespannter Budget- und Personalsituation konnten die Zielsetzungen im Strafvollzug - in diesem Bereich überplanmäßig - erreicht werden.					

Kennzahl 13.5.4	Anzahl der zertifizierten Ausbildungskurse für männliche Insassen					
Berechnungsmethode	Anzahl der angebotenen Kurse pro (männlichen) Häftling pro Jahr					
Datenquelle	Generaldirektion für Straf- und Maßnahmenvollzug					
Messgrößenangabe	Anzahl					
Entwicklung	Istzustand 2014	Istzustand 2015	Istzustand 2016	Zielzustand 2017	Zielzustand 2018	Zielzustand 2020
	223	240	247	264	276	301
	Die Anzahl konnte aufgrund des hohen Anteils an Insassen, welche der deutschen Sprache nicht bzw unzureichend mächtig sind, nicht erhöht werden, wenn auch der Zielzustand trotz verstärkt angespannter Budget- und Personalsituation erreicht werden konnte.					

Kennzahl 13.5.5	Anzahl der zertifizierten Ausbildungskurse für weibliche Insassen					
Berechnungsmethode	Anzahl der angebotenen Kurse pro (weiblichen) Häftling pro Jahr					
Datenquelle	Generaldirektion für Straf- und Maßnahmenvollzug					
Messgrößenangabe	Anzahl					
Entwicklung	Istzustand 2014	Istzustand 2015	Istzustand 2016	Zielzustand 2017	Zielzustand 2018	Zielzustand 2020
	48	52	57	56	58	73
	Die Anzahl konnte aufgrund des hohen Anteils an Insassinnen, welche der deutschen Sprache nicht bzw unzureichend mächtig sind, nicht erhöht werden, wenn auch der Zielzustand trotz verstärkt angespannter Budget- und Personalsituation erreicht werden konnte.					

IV. Anmerkungen und Abkürzungen**Anmerkungen**

VA-Stelle	Konto	Anmerkung
13.01.02		hievon Verwendung von Rücklagen iHv 10,200 Millionen Euro gem. § 12 Abs 4 Z 3 BHG 2013 iVm § 3 BFRG 2018-2021

Abkürzungen